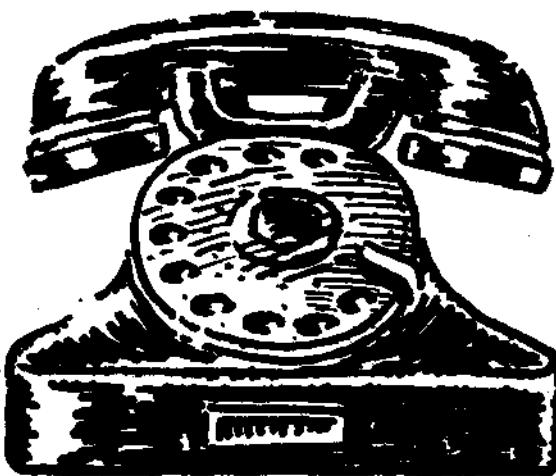


Bitte wählen Sie selbst

Dekafonds
I

arideka



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1966

Einzelpreis 50 Pf

INHALT Seite

Bedeutung der Vereinigung der KPD und SPD zur SED	2
20 Jahre SED — 20 Jahre erfolgreiche Bündnispolitik	7
Kommunisten und Sozialdemokraten — gemeinsam für Frieden, soziale Sicherheit und Demokratie	10
Zu den Gewerkschaftskongressen 1966 . . .	15
Preise — Löhne — Wirtschaft	19
Zu den Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion	24
Brief Walter Ulrichs an Prof. Dr. Kurt Maetzig	28
Unser Interview: Zur zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der DDR	32
Aus dem Leben der Partei:	
Studiendelegation der KPD bei der KPF	35
Erfahrungen der KPD im Lichte der Beschlüsse des VII. Weltkongresses	37
Zum 80. Geburtstag Ernst Thälmanns . . .	41
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	
Zur unterschiedlichen Haltung von Schröder und Strauß zur atomaren Aufrüstung	45
Kann Bonn Atombomben bauen?	46
Was steckt hinter dem Alleinvertretungsanspruch?	49
Aus d. internationalen Arbeiterbewegung: Drei-Kontinent-Konferenz in Havanna . . .	50
Tatsachen aus d. DDR	52

Die historische Bedeutung der Vereinigung der KPD und SPD zur SED und ihre Lehren für die Arbeiterklasse der Bundesrepublik

von MAX REIMANN

Am 21. und 22. April 1946 vereinigten sich KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten aus Jahrzehntelanger unheilvoller Spaltung, aus dem gemeinsamen Widerstandskampf gegen die Nazibarbarei die Hauptlehre verwirklicht, sich die Bruderhand gereicht und eine einheitliche marxistische Partei der Arbeiterklasse geschaffen. Das war einer der größten Siege in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Mit der Gründung der SED wurde ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands vollzogen, weil sie es der Arbeiterklasse ermöglichte, die Führung beim Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschlands, bei der Einigung aller Volkskräfte zu übernehmen.

Dank des Sieges der Antihitlerkoalition im zweiten Weltkrieg, in dem die Sowjetunion die geschichtlich größte Tat vollbrachte und der mit der völligen militärischen Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus endete, erhielten die werktätigen Massen in ganz Deutschland die reale Chance, Imperialismus und Militarismus für immer zu überwinden, die Gestaltung ihres Schicksals in die eigenen Hände zu nehmen und Deutschland auf den Weg des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts zu führen.

Mit der geeinten Arbeiterklasse, geführt von der SED, war im Osten Deutschlands die Kraft entstanden, die in der Lage war, im Bündnis mit den werktätigen Bauern, den fortschrittlichen Vertretern der Intelligenz und des Bürgertums, diese historische Chance zu nutzen, die Lehren aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen und eine grundlegende Neuordnung der politischen Verhältnisse durchzusetzen.

Niemals zuvor in der deutschen Geschichte hat es eine Partei gegeben, die in einer historisch relativ kurzen Zeit eine solche Bilanz ihres Wirkens aufweisen könnte, wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in den zwei Jahrzehnten ihres Wirkens.

Unter besonders komplizierten und schwierigen Bedingungen, die belastet waren mit dem Erbe, das

der faschistische Krieg an geistigen und materiellen Trümmern hinterlassen hatte, bei hartnäckigstem Widerstand der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die ihrerseits Rückenstärkung bei den westlichen Besatzungsmächten, insbesondere den USA, fanden, wurde unter Führung der SED die größte Revolution in der deutschen Geschichte vollzogen, der erste Arbeiter-und-Bauernstaat auf deutschem Boden aufgebaut, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt. Die geschichtliche Leistung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands findet ihren Ausdruck in der nationalen Konzeption, die ihrer ganzen Politik zugrunde liegt. In allen Phasen ihres Wirkens ging und geht die SED stets von den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes aus, und unterbreitet sie konstruktive Vorschläge zur friedlichen Lösung der deutschen Frage.

Am Anfang dieses erfolgreichen Weges stand der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, das Programm der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, des Kampfes um Demokratie und Selbstbestimmung des Volkes. Auf seiner Grundlage begann eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und bewährten Antifaschisten. Nicht durch Gewalt und Zwang von außen wurde die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeigeführt. In

der Praxis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in der gemeinsamen Aktion entwickelten sich Bewußtsein und Organisiertheit der Arbeiterklasse. In der DDR wurde Wirklichkeit, wonach alle antifaschistischen Kräfte strebten. In den KZs und Zuchthäusern Hitlers schworen sich Kommunisten, Sozialdemokraten und fortschrittliche Bürger: Sollten wir jemals wieder diese Stätten des Todes und des Grauens lebend verlassen, werden wir die große geschichtliche Lehre beherzigen und einheitlich und geschlossen ein neues, friedliebendes und demokratisches Deutschland aufbauen.

Im Kampf für die Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und Militarismus, bei der Verwirklichung grundlegender demokratischer Reformen, kamen Kommunisten und Sozialdemokraten, kommunistische und sozialdemokratische Parteiorganisationen einander näher, erkannten ihre gemeinsamen Interessen und begriffen, daß die Einheit eine geschichtliche Notwendigkeit war. Eine wesentliche Rolle bei der Verständigung der beiden Arbeiterparteien und für die Herstellung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse spielte die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betriebsräten und Gewerkschaften, die großen Anteil an den gesellschaftlichen Umwälzungen des Jahres 1945 nahmen.

Kraftzentrum des Zusammenwirkens aller Volksschichten

Mit der Einheit der Arbeiterklasse entstand das Kraftzentrum für das Zusammenwirken aller Volksschichten und ihrer Parteien. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands fanden sie sich zunächst beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dann beim Aufbau des Sozialismus zusammen. Die Einheit der Arbeiterklasse war die Voraussetzung, um die ökonomische und politische Herrschaft der Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer zu brechen, Imperialismus und Militarismus mit ihren Wurzeln auszurotten und damit zugleich die Ursachen der imperialistischen Kriegspolitik zu beseitigen.

Aus der Einheit und der Macht der

Arbeiterklasse erwuchs die Kraft, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, deren unerschütterliche Grundlagen Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, Verständigung und Freundschaft zu allen Völkern, vor allem die für das deutsche Volk lebensnotwendige Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Sozialismus sind.

Dank der Einheit der Arbeiterklasse übt das werktätige Volk zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Macht in Staat und Gesellschaft, das Bestimmungsrecht und die Entscheidungsgewalt in allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens aus. Unter Führung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, schufen sich die

Werktätigen ihren Staat, die Deutsche Demokratische Republik, die eine feste Bastion des Friedens und der Sicherheit in Europa, ein mächtiger Verbündeter aller friedliebenden Menschen der Bundesrepublik ist.

Die Einheit der Arbeiterklasse bahnte in der DDR den Weg zum gebildeten Volk, das Wissenschaft und Technik immer vollkommener beherrscht, das die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems immer besser zu nutzen versteht und Erbauer eines modernen, leistungsfähigen und

stabilen Industriestaates, seines stetigen sozialen und kulturellen Aufstiegs ist.

Nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben, kämpfen jetzt die Arbeiterklasse und alle Werktaatigen unter Führung der SED auf der Grundlage des vom VI. Parteitag der SED beschlossenen Programms für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. So werden die von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus heute auf deutschem Boden Wirklichkeit.

Ansporn für Einheit im Westen Deutschlands

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, die Überwindung von Imperialismus und Militarismus, zeigte den Weg der Entwicklung für ganz Deutschland, denn sie entsprach den in ganz Deutschland herangereiften geschichtlichen Notwendigkeiten.

Die Erkenntnis dieser geschichtlichen Notwendigkeit fand nach Kriegsende auch auf dem Territorium der Bundesrepublik in starken Bestrebungen zur Herstellung der Aktionseinheit und der Einheit der Arbeiterbewegung ihren Ausdruck. In fast allen westdeutschen Ländern schlossen Organisationen der KPD und SPD Vereinbarungen, um gemeinsam den demokratischen Neuaufbau zu vollziehen und vielfach auch über die organisatorische Vereinigung. Die SED, die KPD und Teile der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland erstrebten die gesamtdeutsche sozialistische Einheitspartei. So arbeiteten im Sommer und Herbst 1945 Aktionsausschüsse von Kommunisten und Sozialdemokraten unter anderem in Hamburg, Bremen, Braunschweig, Essen, Frankfurt am Main, München, Nürnberg, Mannheim, Karlsruhe, Konstanz und Freiburg. Die Kräfte, die für die Einheit der Arbeiterklasse eintraten, konnten sich jedoch in Westdeutschland nicht durchsetzen. Die drei imperialistischen Besatzungsmächte hemmten eine demokratische Entwicklung. Sie förderten die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus und verhinderten von Anfang an die politische und organisatorische Einheit der

Arbeiterklasse. Die sich sammelnde deutsche Reaktion übte im Bündnis mit den imperialistischen Besatzungsmächten, vor allem den USA, auf rechte Führer der Sozialdemokratie einen starken Druck aus, um sie erneut auf die Bahn eines militanten Antikommunismus zu drängen, um die gemeinsame Aktion und die Einheit der westdeutschen Arbeiterbewegung zu torpedieren und zu verhindern.

Diese politische Fehlorientierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung durch eine rechte Führung und der dadurch neu entfachte Bruderkampf in der Arbeiterklasse ermöglichte es den Kräften der imperialistischen Restauration, Deutschland zu spalten und in der Bundesrepublik die Herrschaft des Monopolkapitals wiederherzustellen.

Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus war mit einer starken ökonomischen und politischen Machtzentration in den Händen der Monop爾bourgeoisie verbunden und hat mit dem Hinüberwachsen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus eine neue Stufe erreicht. Heute ist die Bundesrepublik zu einer imperialistischen Macht geworden, deren herrschende Kreise erneut den Frieden unseres Volkes und Europas bedrohen.

Zwanzig Jahre nach Beendigung des Hitlerkrieges steht vor der werktätigen Bevölkerung der Bundesrepublik wieder die Frage, wie das, was sie dem Monopolkapital abgerungen und in harter Arbeit geschaffen hat, erhalten werden kann. Wir Kommunisten haben auf der 6. Tagung unseres Zentralkomitees hierauf eine klare Antwort

gegeben. Wenn sich alle Strömungen der Arbeiterbewegung und alle friedliebenden und demokratischen Kräfte vereinigen, können sie den zum Militärstaat und zum Kriege treibenden Kurs der Rüstungsmonopole und ihrer Erhard-Regierung beenden und eine neue, den deutschen Lebensinteressen entsprechende Politik durchsetzen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Aus dem einheitlichen Handeln und der Einheit der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands erwuchs die Kraft, die Ursachen imperialistischer Kriegspolitik mit der Wurzel zu beseitigen und eine Gesellschaftsordnung zu errichten, deren oberstes Gesetz der Frieden ist. Erst recht kann heute in der Bundesrepublik eine Politik des Friedens nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse und ihre Organisationen dem Revanchekurs der Rüstungsmonopole und ihrer Erhard-Regierung mit vereinten Kräften entgegentreten.

In diesem nationalen Kampf erhalten die Arbeiterklasse und alle demokratischen und friedliebenden Kräfte durch die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik große Unterstützung. Aus Furcht davor, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik immer mehr erkennt, die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik diene auch ihren Interessen, unternehmen die herrschenden Kreise Westdeutschlands alle Anstrengungen, um mit Hilfe des Antikommunismus diesen Erkenntnisprozeß zu hindern und das einheitliche Handeln aller Friedenskräfte zu vereiteln. Sie säen Haß und predigen Bruderkrieg.

Wenn sich die Arbeiterklasse der Bundesrepublik heute zum einheitlichen Vorgehen zusammenschließt, kann sie die reaktionären Anschläge der Monopole und ihrer Erhard-Regierung gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten abwehren, kann sie demo-

katische Mitbestimmung in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, in allen Lebensfragen erringen.

Wenn die Arbeiterklasse der Bundesrepublik alle ihre Kräfte im Geiste der Solidarität und Freundschaft aller arbeitenden Menschen vereint, kann sie den Ungeist des Nationalismus und der Revanche, des Rassen- und Völkerterrors niederzwingen und der Politik der Völkerfreundschaft und Verständigung zum Triumph verhelfen.

Wenn die Arbeiterklasse einig handelt, kann durch ihre große Kraft auch in der Bundesrepublik eine stabile Friedenswirtschaft gewährleistet, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, hohe Bildung und humanistische Kultur errungen werden.

Ohne die Verständigung und die Zusammenarbeit von SPD und KPD wäre es nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone nicht möglich gewesen, Imperialismus und Militarismus vollständig zu überwinden und eine demokratische Neuordnung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen. Ebenso ist es heute in der Bundesrepublik unmöglich, den Kampf um Mitbestimmung und Demokratie auf allen Lebensgebieten, um Frieden und Verständigung ohne eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten zum Erfolg zu führen. Wir Kommunisten streben aufrichtig nach Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, mit der Sozialdemokratischen Partei. Ebenso erstreben wir das Zusammenwirken mit christlichen Arbeitern und Werktätigen für die Interessen unseres Volkes. Das ist für uns keine taktische Frage, sondern die Grundlinie unserer gesamten Politik. Wir sehen in diesem Zusammenwirken eine Lebensfrage, von der die weitere Entwicklung der Bundesrepublik zu einer stabilen, demokratischen und gerechten Friedensordnung abhängt.

Zusammenarbeit die Grundlinie unserer Politik

In der letzten Zeit, vor allem nach den Bundestagswahlen, wächst in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die Bereitschaft, der aggressiven, antidebakratischen und

sozialreaktionären Politik der herrschenden Kreise eine Alternative entgegenzustellen, die den Forderungen der über 13 Millionen SPD-Wähler, darunter der Mehrheit der organisier-

ten Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, breiter Kreise der Geistes-schaffenden und der Jugend entspricht.

Besonders wichtig ist die zunehmende Übereinstimmung oder Annäherung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen in der Auffassung, daß das dringendste Gebot darin besteht, unserem Volk den Frieden zu erhalten. Sie kommt zum Ausdruck in der Haltung zu solchen Fragen, die heute am aktuellsten sind, wie der Verzicht auf atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Bildung einer atomwaffenfreien Zone sowie ein eigener Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik.

Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam mit vielen christlichen Werktätigen, mit Bauern und Geistes-schaffenden stimmen in der Meinung überein, die Demokratie durch die Abwehr der Notstandsgesetze zu sichern, das Grundgesetz zu verteidigen und die demokratischen Rechte der Werktätigen durch den Ausbau des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften zu erweitern.

Weitgehende Übereinstimmung zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und christlichen Arbeitern gibt es in allen Fragen der sozialen Sicherheit, wie dem Kampfe um höheren Lohn, gegen die Scharfmachermethoden der Unternehmer in den Betrieben.

Sozialdemokratische Parteiorganisationen treten wie wir Kommunisten für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, für die Herstellung guter Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern ein.

Damit aus der Übereinstimmung in wichtigen Grundfragen der Politik eine echte Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entsteht, bedarf es des Vertrauens zwischen ihnen; jede Ungeduld und jedes Besserwissertum kann nur Schaden bringen. Vertrauen aber, das lehren die Erfahrungen aus der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, als Sozialdemokraten und Kommunisten vielerorts die dringendsten Probleme des Wiederaufbaus lösten, das lehren die Arbeitskämpfe der Nachkriegszeit, entsteht vor allem in der gemeinsamen Aktion. Das gemeinsame Wir-

ken in den Gewerkschaften, auf der Grundlage der Beschlüsse der Gewerkschaftstage der letzten Zeit, ist am besten geeignet, das gegenseitige Vertrauen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu fördern.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die imstande ist, eine konstruktive Alternative gegen Imperialismus und Militarismus zu entwickeln, die zugleich der ganzen Nation dient und uns im Bündnis mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften der Lösung unserer nationalen Probleme näherbringt. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit ihrer Organisationen im Zusammenwirken mit allen Volkschichten ist die Kraft, die es ermöglichen wird, auch in der Bundesrepublik die reaktionären Kreise zu verdrängen und einer Politik des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu helfen. Damit ebnet die Arbeiterklasse auch zugleich die Bahn für die Wiederherstellung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Nationalstaates.

Im Prozeß dieses Kampfes entwickelt sich gleichermaßen die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten zur Lösung der nationalen Frage. Trotz der verschiedenen Aufgaben der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten, ist es Sache der Arbeiterklasse in ganz Deutschland, eine einheitliche nationale Arbeiterpolitik gegen den gemeinsamen Gegner, den westdeutschen Imperialismus und Militarismus zu entwickeln. Die Zusammenarbeit der großen Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, wenn es um die Ebnung des Weges zur Wiedervereinigung, um die friedliche Lösung der deutschen Frage geht.

Der Sechspunkte-Vorschlag, den der Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht in seiner Neujahrsansprache dem neu gewählten Bundestag vorgeschlagen hat, stimmt in seinem Inhalt mit vielen Forderungen überein, wie sie in den Beschlüssen der Gewerkschaftstage der letzten Zeit ihren Niederschlag gefunden haben, wie sie aber auch zunehmend von Organisationen der SPD aufgestellt werden. Dieser

Vorschlag, der konkrete Wege aufzeigt zur Abrüstung, Entspannung, Verständigung und zu Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, stellt eine hervorragende Grundlage dar, auf der ein Zusammenwirken der großen Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten sehr wohl möglich ist.

1966 blicken alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland nicht nur auf eine erfolgreiche zwanzigjährige Politik der SED zurück. 1966 ist auch das Jahr, in dem die Kommunistische Partei in der Bundesrepublik zehn Jahre verboten ist. Das Verbot der KPD 1956 war der Versuch der westdeutschen Reaktion und ihres Machtapparates, die konsequent demokratische und fortschrittliche Partei der Arbeiterklasse auszuschalten, dadurch die Arbeiterbewegung zu schwächen und

das Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen der westdeutschen Arbeiterklasse zu erschweren.

Aber die Kommunistische Partei Deutschlands, die ihre Wurzeln in der Arbeiterklasse hat und sich mit allen friedliebenden Menschen verbindet, konnte durch das Verbot zwar behindert, aber nicht vernichtet werden. In allen fortschrittlichen Bewegungen, wie im Kampf für die Erhaltung des Friedens, für die Sicherung des Grundgesetzes und der Demokratie, gegen Notstandsdiktatur, für soziale Sicherheit stand und steht die KPD stets an der Seite des Volkes. Darum reift in zunehmendem Maße in der Bevölkerung die Erkenntnis heran, daß die Aufhebung des KPD-Verbots im nationalen, demokratischen und sozialen Interesse eine unaufschiebbare Notwendigkeit ist.

Zwanzig Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Zwanzig Jahre erfolgreiche Bündnispolitik

von HERMANN MATERN, Mitglied des Politbüros der SED

I

In diesen Tagen begeht die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik und der internationalen Arbeiterbewegung den 20. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Sozialistischen Einheitspartei im Jahre 1946 ist ein hervorragendes Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Jahrzehntelang haben die Mitglieder beider Parteien die größten Opfer gebracht, um die vom Imperialismus und den rechten Führern der Sozialdemokratie herbeigeführte Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. In unzähligen Klassenschlachten konnte die Arbeiterklasse ihre Ziele nicht erreichen, weil die Spaltung ihrer Reihen den endgültigen Sieg über Imperialismus, Militarismus und Faschismus unmöglich machte. In den Konzentrationslagern und Zuchthäu-

sern des Hitlerfaschismus, in der illegalen Arbeit und in der Emigration kamen die Mitglieder der beiden Parteien zu der Erkenntnis, daß ein Sieg der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Kräften nur möglich ist, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung hergestellt wird. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte dazu ein klares Programm ausgearbeitet und ihre ganze Kraft auf die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung nach dem Sturz des Hitlerfaschismus konzentriert. 1945 hat die deutsche Arbeiterklasse ein furchtbares Erbe übernommen. Der deutschfaschistische Imperialismus hat das deutsche Volk in eine Katastrophe ohnegleichen gestürzt mit Bergen von materiellen und geistigen Trümmern. In gemeinsamen Aktionen, im gemeinsamen Kampf, im Kampf gegen die Not der Zeit, entstand von oben nach unten die Einheit der Arbeiterbewegung, die 1946 in einem Teil Deutschlands in der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihre Krönung fand.

Damit wurde die entscheidende Voraussetzung geschaffen, die geschichtlichen Bedingungen auszunutzen, zur Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der damaligen sowjetischen Besatzungszone.

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war kein leichter Prozeß. Er ging nicht ohne Schwierigkeiten und Komplikationen vor sich. Die alten Vorbehalte und Eigenheiten waren nicht ohne weiteres zu überwinden. Einerseits gab es bei Mitgliedern der SPD opportunistische Vorstellungen und andererseits bei Mitgliedern der KPD sektiererische Auffassungen. Beide mußten in geduldigen Diskussionen und durch die Erfahrungen des gemeinsamen Handelns überwunden werden. Aber schließlich siegte

der Wille der besten Kräfte der Arbeiterklasse und die einheitliche Partei wurde geschaffen. Nicht nur bei uns in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen war der Wille zur Einheit vorhanden. Wir haben uns darauf orientiert und keine Anstrengungen gescheut, um die Einheit und damit den historischen Gesetzmäßigkeiten in ganz Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen.

Inzwischen sind 20 Jahre vergangen, die bewiesen haben, welcher Weg richtig war. Für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte war die Gründung der SED ein großer Sieg. Für die Feinde des Volkes, dem deutschen Imperialismus und Militarismus war es die bisher größte Niederlage.

II

Es ist ein Unglück für das deutsche Volk, für seine Gegenwart und Zukunft, daß in Westdeutschland die Einheit der Arbeiterbewegung bisher nicht zustande kam. Die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Schumacher-SPD-Führung und die Spaltung Deutschlands durch den deutschen Imperialismus, unterstützt von den westlichen Besetzungen, haben das verhindert.

Die Arbeiterklasse in unserem Teil Deutschlands hat durch ihr Beispiel der Herbeiführung der Einheit der Arbeiterbewegung auch anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften den richtigen Weg gewiesen. Wohin sollen sich die Bauern und Mittelschichten in ihren Interessen orientieren, wenn nicht auf die fortschrittlichste Klasse — die Arbeiterklasse?

Der Imperialismus, Militarismus und der faschistische Krieg haben den Bauern, der Intelligenz, den Mittelschichten, den Handwerkern und selbst der kleinen Bourgeoisie genau wie der Arbeiterklasse unermeßliches Leid und große Zerstörungen gebracht. Die geeinte Arbeiterklasse zeigte all diesen Menschen, die unter dem Imperialismus zu leiden haben, den Ausweg aus der nationalen Katastrophe. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat von der ersten Stunde ihres Bestehens an, entsprechend ihren marxistischen Grundsätzen, eine konse-

quente Bündnispolitik vertreten und verwirklicht. Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann nur vor sich gehen, wenn von der geeinten Partei der Arbeiterklasse eine aktive Bündnispolitik vertreten wird. Bei uns — in einem hochindustrialisierten Land — hat sich bestätigt, daß die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit allen anderen Schichten des werktätigen Volkes diese historische Aufgabe zu lösen vermag.

In der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung haben wir in unserem Gebiet die Kräfte geeint, die bereit waren, demokratische Verhältnisse zu schaffen und alles zu tun, damit dem Faschismus und Militarismus für immer die ökonomische und staatliche Basis entzogen wurde. Die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Durchführung der demokratischen Bodenreform, der Schulreform und die Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse haben die Voraussetzung für eine fruchtbringende Zusammenarbeit geschaffen. Entscheidend hat dazu beigetragen, daß alle im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien vereinten Kräfte den Werktägern ein Beispiel wahrhafter Demokratie und Zusammenarbeit gaben. Wir haben bewiesen, daß die Demokratie unter der Führung der Arbeiterklasse dem

ganzen Volk dient. Das Mehrparteiensystem hat sich unter unseren Bedingungen hervorragend bewährt. Die bei uns bestehenden 5 Parteien haben gemeinsam die Fragen der weiteren Entwicklung diskutiert und in der Zusammenarbeit die richtigen Lösungen gefunden.

Wir haben als marxistisch-leninistische Partei alle entscheidenden Probleme mit den anderen Parteien beraten. Sie wurden von der gesellschaftlichen Entwicklung nicht ausgeschaltet, sondern in den großen revolutionären Prozeß mit einbezogen. Die in der Deutschen Demokratischen Republik existierenden befreundeten Parteien haben nicht nur die Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gemeistert, sondern sind auch unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gemeinsam den Weg zum Sozialismus gegangen.

Die Mitglieder dieser Parteien und ihre Anhänger haben erkannt, daß es nur unter der Führung der Arbeiterklasse eine reale Perspektive des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts gibt. Sie haben erkannt, daß keine bürgerliche Koalition und keine bürgerliche Demokratie solche festen Perspektiven gewährleisten kann.

Die Feinde des deutschen Volkes, die Imperialisten, Militaristen und Junker müssen erkennen, daß sich seit 1946 in unserem Teil Deutschlands etwas völlig Neues vollzog. Eine Entwicklung zeigte sich ab, die, wenn sie sich auf im Westen durchsetzte, für sie geährlich wurde. Sie suchten bei den westlichen Besatzungsmächten Hilfe gegen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte und erhielten jegliche Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Einheit und den Fortschritt.

III

Unsere Partei blickt heute auf einen 20-jährigen erfolgreichen Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus zurück. Sie hat in diesen Jahren nicht nur einmal ihre Bewährungsprobe bestanden. Unter ihrer Führung ist unsere Republik zu einem international geachteten, politisch und wirtschaftlich anerkannten sozialistischen Staat herangewachsen. Die Deutsche Demokratische Republik ist heute ein fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Unter der Führung unserer Partei hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und allen fortschrittlichen Kräften alle Provokationen und Angriffe des westdeutschen Imperialismus und Militarismus auf den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat in der deutschen Geschichte entschieden zurückgewiesen. Sie hat den Frieden erfolgreich verteidigt und die antinationale Politik der herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands entlarvt.

Wir haben immer wieder versucht, durch Vorschläge und Verhandlungen die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands zu schaffen. Wir haben unzählige Vorschläge, u. a. zu freien Wahlen in beiden deutschen Staaten und Vorschläge zur Bildung einer Konföderation unterbreitet; wir haben

alles versucht, um die militärische Aufrüstung, die Atompolitik und die Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Bisher waren alle Versuche vergebens. Die Politik der westdeutschen CDU/CSU hat erneut die Gefahr des Krieges heraufbeschworen. Uns geht es darum, mit allen Mitteln diese Gefahr abzuwenden und das deutsche Volk sowie die Völker Europas vor einem neuen wahnsinnigen Krieg zu bewahren. Uns geht es um die Überwindung der von den imperialistischen Westmächten im Komplott mit dem westdeutschen Monopolkapital vollzogenen Spaltung Deutschlands, die sie durchführten, um in einem Teil Deutschlands ihre Macht zu retten.

Die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wurde, gestützt auf die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, zu bewußten Kämpfern für die Festigung der Freundschaft zu allen friedliebenden Völkern der Welt erzogen.

Heute verwirklichen wir endgültig den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Keine Macht der Welt kann uns davon abhalten. Bei uns wird jeder gebraucht und jeder hat eine gesicherte Zukunft.

Unsere Bündnispolitik hat sich hervorragend bewährt und wird ständig

weiterentwickelt. Es ist nicht wahr, daß für den Sieg der Arbeiterklasse und dem Aufbau des Sozialismus das Einparteiensystem notwendig ist. Auch die westdeutsche Arbeiterklasse findet in den friedliebenden Kräften, in den Bauern und Mittelschichten, in der Intelligenz, in der Jugend, in wirklich Gläubigen aller Konfessionen und in den Friedensfreunden starke Verbündete, die bereit sind, eine wahrhaft demokratische Politik durchzusetzen.

Die Forderungen des westdeutschen Imperialismus und Militarismus nach Revision der Ergebnisse der zwei Weltkriege und nach Veränderung der gegenwärtigen Grenzen können niemals den Friedensinteressen des deutschen Volkes dienen. Niemand stürzt die Welt in zwei verheerende Kriege ohne dafür bezahlen zu müssen.

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland muß alle Anstrengungen machen, um beizutragen, daß die Sozialdemokratie ihren historischen Irrtum überwindet, daß es zwischen Monopolkapital und Arbeiterklasse eine Versöhnung oder gleiche Interessen geben kann. Nur durch gemeinsame Ak-

tionen und durch geeintes Handeln kann die Arbeiterklasse die Macht der gegenwärtig herrschenden Kräfte zurückdrängen und eine Macht gegen den Krieg errichten. Ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit allen anderen werktätigen Schichten ist die Kraft, die Volksinteressen durchzusetzen. So wird es möglich, die Positionen der demokratischen Kräfte in Westdeutschland zu stärken und eine neue Politik durchzusetzen.

Die vergangenen 20 Jahre haben bewiesen, daß die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer geeinten Partei und im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften des Volkes gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen vermag, die für die ganze Nation entscheidend sind.

Der Herbeiführung der Einheit der Arbeiterbewegung und die Verwirklichung einer konsequenten Bündnispolitik mit den werktätigen Schichten sind die Voraussetzungen für den Sieg der Kräfte des Friedens, des Fortschritts und der nationalen Einheit auch in Westdeutschland.

Kommunisten und Sozialdemokraten — gemeinsam für Frieden, soziale Sicherheit und Demokratie

von FRED STOLTE

Wenn in diesen Wochen die Grundeinheiten unserer Partei in ausführlichen Beratungen die 6. Tagung des Zentralkomitees politisch auswerten und ihre eigenen Aufgaben festlegen, dann steht vor jedem Kommunisten, vor jeder Parteiorganisation die Frage: Wie kommen wir zu einem guten Verhältnis und einer wirksamen Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Genossen?

Für die Sicherung des Friedens, die Verhinderung des atomaren Revanchekrieges, für den Schutz der Verfassung und die Erhaltung der sozialen Errungenschaften tragen Kommunisten und Sozialdemokraten die größte Verantwortung. Diese Feststellung des Zentralkomitees führt zu der berechtigten Schlussfolgerung, daß das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer Lebensfrage geworden ist.

In den lebhaften, mit großem Ernst geführten Diskussionen über unsere Aktionseinheitspolitik ist verständlicherweise die politische und taktische Haltung der Partei während des Bundestagswahlkampfes eine wichtige Frage. Die meisten Genossen zeigen sich in der Diskussion von der Richtigkeit unserer Politik im Wahlkampf überzeugt. Das ist erfreulich und zeugt von der politischen Reife der Partei. Aber einige Genossen vertreten die Auffassung, wir hätten zur Bundestagswahl allgemein SPD wählen sollen, während andere Genossen glaubten, selbst keine SPD-Einzelkandidaten unterstützen zu können. Diese Genossen haben trotz ihrer unterschiedlichen Auffassung in beiden Fällen eines nicht beachtet:

Wir Kommunisten lassen uns in unserer politischen Zielstellung und dementsprechend auch in unserer kon-

kreten taktischen Haltung stets von den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes leiten. Ein solches Prinzip bestimmte unsere Aktionseinheitspolitik im Wahlkampf. Darum entwickelten wir im Wahlprogramm eine nationale und demokratische Konzeption zur Sicherung des Friedens und zur Verteidigung der Demokratie. Darum entschieden wir uns dafür, solche sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen, die „Nein“ zur atomaren Aufrüstung und Notstandsgesetzgebung sagten.

Angesichts der Tatsache, daß rechte sozialdemokratische Führer, die den offiziellen Kurs der SPD bestimmten, für atomare Aufrüstung aufraten und den sogenannten einfachen Notstandsgesetzen ihre Zustimmung gaben, konnten wir leider nicht aufrufen generell SPD zu wählen. Das hat sich als richtig erwiesen. Heute wird von immer mehr sozialdemokratischen Genossen der schädliche Wehnerkurs der Gemeinsamkeit mit der CDU als Ursache für den Mißerfolg der SPD erkannt und abgelehnt. Deutlicher wird in der SPD die Notwendigkeit betont, der CDU und ihrer Politik eine politische Alternative entgegenzustellen.

In der Diskussion zur Auswertung der 6. ZK-Tagung bestätigten viele Genossen die Feststellung des ZK, daß es möglich war, in weit mehr Fällen sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen als dies geschehen ist. Sie begrüßten in diesem Zusammenhang die Selbstkritik des Zentralkomitees an der zu engherzigen Auslegung und Anwendung der drei politisch durchaus richtigen Fragen des Wahlprogramms.

Der antinationalen und antidemokratischen CDU/CSU-Politik eine deutsche

Politik der Friedenssicherung und Demokratie entgegenzustellen, das war nicht nur unser Streben im Wahlkampf, das ist heute erst recht dringendes Erfordernis.

Mit dem Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und dem Drängen Erhardts in Washington nach Atomwaffen, mit der Unterstützung des schmutzigen amerikanischen Krieges in Vietnam und mit Polizeimanövern im Notstandsstil findet die 6. ZK-Tagung ihre Bestätigung: Die Erhard-Regierung verschärft ihren Kurs der Revanche und Aggression nach außen und der Reaktion nach innen. Umso notwendiger wird es, dieser abenteuerlichen Politik das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte und besonders das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten entgegenzustellen.

Werden wir dieser Notwendigkeit gerecht? Führen wir im Sinne des ZK-Plenums vermehrt Gespräche mit sozialdemokratischen Genossen? Leider müssen solche Fragen noch von vielen Genossen und Grundeinheiten verneint werden. So ist bekannt, daß bei Genossen in einem Kreis in Nordrhein-Westfalen seit zwei Monaten eine Einladung von verantwortlichen SPD-Genossen zu Gesprächen vorliegt. Bis heute fanden unsere Genossen „keine Zeit“, der Einladung zu folgen. Und dieses Beispiel hat gewiß keinen Seltenheitswert.

Wir betonen, daß die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten eine Lebensfrage ist. Jeder Genosse kann selbst feststellen, daß sich auch die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit verbessert haben. Worin kommt das zum Ausdruck?

Die Diskussion in der SPD

Seit den Bundestagswahlen ist in der sozialdemokratischen Bewegung die Diskussion über eine notwendige politische Alternative zur CDU-Politik nicht mehr verstummt. In stärkerem Maße fordern Mitglieder und Funktionäre der SPD eine Neuorientierung sozialdemokratischer Politik.

Die Forderungen sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre, Schlußfolgerungen aus den Bundes-

tagswahlen zu ziehen, dem Gemeinschaftskurs mit der CDU zu entsagen und der abenteuerlichen Bonner Politik mit einer schärferen Opposition und einer eigenen Konzeption zu begegnen, werden gegenwärtig in alier Öffentlichkeit nachdrücklich vertreten.

1. Sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Werktätige stehen in einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Angriffe der

Monopolherren auf den errungenen Lebensstandard. Die gegenwärtige Lohnbewegung fragt nicht nach ideologischen Meinungsverschiedenheiten. Hier stehen die gemeinsamen Interessen im Zentrum der notwendigen Aktionen.

Dieser Kampf, verbunden mit der gewerkschaftlichen Forderung nach demokratischer Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft trifft die Monopole an einer empfindlichen Stelle.

Das macht auch eine Entschließung deutlich, die der Landesvorstand der SPD-Schleswig-Holsteins dem außerordentlichen Parteitag vorlegte und in der es heißt:

„Die vorherrschenden Kräfte haben ihren Einfluß gefestigt durch ein System der personellen Verflechtung in zahlreichen Schlüsselstellungen der staatlichen und Verbandsbürokratie. Das ist ein Stück ‚formierte Gesellschaft‘ seit der Währungsreform. Wer heute über eine ‚formierte Gesellschaft‘ nur redet, ohne zugleich die deformierenden Machtverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft anzuprangern, der will diese ungerechten Machtverhältnisse stabilisieren. Wer aber diese Gesellschaft in angemessene Form bringen will, der muß ihre Herrschafts- und Machtstruktur ändern.“

2. Vermehrt äußern einflußreiche Sozialdemokraten ihre Ablehnung gegenüber dem Bonner Atommachtstreben.

Auch hierfür war die Stellung des Landesparteitages in Schleswig-Holstein bedeutsam. Die sozialdemokratischen Funktionäre forderten, daß die westdeutsche Wehrpolitik und Rüstung nicht als Instrumente aggressiven Drucks gegen die sozialistischen Länder dienen dürfe. Die Bundesrepublik solle deshalb positiv zu dem angestrebten Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen Stellung nehmen, auf den physischen Besitz oder Mitbesitz von Atomwaffen verzichten und eine Entspannung durch militärische Verdunstung in Mitteleuropa anstreben.

Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Frankfurt (Main), Walter Möller, spricht in seiner Forderung nach einer umfassenden Alternative ebenfalls eine

Politik der Entspannung und Abrüstung, ein regionales Sicherheitssystem in Europa und den Verzicht auf atomare Waffen an.

3. Nachdem durch die Haltung der Gewerkschaften und durch den Saarbrücker Beschuß des Parteirats der SPD die Absicht der Erhard-Regierung vereitelt wurde, noch in der vorigen Legislaturperiode des Bundestages die Notstandsverfassung durchzupeitschen und nachdem die neue Regierung ihr altes reaktionäres Gesicht in zügellosen Angriffen auf die Arbeiterschaft gezeigt hat, wächst in der Sozialdemokratie die Forderung nach strikter Ablehnung aller Notstandsgesetze. Warnend verdeutlichte der Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann im Bundestag den Zusammenhang zwischen Erhards „formierter Gesellschaft“ und sieben geplanten Verfassungsänderungen, die einen „autoritären Obrigkeitstaat“ verfassungsmäßig verankern sollen.

Entsprechend solchen Erkenntnissen und in Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Beschlüssen erwarten die Mitglieder der SPD, daß ihre Fraktion von der verstärkten Sperrminorität Gebrauch macht, die Annahme der Notstandsverfassung vereitelt und alle undemokratischen Verfassungsänderungen ablehnt.

4. Zunehmendes Unbehagen erfüllte viele sozialdemokratische Genossen darüber, daß die SPD keine eigene Deutschlandkonzeption hat, ja, daß die SPD-Führung in dieser Frage das Dilemma der Bundesregierung teilt.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten begrüßte die mit dem Passierscheinabkommen in Berlin praktizierte „Politik der kleinen Schritte“ und sprach sich damit praktisch für Schritte zur Entspannung und für Verhandlungen aus. Noch deutlicher wurde die SPD Schleswig-Holsteins, die im Zusammenhang mit ihren Vorschlägen für eine europäische Sicherheitspolitik, für Verhandlungen mit der Regierung der DDR eintrat, um eine Annäherung beider deutschen Staaten herbeizuführen.

Obwohl hier auch antikommunistische Tendenzen des „Aufweichens“ der DDR mitsprechen, scheint sich bei vielen sozialdemokratischen Genossen der Gedanke durchzusetzen, daß die

Bonner atomare Erpressungspolitik jede Wiedervereinigung hoffnungslos blockiert. Stärker werden die Realitäten berücksichtigt und verstärkt sich die Erkenntnis, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten normalisiert werden müssen.

Bei dieser positiven Entwicklung in der sozialdemokratischen Bewegung darf jedoch nicht übersehen werden, daß rechte Führer im Parteivorstand der SPD wie Wehner, Erler und Schmid die Meinungen der Mitgliedschaft nicht berücksichtigen und den Kurs der Anpassung an die CDU-Politik fortsetzen.

Wehner und Erler auf Gemeinsamkeitskurs

Andererseits boten Wehner, Erler und Helmut Schmidt der CDU/CSU erneut Gemeinsamkeit und Unterstützung in der entspannungsfreudlichen Atommach- und Notstandspolitik an.

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem das Atomwaffenverlangen der Erhard-Regierung auf zunehmenden Widerstand in aller Welt, selbst bei westlichen verbündeten Mächten stößt, bekunden rechte Führer der SPD ihre Zustimmung, wollen sie die sozialdemokratische Bewegung an eine ebenso aussichtslose wie abenteuerliche Politik binden.

So unterstützte Helmut Schmidt wörtlich die Forderung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Barzel nach Mitwirkung der Bundesregierung an nuklearen Entscheidungsprozessen. Als Meinung der SPD-Führung legte er dar, daß der Bundesrepublik Mitwirkung an der Zielplanung und an der strategischen Gesamtplanung für atomare Angriffe eingeräumt werden müsse. Das geforderte Vetorecht bei der Zielplanung ändert an der prinzipiellen Zustimmung zur Atomrüstung nichts. Es geht nicht um die bessere Auswahl der Ziele im Atomkrieg, sondern man muß überhaupt verhindern, daß Leute wie Hassel, Strauß und ihre Bundeswehrgenerale die Hand an den atomaren Drücker bekommen. Durch ein europäisches Sicherheitssystem, wie es unsere Partei vorschlägt, durch die Beteiligung der Bundesrepublik an einer atomwaffenfreien Zone der Entspannung, wie es auch die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein verlangen,

Das zeigte sich z. B. in dem äußerst widersprüchlichen Auftreten sozialdemokratischer Sprecher in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung Erhards. Einerseits legten Sprecher der SPD dar, daß die Politik der Erhard-Regierung eindeutig gegen die Interessen der Arbeiter, besonders gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Diese Haltung fand in sozialdemokratischen Organisationen und in den Gewerkschaften Zustimmung. Sie widerstreift die Unzufriedenheit und die Erwartungen der sozialdemokratischen Wähler und vor allem der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten.

Gemeinsamkeitskurs

wird die Forderung nach einem Vetorecht überflüssig.

In der Bundestagsdebatte knüpfte Wehner an die Forderungen Adenauers an, die SPD in die Verantwortung für kommende Grundgesetzänderungen einzubeziehen. Wehner appellierte geradezu, in den wichtigsten Vorhaben der CDU-Politik gemeinsam vorzugehen. Nicht umsonst erhielt er für sein Auftreten das Lob des CDU-Sprechers Barzel.

Das erneute Angebot Wehnens zur Gemeinsamkeit verhallte nicht ungehört. Die Scharfmacher in der CDU/CSU, Adenauer, Strauß, Lübke, Gerstenmaier und Krone empfahlen die Bildung einer großen Koalition. Diese Leute wollen eine große Koalition ihrer Art und Weise. In die CDU-Regierung sollen „auf Zeit“ einige SPD-Minister aufgenommen werden. Und in eben dieser Zeit sollen Notstands-Verfassung und Finanzreform den Bundestag passieren. Die Monopole und ihre Regierung wollen die SPD mißbrauchen, um ihre im Volk unpopuläre Politik durchzusetzen. Sie wollen die SPD zum Mitträger ihrer Atommachtpolitik und der Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam machen. Mit dem Angebot einiger Ministerstellen soll die wachsende Arbeiterbewegung gelähmt und der in der SPD stärker gewordene Ruf nach aktiver Opposition niedergehalten werden.

Es ist nicht verwunderlich, daß Wehner, der Verfechter der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU, in einem

Rundfunkinterview erklärte, von der Sache und der Notwendigkeit her seien die Voraussetzungen für eine große Koalition gegeben.

Wenn gegenwärtig die Gespräche über eine große Koalition auch wieder

abgeklungen sind, so darf man sich über die bestehenden Absichten nicht täuschen. Erinnert sei nur daran, daß Wehner und CSU-Guttenberg bereits vor drei Jahren Koalitionsverhandlungen führten.

Sozialdemokraten drängen nach neuer Politik

Geblieben ist auch die Absicht der herrschenden Bonner Kreise, ihre zum Scheitern verurteilte Politik mit Hilfe der SPD aus der Sackgasse herauszuführen. Millionen Wähler der SPD erwarten dagegen, daß der CDU/CSU mit einer neuen Politik begegnet wird. Prof. Fritz Baade bringt dieses Wollen vieler Sozialdemokraten in einem Artikel der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ Nr. 1, 1966, (S. 9) zum Ausdruck. Er schreibt:

„Politisch gesehen ist ein radikaler Kurswechsel unserer Außenpolitik, unserer Verteidigungspolitik und unserer Wiedervereinigungspolitik längst überfällig ...“

Wie steht es aber mit der innenpolitischen Möglichkeit der Verwirklichung eines so radikalen Kurswechsels in unserer Außenpolitik, einer Umstellung von einer Politik von gestern auf eine Politik von morgen? Nun, mindestens die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist einer solchen Politik immer noch verpflichtet. Das Godesberger Grundsatzprogramm ist in diesem Punkt völlig klar, denn es heißt hier:

„Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.“

Wenn sich die SPD entschließt, diesen Punkt des Godesberger Grundsatzprogramms immer wieder herzustellen, so wird sie damit ganz zweifellos die Zustimmung aller Gewerkschaften finden.“

Die verstärkten Forderungen in der SPD nach einer Neuorientierung der

sozialdemokratischen Politik sind ein ermutigendes Zeichen und haben besondere Bedeutung für den im Juni 1966 anberaumten Parteitag der SPD. Der Parteitag will einen „Bericht zur Lage der Nation“ geben und findet unter der Losung statt: „Reform der Demokratie in Deutschland.“

Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, forderte, daß die Bundesrepublik mit dem militärischen Großmachtstreben Schluß machen müsse und in der Bundesrepublik der Frieden, die Demokratie, die Kultur und der soziale Fortschritt triumphieren solle. Wenn davon ausgehend eine Reform der Demokratie angestrebt wird, dann kann der Parteitag den Forderungen nach einer echten politischen Alternative gegenüber der CDU-Politik gerecht werden.

Wir Kommunisten haben auf der 6. ZK-Tagung unsere Stellung zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten deutlich gemacht. Wir stehen vor der Aufgabe, gemeinsam mit breiten Volkskräften den Kampf um die Erhaltung dessen zu führen, was die Arbeiterklasse und das gesamte Volk an sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechten erworben hat. Das macht eine Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen zwingender denn je.

So wie wir Kommunisten mit Sozialdemokraten gemeinsam im Lohnkampf stehen, gegen die Notstandsgesetze auftreten, gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und die atomare Ausrüstung kämpfen, so wie wir uns einsetzen für Abrüstung und Entspannung, so sind wir auch bereit, uns in den kommenden Wahlkämpfen mit unseren sozialdemokratischen Genossen zu verständern, um zusammen gegen die CDU/CSU aufzutreten. Wir sind gewillt, gemeinsam mit der SPD die CDU-Parlamentsmehrheiten und -Regierungen bei Wahlen zu schlagen.

und Voraussetzungen zu schaffen, sozialdemokratisch geführte Regierungen zu bilden. Wo immer die CDU/CSU versucht, ihre Regierungsherrschaft zu erhalten und auszubauen, stehen wir an der Seite der sozialdemokratischen Genossen ihren Parlaments- und Regierungseinfluß zu erhalten und zu stärken.

Vieles hängt davon ab, wie es gelingt, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den gegenwärtigen sozialen Kämpfen, in der Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche und in Aktionen zum Schutz der Verfassung, zur Wahrung der Demokratie zu verbessern.

Welche Kraft das einheitliche Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entfaltet, das haben wir

gerade in diesen Tagen anlässlich des 20. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED vor Augen. Die Einigung der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündung des Kommunistischen Manifestes. Das historische Ergebnis dokumentiert sich darin, daß in der DDR, dem ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden, erfolgreich der Sozialismus aufgebaut wird.

Ohne Zweifel würde das gemeinsame Handeln von KPD und SPD, die Schaffung der Aktionseinheit in der Bundesrepublik breite Volkskräfte zum erfolgreichen Kampf für Frieden und Demokratie führen.

Zu den Gewerkschaftskongressen 1966

von JOSEF LEDWOHN

Der bevorstehende DGB-Kongreß im Mai kann für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik eine große Bedeutung erlangen. Dieser Kongreß wird auch in solchen Fragen wie der Erhaltung des Friedens und einer auf das Grundgesetz gestützten staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik sein gewichtiges Wort zu sprechen haben.

Seit dem letzten DGB-Kongreß sind drei Jahre vergangen, zwei Jahre seit dem Außerordentlichen DGB-Kongreß, auf dem das Grundsatzprogramm beschlossen wurde. In dieser Zeit ist die Rolle der Gewerkschaften gewachsen, ihr Anspruch in der Bundesrepublik, die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft zu vertreten, ist klarer erhoben und begründet worden. Diese neue Rolle, ihre von den Parteien und natürlich vom Staat unabhängige Stellung hat ihren tiefsten Grund in der weiteren Konzentration des Kapitals, der Ausweitung der Willkürherrschaft der Monopolherren, die nicht nur die Wirtschaft für ihre Profitinteressen kommandieren, sondern auch die Politik der Bundesregierung bestimmen. In der Regierungserklärung Erhards, der offenen Beteiligung am schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk, der Preiswelle im

letzten Jahr zeigte sich deutlich, wie unverträglich die Herrschaft der Monopolherren mit den elementaren Lebensinteressen der Arbeiter ist. Weitgehend wird die Lebenslage der Arbeiter von der Wirtschaftspolitik der Erhard-Regierung, von ihrer Rüstungspolitik bestimmt. Über ein Drittel des Bundeshaushalts wird für die Aufrüstung verschleudert. Die Tarif-, Miet-, Kredit- und Steuerpolitik hat auch nach dem Gutachten des volkswirtschaftlichen Sachverständigenrates die Preislawine ausgelöst. Es ist also nur zu berechtigt, wenn die Gewerkschaften durch ihre höchsten Funktionäre nachdrücklich darauf bestehen, die Gesamtheit der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Monopolherren wie auch gegenüber der Regierung zu vertreten.

Dieser Anspruch hat die Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter — über 90 Prozent aller Arbeiter stimmten bei den Betriebsrätewahlen 1965 für die Kandidaten der Gewerkschaften des DGB —, finden doch die Interessen der Arbeiter im Grundsatzprogramm und im Aktionsprogramm des DGB für die heutige Lage einen richtigen Ausdruck.

Verteidigung des Friedens als einzige Grundlage für jeden sozialen und kulturellen Fortschritt, Ablehnung der Notstandsgesetze und Schutz des Grundgesetzes, Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb, in Wirtschaft und Staat, aktive Lohnpolitik, Erhöhung des sozialen Besitzstandes der Arbeiter — das sind die wichtigsten Forderungen, die zeigen, daß die Arbeiter gegenüber der Erhard-Regierung ein Alternativprogramm haben, das mit den grundlegenden nationalen Interessen unseres Volkes übereinstimmt. Die Rolle der Gewerkschaften, Repräsentant der Mehrheit der Bevölkerung zu sein, ist also heute schon mehr als ein Anspruch. Sie ist auch begründet in den Forderungen, die die Gewerkschaften heute erheben.

Die KPD achtet die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften. Die Mitglieder der KPD sind gehalten, in den Gewerkschaften auf der Grundlage des DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramms, auf der Basis der richtigen Beschlüsse zu aktuellen Fragen und Aktionen zu arbeiten. Das wird hier gesagt, weil für die Stärke und Schlagkraft der Gewerkschaften auch von Bedeutung ist, wie sich die Arbeiterparteien zu den grundlegenden und aktuellen Forderungen der Gewerkschaften stellen.

Die Gewerkschaftsmitglieder, Funktionäre und Leitungen werden es sicher begrüßen, wenn auch die SPD erklärt, daß sie als Volkspartei die Interessen und Forderungen der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter wirksam vertreten will. Eine solche gemeinsame Haltung der KPD und SPD zu den Gewerkschaften ist der beste Beitrag zu ihrer Festigkeit und Einheit als politisch-organisatorisch unabhängige Gewerkschaften.

Einen solchen Gleichklang anzustreben in den wichtigsten aktuellen Fragen der Gegenwart der untereinander selbständigen, unabhängigen Organisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der KPD und SPD, ist jetzt besonders wichtig, da die größten und einflußreichsten Organisationen der Arbeiter, ihre Gewerkschaften, immer stärker von den Monopolherren, ihren Organisationen und der Regierung angegriffen und sogar bedroht werden.

Auf dem DGB-Kongreß und den anderen Gewerkschaftstagen der IG Bau-Steine-Erden, der IG Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, der Gewerkschaft Holz wird zu erörtern sein, wie die Gewerkschaften ihrer neuen Rolle gerecht werden können; das wird dazu beitragen, die Wirksamkeit der Gewerkschaften im Kampf für die sozialen und demokratischen Rechte zu steigern.

In den Jahren seit 1962 haben die Gewerkschaften im großen und ganzen alle Bestrebungen, sie zu einem Ordnungsfaktor in der staatsmonopolistischen Ordnung zu machen, abwehren können. Diese gleichen Anstrengungen werden jetzt erneut, diesmal regierungsoffiziell, aufgenommen. Kanzler Erhard kündigt Maßnahmen der Regierung an, eine sogenannte formierte Gesellschaft aufzubauen. Das Wichtigste ist ihm dabei, einmal die gesamte Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben den Bedürfnissen ihres Großmachtstrebs, ihrer Militärpolitik zu unterstellen und zum anderen, die Arbeiterschaft zu knebeln, und zu diesem Zweck die Gewerkschaften durch staatliche Zwangsmittel in die formierte Gesellschaft einzurorden. Einflußreiche Kräfte in der CDU/CSU wollen zum Beispiel die SPD in die CDU-Regierung einbeziehen, um auf diese Weise die Notstandsverfassung durchzubekommen, die Gewerkschaften, ja die ganze Arbeiterklasse auf die Bahn der Regierungspolitik zu drängen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegen diese Pläne der Monopolherren und ihre Regierung zu verteidigen, den Raum offenzuhalten für den demokratischen und sozialen Kampf der Gewerkschaften — das ist die große Aufgabe, vor die sich die Gewerkschaften auf ihren Kongressen gestellt sehen.

Unser Zentralkomitee hat auf seiner letzten Tagung diese Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung mit den Worten charakterisiert: Heute kommt es darauf an, alles zu tun, um das zu erhalten, was sich die Arbeiter an sozialem Besitzstand und demokratischen Rechten seit 1945 erkämpft haben. Das ist die wichtigste Voraussetzung dafür, um weiter vorwärtszuschreiten.

Für eine Wirtschaftspolitik des sozialen und kulturellen Aufstiegs

Der DGB-Kongreß im Mai findet in einer Zeit statt, in der wichtige Entscheidungen fallen. Millionen Arbeiter und Angestellte werden bis zu diesem Zeitpunkt ihre Lohnbewegung hinter sich haben oder noch mitten in ihr stehen. Für weitere Millionen werden dann noch im Jahre 1966 Lohnforderungen, Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, längerem Urlaub, Urlaubs geld und andere soziale Forderungen auf der Tagesordnung stehen. In diesen Auseinandersetzungen zeigt sich der wahre Charakter der „formierten Gesellschaft“, in der die Arbeiter zugunsten gesicherter, weiter steigender Profite eine Senkung des Lebensstandards in Kauf nehmen, zu mindestens auf jeden weiteren Fortschritt bei der Verbesserung des Lebens verzichten sollen.

Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Erfahrungen und Erfordernisse eines aktiven gewerkschaftlichen Kampfes um den sozialen Besitzstand auf den Kongressen ausführlich behandelt werden. Das wird gut sein, denn Regierung und Unternehmerpresse tun alles, um die Gewerkschaften zu verleumden, ihnen zu unterstellen, sie seien für die Preissteigerungen verantwortlich, die Gewerkschaften würden die Währung und Stabilität der Wirtschaft gefährden. In den Veröffentlichungen der IG Metall, der IG Chemie, anderer Gewerkschaften und des DGB wurde im einzelnen nachgewiesen, daß sowohl das maßlose Profitstreben der Konzerne als auch die maßlosen Ausgaben der Regierung für beides, für Preistreiberei und Währungsschwund, verantwortlich sind. Aber davon ist noch nicht die ganze Arbeiterschaft überzeugt und erst recht nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die natürlich ein elementares Interesse an einer stabilen Währung und an stabilen Preisen hat. Es wäre darum für die ganze Bevölkerung gut, wenn auf der Grundlage der wirtschaftspolitischen Grundsätze, wie sie im Grundsatzprogramm enthalten sind, von den Gewerkschaftskongressen ein Wirtschaftsprogramm, eine Wirtschaftspolitik erörtert würde, die der Arbeiterschaft Vollbeschäftigung, sozialen und kulturellen Aufstieg und

der ganzen Bevölkerung stabiles Geld und stabile Preise garantiert.

Eine solche Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften wird auch deshalb dringend nötig, weil mit den Forderungen nach Mitbestimmung die Frage in der Öffentlichkeit klarer beantwortet werden muß, wozu diese Mitbestimmung genutzt werden soll. Auch läßt sich mit einer eigenen Wirtschaftspolitik überzeugender darlegen, was die Mitbestimmung eigentlich ist. Unternehmer und Regierung diffamieren die Mitbestimmung als „Funktionär-Mitbestimmung“, andere sagen, das bedeutet „erschlichener Umsturz“. Die Monopolpresse droht, das ist „Staatsgefährdung“. Wir Kommunisten sehen in der Mitbestimmung eine humane demokratische Forderung, deren Verwirklichung geeignet ist, eine echte Demokratisierung der Bundesrepublik zu erreichen. Die Mitbestimmung ist in unseren Augen ein Weg, die Wirklichkeit in der Bundesrepublik in Übereinstimmung zu bringen mit dem Grundgesetz, dem zufolge die Bundesrepublik ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat sein soll. Darum ist die Forderung nach Mitbestimmung demokratisch. Sie ist human, weil der Arbeiter in seinem ganzen Leben von den Konzernherren manipuliert wird. Das wird umso schlimmer, je weiter die technische Revolution vordringt. Durch Stilllegung ganzer Betriebsabteilungen und Industriezweige wird sein Lebensstandard gefährdet, und im Betrieb selbst, im Räderwerk des Betriebsmechanismus, wird der Arbeiter zum willenlosen Schräubchen degradiert. Was produziert wird, wie und wo, liegt völlig außerhalb seiner Entscheidungen. Es ist also auch eine Frage der Würde des Menschen, daß der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht erhält, über sein Leben selbst, das von der Wiege bis zum Grabe mit der Arbeit, seiner Arbeit und der Arbeit seiner Familienangehörigen zusammenhängt.

Viel ist noch zu tun, um den Kampf für ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht erfolgreich zu führen. Ob es um die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts im Bereich der Montan-Industrie auf alle Großunternehmen geht,

um eine neue Unternehmensverfassung in Größt-Unternehmen, wie das die IG Chemie fordert, oder um die Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten im Betrieb, bei Leistungszulagen, Arbeitslohnsystemen, Arbeitsordnungen, einer betriebsnahen Tarifpolitik, Fragen also, die in Betriebsvereinbarungen, Mantel- und Lohntarifen zu regeln sind — in jedem Fall ist noch eine große Aufklärungsarbeit zu leisten, damit die Gewerkschaftsforderungen nach Mitbestimmung aktiv von der ganzen Arbeiterschaft unterstützt werden.

Den Notstandsgesetzen eine entschiedene Absage erteilen — Schritte zur Verständigung einleiten

Eines ist jedoch heute schon klar zu sehen: die entscheidende Voraussetzung für ein demokratisches Mitbestimmungsrecht ist die Verhinderung der Notstandsgesetze. Der neue Innenminister Lücke will die SPD für die Notstandsverfassung gewinnen und den Widerstand der Gewerkschaften von innen her zermürben. Die wichtigste aktuelle Aufgabe des DGB-Kongresses wäre demnach, Lücke eine deutliche Antwort zu geben und auch weiterhin die Notstandsgesetze entschieden abzulehnen.

Wenig später als der DGB-Kongress findet der Parteitag der SPD statt. Man kann zweifellos davon ausgehen, daß die Mehrheit der Arbeiter erwartet, beide Kongresse — der DGB-Kongress wie der Parteitag der SPD — werden den Notstandsgesetzen eine entschiedene Absage erteilen. Beschlüsse solcher Art, mit der Aufforderung, Aktionen für die Erhaltung des Grundgesetzes durchzuführen, könnten schon ein entscheidender Sperrriegel für die Pläne der Bundesregierung sein, mit einer neuen Notstandsverfassung das innenpolitische Leben zu knebeln, die Arbeiterorganisationen an die Kette zu legen.

Immer stärker entwickelt sich das Verantwortungsgefühl der Gewerkschaften, unserem Volk den Frieden zu erhalten, in der Bundesrepublik eigene Abrüstungsschritte zu tun und einen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Zweifellos ist der Entschluß des DGB-Bundesvorstandes, eine Delegation in die Sowjetunion zu entsen-

Darum haben sicher all die Gewerkschafter recht, die in der Vorbereitung und auf ihren Kongressen selbst beraten wollen, wie am besten und wirksamsten die Aufklärung über das Mitbestimmungsrecht durchgeführt wird, welche Wege Erfolg versprechen, mit wem die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht durchsetzen können. Dabei ist es notwendig, gegen alle aufzutreten, die das Mitbestimmungsrecht als Sozialpartnerschaft anpreisen. Mitbestimmung wahrnehmen ist ständiger Kampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten.

den, nachdem Klunker von der ÖTV bereits Kontakte mit Gewerkschaften in der CSSR, in Polen und in der Sowjetunion knüpfte, weit über die Gewerkschaften hinaus von Bedeutung. Wird doch damit ein Tabu zerstört, das besagt, es sei nicht möglich, oder zumindesten unnütz, mit Organisationen aus sozialistischen Ländern zu sprechen oder zu verhandeln.

Je mehr sich das Verlangen entwickelt, in den sozialistischen Ländern die Erfahrungen beim Aufbau der Wirtschaft, der Planung, die Mitwirkung der Gewerkschaften dabei zu studieren, umso mehr wächst das Verständnis, daß es an der Zeit ist, den Gesamtaufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik auch dadurch zu entsprechen, daß die Gewerkschaften Überlegungen anstellen, wie die Bundesrepublik aus der Sackgasse in der deutschen Frage herauskommen könnte. Schon sind auf zahlreichen Gewerkschaftstagungen und Jugendkongressen Forderungen erhoben worden, in der DDR an Ort und Stelle vorurteilsfrei zu prüfen, wie dort die wirkliche Lage ist. Überlegungen und Wege in dieser Richtung entsprechen auch dem Text und Geist des Grundsatzprogramms, in dem eine wirkliche Politik des Friedens durch Abrüstung und Entspannung verlangt wird. Einen eigenen Beitrag zur Entspannung und zum Frieden in der Bundesrepublik zu leisten, das aber ist in der Hauptsache, einen Beitrag zu leisten zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Entspannung in Deutsch-

land selbst, das ist auch der beste Weg, alle Pläne einer weiteren schnellen Aufrüstung, des Strebens nach atomarem Mitbesitz oder nach Verfügungsgewalt über nukleare Waffen zu durchkreuzen.

Gerade weil es noch Vorbehalte und Vorurteile auch in der Arbeiterschaft gegenüber der DDR gibt, ist eine offene, sachliche Diskussion über eine friedlich-demokratische Deutschlandpolitik der Gewerkschaften nötig. Mit einem Schritt zu einer Versachlichung und zur Aufnahme von Kontakten zu den Arbeiterorganisationen in der DDR würden die Gewerkschaften eine nationale Tat vollbringen, die zum Nutzen für das ganze deutsche Volk wäre.

In den Gewerkschaften des DGB sind mehr als 6 Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert. Das ist eine große Kraft. Mit Recht fühlen sich die Gewerkschaften als die Sprecher aller 22 Millionen Arbeiter und Angestellten, die mit ihren Familienangehörigen etwa 75 Prozent der ganzen

Bevölkerung ausmachen. Die Gewerkschaften haben ein richtiges Programm, das die Aufgaben in der Gegenwart festlegt und in eine friedliche und demokratische Zukunft weist. Wir halten es für notwendig und möglich, einen weit größeren Teil der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften zu organisieren. Wäre es nicht eine gute Aufgabe, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den Lohnbewegungen und den Kampf gegen die Notstandsgesetze, für Mitbestimmung, sozialen und kulturellen Fortschritt, für Frieden und deutsche Verständigung miteinander wetteifern würden bei der Werbung neuer Mitglieder für die DGB-Gewerkschaften? Zahlreiche neue Mitglieder, das bedeutet noch mehr Kraft für die Gewerkschaften. Das würde auch die Delegierten auf den Gewerkschaftskongressen ermuntern, auf dem bereits eingeschlagenen Weg fortzufahren und Beschlüsse zu fassen, wie Grundsatz- und Aktionsprogramm Zug um Zug verwirklicht werden können.

Die Unternehmer können zahlen

Preise, Löhne, Wirtschaft

von FRITZ RISCHE

Mit der Regierungserklärung Erhardts wurde von den Unternehmern und ihren Organisationen ein verstärkter Angriff auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte der Bevölkerung eingeleitet. Seitdem hat sich das soziale Klima in der Bundesrepublik, wie Otto Brenner feststellte, merklich verschlechtert, das heißt, der Klassengegensatz ist schärfer sichtbar geworden. Als erstes wurden die CDU-Wahlgeschenke durch ein Haushaltssicherstellungsgesetz rückgängig gemacht. Insgesamt wurden 2,9 Milliarden DM fast ausschließlich an notwendigen Sozialausgaben gestrichen, um das durch die Rüstungspolitik entstandene Haushaltsdefizit zum Teil abzudecken. Steuer- und Tariferhöhungen wurden verkündet. Der Preisflut wurde damit Tür und Tor geöffnet. Ohne Rücksicht auf wirt-

schaftliche Belange des Volkes hatte Erhard im Dezember bei Johnson finanzielle und militärische Hilfe für den Krieg in Vietnam und für über fünf Milliarden Mark Rüstungskäufe in den USA vereinbart. Mit dem Ruf der gesamten Sozialreaktion nach „Härte“ sollen den Werktagen die finanziellen Folgen einer gefährlichen Großmachtspolitik aufgebürdet werden. „Der Gewerkschafter“ kennzeichnete diese Politik mit den Worten:

„Härte gegen wen? Gegen die Rentner, gegen die Kriegsopfer, gegen die Familien, die Kinder- und Studiengeld erhalten, gegen werdende Mütter? Oder aber gegen die deutsche und amerikanische Rüstungslobby, die Strauß 656 fall-süchtige Düsenjäger vom Typ F 104 für 6 Milliarden DM angedreht hat. Das ist fast so viel wie das gesamte Haushaltsdefizit, das es jetzt zu besetzen gilt.“¹⁾

¹⁾ „Der Gewerkschafter“, Nr. 11/1965

Die Inflations- und Preiswelle

Von 1950 bis 1964 kosteten die unmittelbaren Rüstungsmaßnahmen runde 160 Milliarden DM. Diese Ausgaben vor allem sind es, die seit Jahren die Preise hochtreiben und Jahr um Jahr die Währung um $2\frac{1}{2}$ bis 3 Prozent abwerten. In seinem Spiegel-Interview gab Adenauer zu, daß diese Rüstungskosten den Haushalt des Bundes durcheinandergebracht haben. Von der Preiswelle am stärksten betroffen waren und sind die Güter des täglichen Bedarfs und die Lebensmittel.

Der vom Statistischen Bundesamt errechnete Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Haushalts mit mittlerem Einkommen lag am Ende des Jahres 1965 um 3,9 Prozent höher als 1964 (1964 waren es 3 Prozent und 1963 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) stellt in einer Untersuchung über die Wirtschaftslage des Jahres 1965 fest, daß der Preisauftrieb innerhalb eines Jahres den aus Lohn- und Gehaltserhöhungen erwachsenen Einkommenszuwachs je Beschäftigten halbierte.³⁾

Die Regierung ging bei diesen Preistreibereien voran. Es sei auf den starken Preisauftrieb durch die steigenden Mieten, die ständigen Tarif- und Steuererhöhungen und auf die EWG-Zusagen auf dem Sektor der Lebensmittel hingewiesen. Erhard aber forderte in seiner Regierungserklärung demagogisch „Verantwortungsbewußtsein der Sozialpartner“. Mit Recht stellen darum die Gewerkschaften fest, die Erhard-Regierung suche mit ihren Maßhalteparolen nach einem Sündenbock für ihre verfehlte Wirtschaftspolitik.

Die Gewerkschaften haben auf die Maßnahmen der Regierung und als Antwort auf die Gewinnexplosion bei den Unternehmern mit Tarifkündigungen geantwortet. Etwa 16 Millionen Arbeiter und Angestellte werden im Jahre 1966 um höheren Lohn, kürzere

Arbeitszeit, mehr Urlaub, Urlaubsgeld und andere soziale Verbesserungen und für mehr Mitbestimmungsrechte kämpfen. Die 3,5 Millionen Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie forderten 9 Prozent mehr Lohn. Die Forderungen der übrigen Gewerkschaften bewegen sich zwischen 9 und 12 Prozent. Die Arbeitgeber und ihre Regierung haben auf diese Forderungen mit einer wütenden Kampagne gegen die Gewerkschaften geantwortet. So forderte Wirtschaftsminister Schmücker am 11. Dezember 1965 auf der Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer in Hagen die Unternehmer auf, „bei den kommenden Tarifverhandlungen Härte zu zeigen“. Unternehmerpräsident Berg (BDI) kommentierte prompt diese Regierungshilfe mit dem Appell „In der künftigen Lohnpolitik unternehmerische Solidarität zu üben“⁴⁾. Gleichzeitig wird massiv mit Aussperrung gedroht.

Treffend charakterisierte Otto Brenner in einem Beitrag „zur Klärung“, daß die angelaufene Tarifbewegung ganz im Zeichen „einer Koalition zwischen Arbeitgebern und Bundesregierung steht, die nicht einmal unter Adenauer so innig und fest war wie heute“⁴⁾.

Typisch für diese unternehmerische Solidarität war das Verhalten der Unternehmerorganisationen bei den Lohnverhandlungen im Metall-Bereich. In keinem Fall unterbreiteten die Arbeitgeber ein Angebot, das einen ernsthaften Verhandlungsgegenstand bildete.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Beitrag von „Metall“. Die Zeitung charakterisierte am 11. Januar diese Praxis mit den Worten:

„Sie wollen Zeit gewinnen. Die fortlaufenden Preissteigerungen interessieren sie nicht. Sie sprechen nur von Verschiebung . . . und von einer möglichen Wirtschaftskrise. Aber sie sagen nicht, wie die Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung zu dem behaupteten Auftragsmangel in der Wirtschaft paßt und sie können für den angeblichen Konjunkturschwung keine Beweise bringen.“⁵⁾

³⁾ WWI-Mitteilungen, Nr. 12/1965, S. 285

⁴⁾ „Handelsblatt“, 13. Dezember 1965

⁵⁾ „Metall“, Nr. 1/1966

⁵⁾ „Metall“, Nr. 1/1966

„Gesamtmetall“ z. B. ließ in teueren Zeitungsinseraten verkünden, Lohnforderungen würden Währung, Export und Beschäftigung gefährden. Die Öffentlichkeit wird mit einer Lohn-, Preis- und Inflationsspirale geschreckt. Wenn es nach dieser Propaganda

ginge, dann wären Wirtschaft und Export auf dem Abstieg und die Beschäftigungslage für Hunderttausende bedroht. Wie aber sieht die wirtschaftliche Lage nach regierungsamtlichen und wissenschaftlichen Urteilen wirklich aus?

Die Wirtschaftslage im Lichte der Lohnforderungen

Das Wirtschaftsinstitut der Gewerkschaften stellt in Übereinstimmung mit anderen Instituten ein weiteres Wachsen der Volkswirtschaft „auf hohem Niveau“ fest: „Höchstens ein Dutzend Jahre der verflossenen beiden ersten Drittel dieses Jahrhunderts haben eine gleich günstige Wirtschaftslage am Jahresende gehabt, wie das gegenwärtige.“ WWI kritisiert die leichtfertige Ausgabenpraxis der Regierung (Wahlgeschenke): „Jetzt spielt man die Rolle des eingebildeten Kranken, statt das chronisch werdende Leiden der Geldentwertung zu kurieren. **Keine Wirtschaftskrise, sondern eine wirtschaftspolitische Krise** erschüttert gegenwärtig Westdeutschland.“⁸⁾

Über die Ursachen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik gibt das „Zweite Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ Auskunft. Sachlich wird festgestellt, daß der Staat in seiner Ausgabenpolitik die Zuwachsrate des realen Bruttozialproduktes (1965 etwa 5 vH) „bei weitem überschritten“⁹⁾ hat.

Der ganze Lärm zur Einleitung des sozialen Abbaus entlarvt sich völlig mit dem neuen Haushaltsentwurf für 1966, den das Kabinett am 5. Januar 1966 vorlegte. Die Bundesausgaben werden erneut um mehr als 8,8 Prozent erhöht und wieder sind mehr als 30 vH aller Ausgaben für Rüstung und Kriegsvorbereitung vorgesehen. Eine Preissteigerungsrate von 3 vH wurde bei den Steuereinnahmen für 1966 mit einkalkuliert und danach die Ausgaben bemessen. Ferdinand Fried von der „Welt“, ein Regierungsschreiber nach Bonner Maßen, kommt in diesem Zusammenhang zu der Feststellung, daß

dies eine offizielle Anerkennung der schleichenenden Inflation ist.¹⁰⁾

Gewiß, die Wachstumsrate der Wirtschaft war 1965 etwas geringer als im Jahre zuvor und es ist auch eine Tatsache, daß auf den Außenmärkten ein harter Konkurrenzkampf tobt. Dennoch war der Export 1965 um 10 Prozent höher als 1964 und er zeigt auch weiter steigende Tendenz. Wenn die gewaltigen Exportüberschüsse vergangener Jahre ausblieben, dann durch die gewollte Vermehrung der Einfuhren, u. a. durch riesige Rüstungskäufe und auch darum, weil die eigene Industrie die Inlandsnachfrage bei Verbrauchsgütern (wegen der Rüstungsaufträge) nicht genügend befriedigen konnte.

Die Metallkonzerne malten zur Abwehr der Lohnforderungen das Geistern einer akuten Stahlflaute an die Wand. Man darf nicht vergessen, daß 1964 ein Rekordjahr für Stahl war — Rekorde in der Produktion und bei Profiten. Selbst Unternehmer wie Berg (in Hagen) sagen aber offen, zu „einer Katastrophenstimmung im Wirtschaftsbereich sei kein Grund vorhanden.“¹¹⁾ Außerdem ist es eine Tatsache, daß die Schwierigkeiten, die es in der Stahlindustrie und im Bergbau gibt, von den Unternehmensleistungen und der Regierung verschuldet sind und zum Teil sogar gewollt werden. Die eingeleitete Fusion des Hoesch-Konzerns und der Hörder-Hüttenunion mit holländischen Stahlkonzernen wird ebenfalls dazu beitragen, daß die Stahlindustrie im Dortmunder Raum in die gleichen Schwierigkeiten kommen wird wie die Hasper Hütte in Hagen (Klöckner-Konzern). Diese Fusion soll die Verlagerung der Stahlindustrie an die Kanal- oder Nordseeküste fördern. Das ist zweifellos nur unter Mißachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in weiten Räumen des Ruhrgebiets möglich.

⁸⁾ WWI-Mitteilungen, Heft 12/1965, S. 281

⁹⁾ Bundesratsdrucksache 589/65, S. 92

¹⁰⁾ „Welt“, 8. Januar 1966

¹¹⁾ „Handelsblatt“, 13. Dezember 1965

Und wie ist es mit den Aufträgen? Die Aufträge der deutschen Stahlwerke, so berichtete „Die Welt“ am 7. Januar 1966 seien im Dezember „ungewöhnlich gestiegen“. „Die Welt“ schreibt auch, warum die Stahlbranche mit der Bekanntgabe detaillierter Zahlen über diesen Auftragsanstieg zögert: „Eine Kommentierung ist besonders heikel, weil die Stahlindustrie mit Rücksicht auf ihre schlechte Auftrags- und Ertragslage von der IG Metall eine vorerst unbefristete Pause in den jährlichen Runden der Lohn erhöhungen erreichen will.“ Außerdem ist die Lage in der Stahlindustrie nicht charakteristisch für die allgemeine Wirtschaftslage. Man muß noch

hinzufügen, daß sich die Stahlindustrie schon seit Jahren die Chance einer Marktausweitung in den sozialistischen Ländern durch das Röhrenembargo selbst verbaut hat. Die Konkurrenz aus der EWG, Großbritannien und den USA hat unterdessen alles getan, um die eigenen Chancen auf diesem Markt zu erhöhen. Hinzu kommt auch noch, daß die Regierung alles tut, um in der Frage der Kreditfristen einen Druck auszuüben. Das alles muß selbstverständlich zum Nachteil der Stahlindustrie wirken. Eine vernünftige Osthandelspolitik wäre darum ein ernsthafter Schritt, um zu neuen Produktionserfolgen und Rekorden zu gelangen.

Das Profitkarussel dreht sich immer rund herum ...

Die Vertreter des Großkapitals behaupten, Lohnerhöhungen würden über die Ertragskraft hinausgehen. Wie sieht es denn mit der Ertragskraft der Unternehmen aus? Wie das Statistische Bundesamt schrieb, stellten die Ausschöpfungsbeträge der Aktiengesellschaften 1964 die aus vorherigen Jahren in den Schatten.¹⁰⁾ Und das „Handelsblatt“ vermerkte in einer Einschätzung der ersten Bilanzen des Jahres 1965, daß gerade in diesem Jahr „ein wahrer Dividendensegen auf die Aktionäre niederging“¹¹⁾.

Die Dresdner Bank berichtet, daß sich die Dividendausschüttungen der börsennotierten Werte 1965 um 13 Prozent auf über 3 Milliarden D-Mark erhöhten. In der gleichen Zeit hat sich der Wert der Bezugsrechte bei Kapitalerhöhungen auf 2,5 Milliarden D-Mark beziffert. Damit haben allein eine Handvoll Großaktionäre 1965 über 5½ Milliarden D-Mark aus der Wirtschaft gezogen. Jeder aber weiß, daß dies nur einen Bruchteil der wirklichen Gewinne darstellt. So berichtete

das „Handelsblatt“ am 8. Dezember 1965 über die Erträge beim größten Maschinenbaukonzern: „MAN darf ruhigen Gewissens jubilieren.“ (16 Prozent Dividende mit Jubiläumsbonus von 2,5 Prozent). Für die Großfirmen im Chemie-Bereich spricht, daß am 11. Januar 1966 Vorstandsvorsitzender Winnacker von den Farbwerken Hoechst feststellte: Es sei schon jetzt erkennbar, daß der Ertrag 1965 im gleichen Ausmaß wie der Umsatz, wahrscheinlich noch mehr gestiegen sei. Die Rationalisierungserfolge zeigten sich in der beträchtlichen Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes von 69 100 auf 75 000 DM. In der gesamten Chemieindustrie stieg der Umsatz pro Kopf von 24 102 DM im Jahre 1950 auf 60 136 DM im Jahr 1964, somit um 249 Prozent. Diese Zahlen beweisen: wie die Chemiekonzerne, können alle übrigen Unternehmen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten bezahlen, ohne daß die Preise steigen brauchen.

... während die Löhne stagnieren

Im genannten Wirtschaftsgutachten wird nachgewiesen, daß 1964 Tariflohnsteigerungen und Produktivitätszuwachs sich gerade die Waage hielten, während sich das Preisniveau um 2,3 vH erhöhte. Auch schon 1963 war der Anstieg des Tariflohn niveaus deut-

lich hinter der Summe aus Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung zurückgeblieben. 1965 hat nach der gleichen Quelle die Produktivität insgesamt um 4,5 Prozent zugenommen, die Preise stiegen um 3,9 Prozent. Gleichzeitig stiegen damit die tariflichen Stundenlöhne einschließlich Urlaubsgeld nach dem Gutachten um

¹⁰⁾ Wirtschaft und Statistik, 9/1965, S. 593

¹¹⁾ „Handelsblatt“, 14./15. Januar 1966

höchstens 8,2 Prozent. Die Tariflöhne sind zwar 1965 etwas schneller gestiegen als die Produktivität, jedoch nicht schneller als Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung.¹²⁾

Das ganze Gerede der Unternehmer und der Regierung von „unvernünftigen Lohnforderungen“ ist offensichtlich Zweckpropaganda. Die gleichen neutralen Gutachter haben den Gewerkschaften bescheinigt, keine „aggressiven Lohnpolitik betrieben“¹³⁾ zu haben.

Auch für 1966 erwarten die Wirtschaftsinstitute einen weiteren beschleunigten Produktivitätszuwachs, für die Metallindustrie einen sechsprozentigen. Die „Welt der Arbeit“ schreibt zu recht, daß die Lohnforderungen der Metaller (das gilt umso mehr für die Chemiearbeiter und die Angehörigen anderer Wachstumsindustrien) nicht nur für die Arbeitgeber tragbar, sondern ohne Preiserhöhungen erfüllbar sind. Zur Forderung der IG Metall stellte die „Welt der Arbeit“ fest, sie „bedeutet bereits ein allseitiges Zugeständnis“.¹⁴⁾

Die Unternehmerorganisationen führen immer wieder das Argument an, eine Beschränkung der Gewinne würde Investitionen und Wirtschaftswachstum gefährden¹⁵⁾. In Wirklichkeit würde es höchstens zu einer etwas geringeren Selbstfinanzierungsquote kommen. Damit würden aber gewaltige verdeckte Gewinne, die großen Rücklagen und Reserven (zurückbehaltener Lohn) im sozialen Gesamtinteresse aktiviert. Bei der BASF hat sich z. B. eine solche Lage herausgebildet, daß dieser Großkonzern mit den versteckten Gewinnen „für über-

sehbare Zeit keine Finanzierungsschwierigkeiten“ hat¹⁶⁾. Außerdem sind die Konzerne bei der Besteuerung gegenüber den Arbeitgebern bevorzugt. Wäre z. B. die Profitsteuer seit 1960 im gleichen Verhältnis wie die Lohnsteuer gestiegen, dann hätte sie dem Bundesetat im Jahre 1965 etwa 9,3 Milliarden DM mehr Einnahmen gebracht.

Das Jahr 1966 wird ein Jahr großer sozialer Auseinandersetzungen. Regierung und Unternehmerorganisationen fordern von den Gewerkschaften faktisch eine Lohn- und Sozialpause. Damit prallen die mächtigsten Klassenkräfte aufeinander. Die Erhard-Regierung gibt dabei den Unternehmerorganisationen und den Konzernen ihre ganze Unterstützung. Dadurch wird der Druck auf die Gewerkschaften stärker. Davon zeugen auch die Notstandsübungen von Bundesgrenzschutz und Polizei in Hessen und an anderen Orten gegen „streikende“ Arbeiter. Die Öffentlichkeit wird u. a. über Presse, Fernsehen, Rundfunk und über die Kanäle der Regierungspropaganda mit Millionenbeträgen von Regierung und Unternehmerorganisationen gegen die Arbeiterforderungen mobilisiert. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften sind dabei, mit eigenen Kampfwaffen kraftvoll zu antworten. Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit wären Belegschaftsversammlungen gemeinsam mit den Frauen aller Arbeiter und Angestellten eine gute Praxis, um die wahren Sachverhalte über Preissteigerungen und Inflation, Rüstungs- und Notstandspolitik darzulegen. An den gewerkschaftlichen Vertraulensleuten vor allem wird es liegen, alle Arbeiter und Angestellten ihres Betriebes für die Erfüllung der Forderungen zu mobilisieren. Dazu gehört auch die Solidarität von Gewerkschaft zu Gewerkschaft und der Einsatz aller Aufklärungsmittel, um die Öffentlichkeit (Frauen, Bauern und Mittelstand) für den gerechten Lohnkampf zu gewinnen. Denn Lohnforderungen steigern die Massenkaufkraft, weiten den Markt aus und wirken konjunkturfördernd. Die Gewerkschafter haben recht, die angesichts der regierungsamtlichen Preissteigerungen und der wachsenden Produktivität Wert darauf legen, die

¹²⁾ Wirtschaftsgutachten, S. 70

¹³⁾ Ebenda, S. 69

¹⁴⁾ „Welt der Arbeit“, 3. Dezember 1965

¹⁵⁾ „Lohn- und Gehaltserhöhungen sind nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften erforderlich, damit nicht das „wünschenswerte Wachstum“ der westdeutschen Wirtschaft gedrosselt wird. In einer Mitteilung des DGB heißt es, die für 1966 gemäß den gelösten Tarifverträgen zu erwartende Massenkaufkraft sei bereits um acht Milliarden DM entwertet. Nur wenn Löhne, Gehälter und Renten entsprechend erhöht würden, sei der Kaufkraftschwund auszugleichen, und nur damit werde 1966 die Produktion „absetzbar.“ (dpa, 14. Januar 1966)

¹⁶⁾ „Handelsblatt“, 12./13. November 1965

Lauffristen der Lohn- und Gehalts-
tarife auf ein Jahr zu beschränken.

Der Ruf der Gewerkschaften nach „gläsernen Aktentaschen“, um die gewaltigen Gewinne der Konzerne der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, beweist, daß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten auch eng mit der Forderung nach Mitbestimmung verbunden ist.

Zugleich ist eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung nötig. Sie müßte Maßnahmen umfassen, die die überhohen Rüstungen abbauen, die Wehrdienstzeit von 18 Monaten auf 12 Monate herabsetzen und die in den letzten 10 Jahren entstandenen

großen Vermögen stärker zur Deckung der Staatsausgaben heranziehen. Die KPD hat auf der 6. ZK-Tagung aufgefordert, den Angriff auf den Lebensstandard durch kraftvolle Aktionen für Lohnerhöhungen, für Sicherung der Sozialgesetzgebung, für Arbeitszeitverkürzungen und gegen die Preistreiberei zu beantworten. Unsere Partei unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne mit ganzer Kraft. In Gemeinsamkeit mit den sozialdemokratischen und christlichen Klassengenossen gilt es, der Front der Konzernherren und ihrer Regierung die Front der kämpfenden Arbeiter und aller Werktätigen entgegenzustellen.

Zu den Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion

von AXEL SCHMIDT

Die Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion waren stets große Ereignisse. Sie haben den Sowjetvölkern den Weg zum Sozialismus—Kommunismus gewiesen und regten die kommunistische Weltbewegung zu neuen Erfolgen an. Sie gaben Antwort auf brennende Fragen unserer Zeit, verkündeten vorwärtsweisende Ideen und wirkten entscheidend auf den Gang der Weltgeschichte ein.

Seit dem XXII. Parteitag sind vier Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich in der Sowjetunion in der weltpolitischen Arena und auch in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung viel verändert. Auf dem bevorstehenden XXIII. Parteitag werden diese Veränderungen eingeschätzt, die Erfahrungen verallgemeinert und neue Probleme beleuchtet werden. Wir haben schon auf der 6. Tagung unseres Zentralkomitees der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß auch dieser Parteitag seinen großen schöpferischen Beitrag zum weiteren Aufbau des Kommunismus und zur Strategie des weltweiten Kampfes um Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus leisten wird.

Der Kampf zwischen dem Imperialismus und den Hauptkräften des gesellschaftlichen Fortschritts — den Län-

dern des Sozialismus, der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und den nationalen Befreiungsbewegungen — ist härter geworden. Die amerikanischen und mit ihnen die westdeutschen Imperialisten versuchen alles, die demokratischen, nationalen und revolutionären Entwicklungsprozesse aufzuhalten. Sie gingen in Südostasien zur offenen Aggression gegen die Demokratische Republik Vietnam über. Sie sind bestrebt, die internationale Lage noch weiter zu verschärfen.

Aber all das sind nicht Zeichen wachsender imperialistischer Stärke. Sie sind vielmehr ein Ausdruck von Angst vor der Grundtendenz unserer Zeit, denn die Positionen des Sozialismus festigen sich. Die nationalen Befreiungsbewegungen und die internationale Arbeiterbewegung erstarken weiter. Die Kräfte nehmen zu, die für die Erhaltung und Festigung des Friedens eintreten.

Mit der erfolgreichen Verwirklichung ihrer außenpolitischen Generallinie hat sich die KPdSU auch in den vergangenen Jahren als die Partei ausgezeichnet, die dem proletarischen, dem sozialistischen Internationalismus die Treue bewahrt. Für diese Partei bedeutet der Kampf gegen den Imperialismus Klassenkampf in der internationalen Arena, politische und prakti-

tische Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, hilfreiche Unterstützung des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und auch unseres Kampfes gegen die atomare Bewaffnung der westdeutschen Militaristen.

Für die KPdSU aber bedeutet dieser Kampf zugleich die erfolgreiche Bewältigung der Wirtschaftsaufgaben in der Sowjetunion, die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und die Erweiterung der sozialistischen Demokratie. So haben die vom September-Plenum (1965) des ZK der KPdSU

beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Leitung in der Industrie, der Vervollkommenung der Planung und der Verstärkung des wirtschaftlichen Anreizes für die Entwicklung der Industrieproduktion eine außerordentlich große Bedeutung. Sie dienen nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, sondern auch der weiteren Stärkung der Kräfte des Sozialismus in der ganzen Welt. Wie das neue ökonomische System in der DDR, sollten auch die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion bei uns westdeutschen Kommunisten stärkste Beachtung finden.

Möglichkeiten des Sozialismus

Das Hauptziel der neuen Maßnahmen besteht darin, das System der planmäßigen Leitung und die Wirtschaftsmethoden mit den Aufgaben des kommunistischen Aufbaus in Einklang zu bringen. Damit wird ein schnelleres Vorwärtsschreiten der sowjetischen Wirtschaft auf dem Wege zum Kommunismus gewährleistet. Der Lebensstandard des Volkes wird gehoben und seine materiellen und geistigen Bedürfnisse werden noch besser befriedigt. Das ist der Sinn der neuen Industriereform.

Es geht um die richtige Kombination zwischen zentraler Planung und Eigeninitiative der Betriebsleitungen und Belegschaften, wirtschaftlicher Rechnungsführung und materiellen Produktionsanreiz. Die sozialistische Arbeit ist noch nutzbringender zu organisieren und die Möglichkeiten des Sozialismus sind vollständiger auszuschöpfen.

Wie groß diese Möglichkeiten sind, wurde uns im letzten Jahr des zu Ende gegangenen 7-Jahr-Planes erneut gezeigt. Im Jahre 1965 erhöhte sich die Industrieproduktion um 8,5 Prozent. 80 Millionen qm Wohnfläche, d. h. 7 Prozent mehr als 1964, wurden schlüssel fertig gemacht. Der Warenumsatz im Einzelhandel wuchs um 9,8 Prozent. Die Geldeinkünfte der Bevölkerung nahmen um 10 Prozent zu. In 11 Monaten hat der Staat 1 Million Tonnen Fleisch und 7,2 Millionen Tonnen Milch mehr

werden noch besser genutzt

als im gleichen Zeitraum des Vorjahres aufgekauft. Durch die Einführung neuer Maschinen stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 4,7 Prozent. Von einem „Stagnieren der sowjetischen Produktionsziffern“¹⁾) kann also keine Rede sein. Nicht in der sozialistischen Sowjetunion, sondern in der monopolkapitalistischen Bundesrepublik sinken die Zuwachsraten in der Industrieproduktion, werden die Sozialleistungen abgebaut.

Das September-Plenum des ZK der KPdSU hat nicht nur die erfolgreiche Entwicklung gewürdigt. Es hat sich in sehr kritischer Weise mit den Mängeln und Fehlern befasst und hat auch objektive Schwierigkeiten aufgezeigt. Noch ist der Nutzeffekt der Produktion zu gering. Die Erfüllung des 7-Jahr-Planes in der Leicht-, Lebensmittel- und chemischen Industrie war unbefriedigend. Bei der Planung der Volkswirtschaft wurden infolge subjektiver Entscheidungen auch Fehler gemacht. Disproportionen in der Entwicklung einzelner Industriezweige, insbesondere auch zwischen Industrie und Landwirtschaft traten auf. Ob es sich um Schwierigkeiten oder Mängel handelt, sie sind in einem sozialistischen Land ganz anderer Natur als in einem kapitalistischen. In der Sowjetunion sind sie entwicklungsbedingt und zeitweilig, in der Bundesrepublik aber sind die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Profitmacherei der großen Monopole und der Rüstungspolitik ihrer Regierung begründet.

¹⁾ „Vorwärts“, Ausgabe v. 8. Oktober 1965

Die Leitung wird verbessert, die Planung vervollkommen und der materielle Anreiz erhöht

Die neuen Maßnahmen führen zur konsequenten Verwirklichung des Prinzips der Leitung der Volkswirtschaft nach Industriezweigen. Sie werden die Wissenschaftlichkeit der zentralen und örtlichen Wirtschaftsplanning erhöhen. Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus werden wirkungsvoller genutzt. Das Tempo der Einführung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik in der Produktion wird beschleunigt. Eine überflüssige Reglementierung wird beseitigt, die wirtschaftliche Selbständigkeit und Eigeninitiative der Betriebe erhöht. Die Erhöhung dieser Selbständigkeit schafft noch größere Möglichkeiten zur Beteiligung der Arbeiter und Angestellten unter Führung der Parteiorganisation und der Gewerkschaften an der Leitung der Produktion und für die Mitbestimmung in allen betrieblichen Angelegenheiten. Es ist für die westdeutschen Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und auch für uns Kommunisten bemerkenswert, und vorteilhaft, daß diese Maßnahmen in einer Zeit durchgeführt werden, da bei uns in der Bundesrepublik die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts zu einer entscheidenden Frage des gewerkschaftlichen Kämpfes geworden ist.

Die wirtschaftliche Rechnungsführung wird in Zukunft noch mehr beachtet. Betriebe sollen mit Hilfe der Preisregelung, der Gewinnverteilung, der Kredit- und Prämienbewährung zur Steigerung der Produktion, zur richtigen Nutzung von Investitionen und gesellschaftlicher Arbeit, zur Verbesserung der Qualität und Zuverlässigkeit ihrer Erzeugnisse angeregt werden. So wird auch das Interesse der Arbeiter und Angestellten an der Verbesserung des Gesamtergebnisses der betrieblichen Produktion zunehmen. Den Betrieben öffnen sich neue, zusätzliche Quellen für die Erhöhung der Arbeitslöhne, für die soziale und kulturelle Betreuung der Werktätigen, für den Bau von neuen Wohnungen mit

den niedrigsten Mieten in der Welt. Wäre es nicht zweckmäßig, diese echten sozialen Errungenschaften in unserem eigenen Kampf für die Verteidigung und den Ausbau der sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten noch besser zu nutzen?

Es geht also in der Sowjetunion nicht um den Einbau „marktwirtschaftlicher Elemente des Gewinns, der Produktivität und der Rentabilität in ein kommunistisches Wirtschaftsgefüge“²⁾. Es geht auch nicht darum, „Schwierigkeiten in der Wirtschaft auf eine ganz neue Weise und mit neuen Methoden zu überwinden, die die Sowjetunion dem Wirtschaftssystem des Westens annähert“³⁾. Wer die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion so mißdeutet, zählt zu den Leuten, die wahrscheinlich nur in der kapitalistischen Vorstellungswelt denken können. Im „Gewinn“ sehen sie nur Profit, im „Markt“ nur ein Spannungsfeld des Konkurrenzkampfes. „Rentabilität“ bedeutet für sie ein Höchstmaß an Ausbeutung, „Preise“ sind nur eine zusätzliche Möglichkeit der Bereicherung.

Wider besseren Wissens fälschen diese Leute die Ausnutzung von „Gewinn“, „Markt“, „Preis“ und „Kredit“ für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft in eine „Einführung kapitalistischer marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Sowjetwirtschaft“⁴⁾ um. Wer aber so spekuliert, verbirgt nur sehr schlecht seine Absicht. In den Augen der Werktätigen unseres Landes soll der Sozialismus schlecht gemacht werden. Die Arbeiter sollen nicht auf den Gedanken kommen, mit dem Hinweis auf die sozialistischen Errungenschaften, um mehr soziale und demokratische Rechte zu kämpfen. Die Herren der IG-Farben, des Flickkonzerns und anderer Monopole möchten gern, daß ein Land wie die Sowjetunion wieder kapitalistisch werde, mit anderen Worten, daß sie sich „liberalisiere“. Sie machen aber den Wunsch zum Vater des Gedankens. „Das sind vergebliche Hoffnungen!“ — sagte Kossygin, „besteht doch das Wesen des Wirtschaftssystems darin, in wessen Händen sich die staatliche Macht, die Produktions-

²⁾ „Frankfurter Allgemeine“, Ausgabe vom 30. September 1965

³⁾ „Stuttgarter Zeitung“

⁴⁾ „Die Zeit“, Ausgabe vom 8. Oktober 1965

mittel und -instrumente befinden, im Interesse welcher Klasse sich die Produktion entfaltet und der Gewinn verteilt wird. Dies ist die Kernfrage, und wir standen und werden in dieser Frage immer auf den unerschütterlichen

Positionen des Marxismus-Leninismus stehen. Die Sowjetunion ist und bleibt unveränderlich das Land des siegreichen Sozialismus. Sie errichtet konsequent die materiell-technische Basis des Kommunismus.¹⁾

Jede Neuerung in einem sozialistischen Lande dem eigenen Kampf nutzbar machen

Nicht nur das Sowjetvolk, auch wir westdeutschen Kommunisten versprechen uns von den neuen Maßnahmen sehr viel Gutes. Wir freuen uns, wenn der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion noch erfolgreicher voranschreitet. Wir gönnen den Sowjetmenschen, daß sie, die in der Vergangenheit für ihr Land und für die Sache des Fortschritts der ganzen Menschheit und auch für unser Volk so große persönliche Entbehrungen auf sich nahmen, immer besser leben.

Mit der erfolgreichen Verwirklichung der Wirtschaftsreformen wird die Sowjetunion weiter erstarken. Es werden auch neue zusätzliche Möglichkeiten entstehen für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und für Hilfeleistungen an die befreiten jungen Nationalstaaten. Wie schon heute, so wird sich jede Spekulation der herrschenden Kreise der Bundesrepublik auf eine Ausnutzung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern für ihre eigene imperialistische Expansionspolitik noch augenscheinlicher als illusionär erweisen. Das läßt hoffen, daß die regierenden Kreise in Bonn nüchterner werden. Sie sollten endlich einsehen, daß man zu sozialistischen Staaten weder mit militärischer noch politischer und auch nicht mit ökonomischer Erpressung gute wirtschaftliche und politische Beziehungen entwickeln kann. Das läßt sich nur im Geiste der friedlichen Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs erreichen.

Wir fühlen uns angeregt, in vergleichender Weise mit vielen Menschen in der Bundesrepublik über die Perspektiven der neuen Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion auf der einen und die Zukunftsaussichten der wirt-

schaftlichen und sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik auf der anderen Seite zu sprechen. Jede Neuerung und jeden Fortschritt in einem sozialistischen Lande sollten wir für die Gewinnung der Arbeiterklasse und aller nichtmonopolistischen Kräfte zum Kampfe um Frieden, um die Verteidigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften und um gesellschaftlichen Fortschritt nutzen.

In der Sowjetunion, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, wo die Arbeiter und Bauern die Macht haben, werden im Ergebnis der Wirtschaftsreformen die Probleme der technischen Revolution bewältigt werden. Die Produktion in allen Industriezweigen wird einen neuen Aufschwung nehmen. Die Vollbeschäftigung ist längst gesichert. Der Lebensstandard wird sich ständig heben. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler sind zur schöpferischen Mitarbeit angehalten und ihre Mitbestimmung in der Produktion ist gesichert. Ihrer beruflichen und geistigen Weiterbildung sind keine Grenzen gesetzt. Je besser sie arbeiten, desto größer wird ihr persönlicher Nutzen und der der ganzen Gesellschaft sein.

In unserem Lande, in der Bundesrepublik aber, wo die Ausbeutung des Menschen und die wirtschaftliche Machtkonzentration zunehmen, sind der technischen Revolution Grenzen gesetzt. Aus ihr werden neue Belastungen für die Werktätigen erwachsen. Die Konjunktur wird nicht ewig anhalten, die Produktion einiger Industriezweige stagniert schon heute und geht zurück. Der Angriff auf den Lebensstandard wird sich verstärken. Den Arbeitern soll das Recht auf Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes versagt bleiben. Der Bildungsnotstand und die Schwierigkeiten des beruflichen Weiterkommens werden nicht geringer.

¹⁾ „Prawda“, Ausgabe vom 28. September 1966

Diese unterschiedliche Entwicklung macht es uns westdeutschen Kommunisten leichter, die Arbeiter und andere Werktätigen darüber aufzuklären, daß sie in einem Staat, in dem sie auf Wirtschaft und Politik einen gebührenden Einfluß haben, besser leben können. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung kann bei richtiger Nutzung der vorwärtsweisenden sozialistischen Errungenschaften noch erfolgreicher für die Verwirklichung ihrer eigenen sozialen und demokratischen Interessen und heute vor allem für die Durchsetzung des Mitbestim-

mungsrechts kämpfen. Auch die übrigen werktätigen Schichten und kleinen Unternehmer, deren Existenz unter den Bedingungen der Machtkonzentration der Monopole ruiniert wird, können wir anhand der neuen Art sozialistischer Wirtschaftsführung und -planung überzeugen, daß in einer von der Wirtschaftsdiktatur der Monopole befreiten Ordnung ein größerer Spielraum für schöpferische Initiative ist. In ihr sind alle Bedingungen für ein Leben des Einzelnen und der ganzen Gesellschaft in Wohlstand gegeben.

Zu Problemen des 11. Plenums des ZK der SED

Brief des Genossen Walter Ulbricht an Genossen Prof. Dr. Maetzig

Am 14. Januar schrieb Genosse Walter Ulbricht den folgenden persönlichen Brief an Genossen Professor Dr. Kurt Maetzig. Genosse Maetzig hatte vorher in einem Beitrag zu Problemen der Kritik am Kulturschaffen auf dem 11. Plenum des ZK der SED Stellung genommen. Der nachstehend veröffentlichte Brief des Genossen Walter Ulbricht enthält wichtige Antworten auf Diskussionen zu den ideologischen und schöpferischen Problemen im Schaffen der Künstler der DDR. Er ist zugleich eine Antwort auf die Verleumdungen, die eine bestimmte Presse gegen die Politik des 11. Plenums ausstreut. Der Brief ist aus Raumgründen leicht gekürzt.

Werner Genosse Dr. Maetzig!

Ihre Stellungnahme im „Neuen Deutschland“ zu Ihrem Film „Das Kaninchen bin ich“ ist für mich deshalb erfreulich, weil Sie sich — zweifellos nach schweren inneren Kämpfen — zu einer parteimäßigen Haltung durchgerungen haben. Ich zweifle nicht daran, daß Sie den Film bei der Konzipierung als wichtig für die Eroberung der Gegenwartsthematik durch die Filmkunst angesehen und daher Ihr ganzes künstlerisches Talent in die Waagschale geworfen haben.

Es war bestimmt nicht Ihre Absicht, einen Film zu schaffen, der, in Westdeutschland aufgeführt, bei den reaktionärsten Feinden der DDR Beifall gefunden hätte. Für diese westdeutschen Reaktionäre gibt es nur eine DDR in Anführungszeichen. Aber Ihr Film ist doch auch ein Film über eine DDR in Anführungszeichen. Und darum geht es vor allem.

Wie stand es im Kampf zwischen der herrschenden Klasse Westdeutschlands

und den friedliebenden Kräften in der Situation, als dieser Film erscheinen sollte? Die westdeutschen Ultras hatten erkannt, daß die DDR fest auf den Füßen steht. Ihre alten Kampfmethoden gegen die DDR hatten sich als wenig wirksam erwiesen. Und nun suchten sie durch Export von Schundliteratur, durch Propaganda von Persveritäten, also durch Verbreitung des westlichen Schundes und Schmutzes und durch Propagierung des Skeptizismus und der Entfremdung, Zersetzungssarbeit zu leisten. Daß dieses Treiben unter der Lösung der Freiheit geführt wurde, ist üblich. Als einige Studentengruppen widerliche Exzeesse begingen, und als einige Jugendliche, von westlicher Kellerkultur beeinflußt, aufhörten, sich zu waschen, kamen ernste Proteste aus der Bevölkerung. Damit wurden Fragen der Erziehungsarbeit durch Rundfunk, Fernsehen, Film, Theater, Schule und Hochschule aufgerollt. In dieser Situation ist auch

noch „Das Kaninchen bin ich“ in die Quere gekommen. Wir haben uns gesagt, möge sich das Plenum des Zentralkomitees, als höchste Instanz, das ganze Material selbst ansehen und urteilen.

Wenn es unter den Künstlern jetzt wieder einige gibt, die von einem neuen „harten Kurs“ faseln, muß ich die Frage stellen: Ist das nicht eine Umkehrung der Wahrheit? Ist nicht Ihr Film, sind nicht ähnlich gestaltete Theaterstücke, Filme und Schlager der härteste Kurs gegen unsere Partei, gegen die DDR? Hier sei mir die Frage erlaubt, ob wirklich erst ein Plenum des Zentralkomitees der SED notwendig war, ob es keine anderen Wege der kollektiven Meinungsbildung, der gesellschaftlichen und der staatlichen Leitungstätigkeit gab, um Ihnen rechtzeitig klarzumachen, wie tief die ideo-logischen Irrtümer waren?

Es gibt zahlreiche Meinungen, Ihr im „Neuen Deutschland“ formulierter parteimäßiger Standpunkt sei nicht ehrlich. Ich bin nicht dieser Meinung. Ihr Film war ein Irrtum, und Sie haben ihn als solchen öffentlich deklariert. Becher definierte einmal den Irrtum sehr richtig: „Ein schwerwiegender Irrtum, daß ein als Irrtum erkannter Irrtum schon kein Irrtum mehr sei — nichts mehr und nichts weniger ist ein solcher als Irrtum erkannter Irrtum: Er hat jetzt die Chance, aufgehoben zu werden. Durch Praxis, durch Tat, durch Handeln . . .“

Man muß unter den Filmkünstlern wie unter den Kunstschaffenden aller anderen Sparten völlige Klarheit schaffen, wohin es führt, wenn man die Positionen der Partei verläßt. Stellen Sie sich bitte einmal die materiellen Auswirkungen vor: Würden die Arbeiter, Bauern, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, die Leitungen der Betriebe und LPG bei der Feststellung von Schwierigkeiten und Widersprüchen stehenbleiben, ohne die Methoden zu ihrer Überwindung ständig neu zu erarbeiten, wo würden sie hingekommen sein?

Tragen die Schriftsteller und Künstler eine geringere Verantwortung für die geistige Produktion? Glauben sie, mit krassem Naturalismus, faktografischer Aneinanderreihung negativer Verhaltensweisen, gemischt mit gro-

bem Sexualismus eine sozialistische Kunst schaffen zu können? Nein, eine solche Kunst wird um so zersetzer wirken, je „gekonnter“ sie ist.

Also geht es bei den gegenwärtigen kulturpolitischen Auseinandersetzungen nicht nur um Ihren Film. Es geht um große ideologische Probleme, die jeden, vor allem natürlich die Künstler, angehen. . .

Natürlich sind auch für unsere Schriftsteller und Künstler noch nicht alle Straßen unseres sozialistischen Aufbaus asphaltiert. Es gibt noch „Un-ebenheiten“ und „Schlaglöcher“, aber sie kennzeichnen, wie Johannes R. Becher schrieb, den Weg, der die Kunst aus einer Sackgasse heraus in die Zukunft führt. Weder in den Sackgassen noch im Niemandsland zwischen den Fronten des Sozialismus und Imperialismus kann eine sozialistische Kunst gedeihen.

Manche Künstler genießen heute den Zweifel an allem wie Rauschgift. Das spricht nicht gegen eine gewisse produktive Potenz des Zweifels als eines Elements der Schaffensmethode, wenn er gegründet ist auf der Fähigkeit, die objektive gesellschaftliche Wahrheit zu erkennen. Der Zweifel an und für sich nützt unserer sozialistischen Weltanschauung gar nichts, wenn er nicht schöpferisch mit den Waffen der sozialistischen Ethik und Ästhetik zum Hebel für die Durchsetzung der konkreten Ziele des sozialistischen Aufbaus wird. Auch die sozialistischen Lebensbedingungen erschaffen nicht spontan, gleichsam in der Retorte, Menschen mit sozialistischer Weltanschauung. Illusionen über eine falsche Freiheit, über das Recht des Individuums, sich über die Partei, über den Staat zu stellen, Illusionen über eine ideologische Koexistenz mit den militätesten Feinden unseres sozialistischen Aufbaus sind Barrieren gegen die Entwicklung sozialistischer Lebens-auffassungen. Sie sind gegen unsere echten sozialistischen Ideale gerichtet, die erdenkbar, realisierbar sind, also in konkreter Zeit Wirklichkeit werden. Diese Ideale sind der Maßstab, an dem wir unsere heutigen Leistungen messen, sowohl unsere materiellen wie unsere geistigen. Daher gewinnt auch die sozialistische Ethik immer wesent-lichere Bedeutung, je weiter die tech-

nische Revolution fortschreitet, je vielseitiger sich unsere Werktätigen qualifizieren, je mehr die DDR als sozialistischer Staat vervollkommen wird.

Unsere Schriftsteller und Künstler haben die weitestgehende Freiheit, alles zu gestalten, was unserem Staat, unserer Gesellschaft nützt. Es müßte dagegen ihrem Berufsethos widersprechen, Freiheiten in Anspruch zu nehmen, die in ihren Auswirkungen gegen unseren Staat, gegen unsere Partei, gegen Deutschland gerichtet sind.

Johannes R. Becher schrieb im Juni 1950 in sein Tagebuch: „Nicht um die Suche neuer Formen geht es, wenn wir um eine Renaissance der deutschen Kultur bemüht sind, sondern es handelt sich darum, daß wir uns des geschichtlich Neuen bewußt werden und es aufs tiefste miterleben, wie es in die Welt gekommen ist und wie es im Begriffe ist, das Wesen der Menschen selber grundlegend zu verändern.“ Und Becher schreibt im selben Abschnitt: „Wir sind stolz darauf, in der Deutschen Demokratischen Republik zu leben und arbeiten zu können, dem ersten Staatsgebilde deutscher Geschichte, worin Kunst und Wissenschaft Heimatrecht besitzen, in dem alle ihre echten Leistungen anerkannt und gefördert werden. Das leidenschaftliche Ja, das wir zu unserer Deutschen Demokratischen Republik sagen, wird, so hoffen wir, in allernächster Zeit Werke hervorbringen, die unserem Volke Freude, die unserem freiheitlichen Staatswesen Ehre machen. Wir sagen zu unserer Deutschen Demokratischen Republik ‚Du‘, wie sie auch zu uns ‚Du‘ sagt. Wir sagen zu ihr ‚Du, unser Staat‘, wie sie auch uns ‚ihre Schriftsteller‘ nennt. Ihre Einrichtungen sind unsere Einrichtungen.“

Diese Gedanken und Empfindungen Johannes R. Bechers sind es, die heute im höchsten Grade aktuell für die Positionen unserer Schriftsteller und Künstler sind und bleiben werden. Die Begriffe der Parteilichkeit und Volksverbundenheit, diese beiden Säulen des sozialistischen Realismus, wie sie Lenin in seinem Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ vor 60 Jahren formulierte, sind auch heute, angewandt auf die konkrete Etappe unseres umfassenden Aufbaus des

Sozialismus, Grundeigenschaften jedes fortschrittlichen Künstlers, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit. Diese Grundeigenschaften müssen in ständigen, kämpferischen Auseinandersetzungen die subjektive Ausgangsposition der Schriftsteller und Künstler bestimmen. Sie mögen im wahrsten Sinne des Wortes für ihre Weltanschauung maßgebend sein.

Bei einigen Schriftstellern und Künstlern spielen heute Begriffe wie Konformismus und Nonkonformismus in den Diskussionen eine gewisse Rolle. Es gibt da völlige Verirrungen wie: Ihr fortschrittlichen westdeutschen Schriftsteller seid Nonkonformisten, also gegen Euren Staat, wir sind auch Nonkonformisten, d. h. gegen unseren Staat. Was für eine gemütliche Position, um uns zu verbrüdern!

Ja, die Position der fortschrittlichen Künstler in Westdeutschland ist um so achtenswerter, je rückhaltloser sie den konkreten imperialistischen Bonner Kriegsstaat ablehnen und bekämpfen. Die Position der fortschrittlichen Künstler der DDR ist um so achtenswerter, je rückhaltloser sie den konkreten ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat Deutschlands bejahren, und diese Bejahung mit begabten, phantasie-reichen sozialistischen Werken unterstützen, die in den Zuschauern und Hörern die tiefsten, würdigsten, produktivsten Gedanken und Empfindungen hervorrufen. Solche Werke gibt es in unserer Literatur, in der bildenden Kunst und Musik, auf unseren Bühnen, in Filmen und im Fernsehen. Um von Filmen zu sprechen, so gehören in jüngster Zeit zweifellos der Liebknechtfilm, „Dr. Schlüter“, „Die Mutter und das Schweigen“ zu solchen Werken.

Um auf allen Gebieten der sozialistischen Entwicklung unserer Nationalkultur solche Werke hervorzubringen, müssen unsere Schriftsteller und Künstler ihre Reihen fester um die Partei zusammenschließen, sie müssen ideologische Diversen, das Gift des Skeptizismus, die Negation alles Heroischen, aller großen Empfindungen, offen und hart bekämpfen. Also Freiheit für alles, was unserem Staat nützt, aber keine Freiheit für Schmutz und Pornographie, keine Freiheit für ein ideologisches Paktieren mit den Fein-

den des Sozialismus, keine Freiheit für das Beschmutzen unseres Staates, der auf der Tradition unzähliger Opfer, unzähliger heroischer Taten guter Deutscher entstanden ist. Vielfältige künstlerische Ausnutzung dieser sozialistischen Freiheit bedingt also einen ständigen Appell an das Parteigewissen, an das staatsbürgerliche Gewissen eines jeden. Also ist auch die Voraussetzung echter Anerkennung die feste Verwurzelung unserer Schriftsteller und Künstler in der DDR, in ihrem Staat, den sie berufen sind, gegen jeden ideologischen Angriff zu verteidigen....

Mit Recht äußerte Prof. Max Burghardt in seinem vom Geist des Marxismus-Leninismus erfüllten Filmgespräch mit dem „Forum“: „Nicht das Anschauen sexueller Irrungen und Reizungen, sondern der Besitz eines bleibenden Geistes, um aus allen spielfräudigen Verstrickungen unseliger Instinkte und Neigungen herauszukommen, ist das Verlangen der Menschen heute. Sie halten nach einem Lebensethos Umschau, wie es ihnen in den großen Anstrengungen unserer sozialistischen Weltanschauung geboten wird.“

Natürlich brauchen wir gebildete und kultivierte Schriftsteller und Künstler. Aber ohne politisches Bewußtsein und ideologische Überzeugung werden solche Künstler keine Werke schaffen, durch deren gedankliches und gefühlsmäßiges Erleben die sozialistische Assoziationsfähigkeit, insbesondere der Jugend, gestärkt und entwickelt wird. Wie groß ist doch die Meisterschaft der Dialektik in den Werken Bertolt Brechts. Durch sein gänzliches Schaffen geht die Fixierung der ethischen Verantwortung des Menschen gegenüber seinen Leistungen und Taten, wie z. B. in „Mutter Courage“, „Galilei“, „Die Tage der Commune“, gerade im letzteren Stück wird die nationale Frage in Verbindung mit der Erkämpfung der Volksmacht dialektisch aufs tiefste verbunden.

Wir können von den fortschrittlichen westdeutschen Schriftstellern und Künstlern nicht verlangen, daß sie Marxisten sind, daß sie die DDR vorbehaltlos anerkennen. Aber Sie können ihnen klarmachen, daß die DDR der einzige deutsche Staat ist, in dem

alle Voraussetzungen bestehen, daß zwischen Macht und Geist keine Konfliktsituation besteht. Sie können ihnen klarmachen, wie schwer die Krise des gesellschaftlichen Überbaus in Westdeutschland auf den Gebieten der Politik, der Rechtsprechung, der Erziehung und der Kultur ist. Sie können ihnen klarmachen, daß in der DDR das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, das Familiengesetz, die Rechtsprechung, die Kulturpolitik eine friedliche, sozialistische Entwicklung garantieren. Sie können ihnen klarmachen, warum Sie zu Ihrem Staat „Ja“ sagen! Sie müssen sich mit ihnen verbünden im gemeinsamen Kampf um Frieden.

Die „kleine DDR“ steht Brust an Brust einem Staat gegenüber, dessen Regierung gewillt ist, den schmutzigen Krieg aus Vietnam nach Deutschland zu tragen, einem Staat, der offen den Krieg gegen die DDR vorbereitet, ja, der den verdeckten Krieg mit dem Einsatz aller Mittel der Agitation und Propaganda, mit politischer und kultureller Diversion gegen die DDR begonnen hat. Welcher ehrliche Schriftsteller und Künstler der DDR wird nicht das tiefe Bedürfnis haben, gegen diese massierten Angriffe in vorderster Front auf der Wacht des Friedens und des Sozialismus zu kämpfen.

Die ganze Welt steht im Zeichen der erfolgreichen Friedensvermittlung der Sowjetunion zwischen zwei kriegsführenden Staaten, Indien und Pakistan, in Taschkent. Das ist ein leuchtender Beweis für die Ehrlichkeit und Wirksamkeit der Friedenspolitik der Sowjetunion, die auch unsere Staatsdoktrin ist. Darum scheuen wir keine Anstrengungen und Mühen, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Darum der Sechspunktevorschlag in meiner Neujahrsansprache an den westdeutschen Bundestag.

Wenn wir die Unklarheiten und Verwirrungen verschiedener Künstler und Schriftsteller untersuchen, die sich objektiv gegen die DDR richten, so wurzeln sie letzten Endes in Unklarheiten über die nationale Frage. Gerade diese Unklarheiten sind es, die der Gegner mit seiner schmutzigen Propaganda zu vertiefen sucht. In diesem Sinne ist auch unser Kampf gegen die Unmoral, gegen die Zersetzung, gegen Pessimis-

mus und Fatalismus auf dem Gebiet der Literatur und Kunst eine nationale Notwendigkeit.

Deshalb ist es entscheidend, daß sich der Schriftsteller und Künstler nicht in eine grundsätzlich schiefe Position hineinlotzen läßt. Er ist kein Priester, der die letzte Ölung gibt, kein Arzt am Krankenbett, kein Richter über Angeklagte. Er ist einer von uns, mitten unter uns, dessen Aufgabe es ist, mit zu planen, mit zu arbeiten, mit zu regieren. Und das um so produktiver, je klarer ihm die große Perspektive des Friedens ist, zu dessen Ziel die DDR unabirrbar voranschreitet. Wo Licht ist, ist auch Schatten. Die Schatten, die der Schriftsteller und Künstler

sieht, wirft das Licht des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Die Mängel und Schwächen, die er bekämpfen soll, sind Widersprüche, die durch die sozialistische Kunst an den gewaltigen Errungenschaften und Fortschritten unserer Gesellschaft gemessen werden müssen. Wir Bürger der DDR haben die schwere und ehrenhafte Aufgabe übernommen, einen sozialistischen deutschen Friedensstaat aufzubauen. Die Schriftsteller und Künstler können die Lösung dieser Aufgabe nicht nur den Arbeitern und Bauern überlassen. Sie haben die Freiheit und die Macht, durch ihre Werke und Leistungen an der allseitigen Entwicklung wahrhaft sozialistischer Menschen mitzuwirken . . .

Unser Interview

mit dem

Genossen Prof. Dr. Herbert Wolf,
Beirat für ökonomische Forschung
bei der Staatlichen Plankommission

Die zweite Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR

W. u. T.:

Auf dem 11. Plenum hat Genosse Walter Ulbricht das neue ökonomische System der Planung und Leitung als „das eigentliche ökonomische System des Sozialismus in der DDR“ bezeichnet. Genosse Prof. Wolf, würden Sie unseren Lesern bitte erläutern, was damit gemeint ist?

Prof. Wolf:

Diese Frage läßt sich am besten beantworten, wenn wir die Gründe für die Ausarbeitung und Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung untersuchen. Die Einführung dieses Systems hängt mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR zusammen, wobei vom erreichten Entwicklungsstand unserer Volkswirtschaft ausgegangen und den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung getragen wird. Deshalb haben auch die Sowjetunion und eine Reihe weiterer sozialistischer Bruderländer ähnliche Beschlüsse zur Weiterentwicklung des Planungs- und Leitungssystems der sozialistischen Volkswirtschaft gefaßt.

Für uns in der DDR kommt ein besonderer Umstand hinzu. Ich meine damit die Tatsache, daß wir den Sozialismus bis zum 13. August 1981 unter den Bedingungen der offenen Grenzen und eines sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrieges der Bonner Machthaber gegen unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht aufbauen mußten. Die Herren in Bonn verfolgten dabei das Ziel, die DDR durch den Wirtschaftskrieg auszulöschen und in die Knie zu zwingen, um uns dann

durch eine militärische Besetzung oder durch eine Polizeiaktion der Bundesrepublik einzuverleiben.

Nun, daraus ist nichts geworden. Durch den Wirtschaftskrieg ist unsere Volkswirtschaft geschädigt worden; rein finanziell gesehen, beliefern sich die Schäden nach einer westdeutschen Einschätzung auf rund 130 Milliarden Mark, das sind mehr als das Eineinhalbfache des seinerzeitigen jährlichen Nationaleinkommens der DDR. Trotzdem hat sich die DDR zu einem starken Industriestaat entwickelt und eine hochintensive sozialistische Landwirtschaft geschaffen. Heute gehört die DDR zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt; in Europa steht sie an der 6. Stelle.

Aber das wurde, wie gesagt, im harten Kampf gegen den mit allen Mitteln geführten Wirtschaftskrieg, gegen die Schädigung unserer Volkswirtschaft durch den Schwindelkurs, durch organisierte Schiebereien, organisierte Abwerbung von Fachkräften usw. erreicht.

Mit dem 13. August 1961 haben wir diesem Treiben ein Ende gesetzt. Jetzt konnte sich der Sozialismus bei uns endlich nach seinen eigenen Gesetzen und Erfordernissen frei entwickeln. Aber damit entstand auch die Aufgabe, ein System der Planung und Leitung auszuarbeiten, das den Bedingungen einer entwickelten sozialistischen Volkswirtschaft und der fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Revolution entsprach und es ermöglichte, alle Vorzüge des Sozialismus im Interesse einer raschen Steigerung der Produktion und des Lebensstandards zu nutzen.

Mit anderen Worten: die Aufgabe bestand also darin, das eigentliche ökonomische System des Sozialismus in der DDR zu entwickeln. Das ist mit der Ausarbeitung und Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung geschehen.

W. u. T.:

Viele unserer Leser interessiert verständlicherweise die Frage, worum es in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems eigentlich geht. Was ist das Neue in dieser Etappe?

Prof. Wolf:

Mit dem im Jahre 1963 beschlossenen Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurden eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die sich bewährt haben. In der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems wurden die Voraussetzungen geschaffen, die es möglich und zugleich erforderlich machen, auf bestimmten Gebieten der Wirtschaftsführung zu grundlegenden qualitativen Veränderungen zu kommen, um nicht bei einzelnen Detailverbesserungen stehen zu bleiben. Das gilt insbesondere für das System der Volkswirtschaftsplanung.

Die bisherige Art und Weise der Planung hat noch nicht ausreichend dazu angereizt, den höchsten wirtschaftlichen Nutzeffekt zu erreichen.

Unser Anliegen besteht darin, die zentralen staatlichen Planungs- und Leitungsorgane wie zum Beispiel die Staatliche Plankommission usw. auf die volkswirtschaftlichen Grundfragen einer perspektivisch fundierten Entwicklung der Volkswirtschaft, also vor allem auf die Strukturrentwicklung und Festlegung der grundlegenden Proportionen der Volkswirtschaft zu konzentrieren. Die wissenschaftlich tiefgründige Ausarbeitung dieser Fragen ist die erste und wesentliche Bedingung für eine hohe Effektivität der gesamten Wirtschaftsentwicklung.

Gleichzeitig soll die Verantwortlichkeit und Eigenständigkeit der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und der einzelnen Volkseigenen Betriebe (VEB) weiter erhöht werden. Dadurch werden die zentralen Planungsorgane von gesamtwirtschaftlich nicht entscheidenden Einzelheiten befreit, während die VVB und die VEB jetzt selbständig schöpferisch planen und ihre Forschungs-, Investitions-, Rationalisierungs-, Absatz- und Finanztätigkeit so gestalten müs-

sen, daß das volkswirtschaftlich beste Ergebnis erzielt wird. Sie erhalten damit die Möglichkeit, selbst diejenige Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben auszuarbeiten und durchzuführen, die den meisten Nutzen bringt.

Diese Veränderungen im Planungssystem werden bei gleichzeitiger Vervollkommenung und dem weiteren Ausbau des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel durchgeführt. Und zwar in der Richtung, die materielle Interessiertheit der VVB, der Betriebe und der Werktägigen auf einen möglichst hohen Zuwachs an Nationaleinkommen zu orientieren. Das zeigt sich unter anderem in der Verantwortung der Betriebe und VVB, die Mittel für Investitionen, für Abschreibungen, Kredite usw. selbst zu erwirtschaften. Durch die Einführung einer Produktionsfondsabgabe, sie wird als Gewinnabführung an den Staatshaushalt in der Form eines Prozentsatzes der produktiven Fonds erhoben, wird der optimale Einsatz neuer, wie auch die rationellste Ausnutzung bereits vorhandener Produktionsfonds stimuliert. Damit wird eine Steigerung des Nationaleinkommenszuwachses und dessen effektivste Verwendung beeinflußt. Auch die Durchführung der Industriepreisreform dient der Verbesserung der Planung und schafft die Voraussetzungen für die ökonomisch wirkungsvolle Anwendung des Systems ökonomischer Hebel. Mit der Bildung von Preisen, die den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand ausdrücken, werden die Hersteller angehalten, die Kosten zu senken und die Abnehmer auf den Kauf solcher Erzeugnisse orientiert, deren Verwendung den größten Nutzen bringt.

Es ist natürlich einfach Unsinn, wenn im Westen behauptet wird, mit dem neuen ökonomischen System hätten wir Methoden der kapitalistischen Wirtschaft übernommen. Ebenso unsinnig ist die Behauptung, in der DDR sei der Profit wiederentdeckt worden. Das alles hat mit den tatsächlichen Vorgängen natürlich nicht das geringste zu tun. In Wirklichkeit geht es darum, die sozialistische Planwirtschaft ökonomisch weiter zu festigen und diejenigen Methoden dabei anzuwenden, die den höchstmöglichen Zuwachs an wirtschaftlicher Leistung für die gesamte Volkswirtschaft mit sich bringen. Die zentrale staatliche Planung ist ebenso wie die umfassende Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktägigen ein ganz entscheidender Vorzug der sozialistischen Ordnung und nicht etwa ein Handicap, wie die Ideologen des Kapitalismus immer wieder behaupten und dabei fälschlicherweise stets unterstellen, daß Planung und Bürokratie ein und dasselbe bedeuten würden.

W. u. T.:

Genosse Prof. Wolf, worin sehen Sie die Bedeutung dieser Maßnahmen für die Entwicklung der DDR und für die Lösung ihrer nationalen Aufgabe?

Prof. Wolf:

Es würde natürlich zu weit führen, wenn ich diese Bedeutung hier in allen Einzelheiten, also gewissermaßen allumfassend darlegen wollte. Ich möchte mich statt dessen auf einige wenige, dafür aber entscheidende Geschichtspunkte beschränken.

Wir gehen davon aus, daß die Lebensinteressen unserer Bevölkerung die rasche Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft erfordern. Die sozialistische Ordnung bietet dazu alle Möglichkeiten. Der Sinn des neuen ökonomischen Systems besteht eben gerade darin, alle Vorteile dieser Ordnung zu nutzen, um die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus sichtbar zu machen.

Damit ist natürlich auch eine Steigerung des Lebensstandards verbunden. Das zeigt sich z. B. in der Bilanz des vergangenen Jahres, in dem das Nationaleinkommen nach vorläufigen Berechnungen um 4,7 Prozent, die Marktpproduktion der Landwirtschaft um 8,5 Prozent und die Geldeinnahmen der Bevölkerung um 4,1 Prozent stiegen. Auch auf dem Gebiet der Bildung, der Kultur sowie des Gesundheits- und Sozialwesens wurden beachtliche Fortschritte erzielt. Die mit dem neuen ökonomischen System in der Planung und Leitung erreichten Erfolge

haben es uns ermöglicht, die Arbeitszeit für alle Werktätigen auf 45 Stunden zu verkürzen und in zahlreichen Betrieben jeden zweiten Samstag als arbeitsfreien Tag einzuführen. Mit einem Wort: was das Volk sich bei uns erarbeitet, das kommt ihm selbst zugute. Wie das in Westdeutschland aussieht, ist Ihnen durch die Regierungserklärung des Herrn Erhard — ich denke da an die vorgesehene Verlängerung der Arbeitszeit und die Forderung nach Konsumbeschränkung — ja selbst gut genug bekannt.

Durch die Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung wurde auch unsere sozialistische Demokratie weiter entwickelt. Während in Westdeutschland die Gewerkschaften noch für die Mitbestimmung der Arbeiter kämpfen müssen, während die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Konzerne die Mitbestimmung rundheraus ablehnen und die Betriebe durch die Notstandsgesetze in ein Zuchthaus verwandeln wollen, entfalten wir bei uns mit dem neuen ökonomischen System die demokratische Teilnahme der Werktätigen an der planmäßigen Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben, entwickelten wir die Selbständigkeit, die Initiative und die Schöpferkraft des Volkes und beziehen die Werktätigen in die unmittelbare Entscheidung über grundlegende volkswirtschaftliche und betriebliche Probleme ein.

Es leuchtet ein, daß eine solche Entwicklung unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht stärkt und festigt. Ich betrachte es zwar nicht als Beweis, aber doch als recht interessantes Eingeständnis, wenn vom Ostbüro der SPD kürzlich bemerkt wurde, man müsse sich von alten Klischees freimachen und erkennen, daß die unverkennbare Stärkung und Konsolidierung der DDR mit den positiven ökonomischen Resultaten des neuen ökonomischen Systems zusammenhängen.

Diese Festigung und Stärkung der DDR besitzt entscheidende Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Deutschland. Je stärker die DDR ist, desto deutlicher spüren die unverbesserlichen Ostlandreiter, die Rüstungsmilliardäre und die Finanzkapitäne in der Bundesrepublik die Grenzen ihrer Macht, und umso aussichtsreicher sind die Positionen der Friedenskräfte in Westdeutschland und in Europa.

Aus dem Leben der Partei

Studiendelegation der KPD bei der KPF

K o m m u n i q u é

Auf Einladung der Kommunistischen Partei Frankreichs weilte im Januar 1966 eine Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Führung des Genossen Josef Schleifstein, Kandidat des Politischen Büros und Sekretär des Zentralkomitees der KPD, in Frankreich.

Im Verlauf ihrer Studienreise hatte diese Delegation Unterredungen mit den Vertretern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs und verschiedenen Abteilungen des Zentralkomitees sowie mit Bezirksleitungen und Grundorganisationen in Betrieben, Wohngebieten und

Dörfern in verschiedenen Gegenden Frankreichs. Auf dem Friedhof Pére-Lachaise legte die Delegation Blumen an den Gräbern der Gefallenen der Pariser Kommune sowie am Grab von Maurice Thorez nieder.

Zum Abschluß des Aufenthalts fand eine Begegnung zwischen der Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands und einer Delegation der Kommunistischen Partei Frankreichs statt, die sich aus den Genossen Waldeck Rochet, Generalsekretär der Partei, Jacques Duclos, Raymond Guyot und René Piquet, Mitglieder des Poli-

tischen Büros, Jacques Denis, Mitglied des Zentralkomitees, und Paul Fabbri, Mitarbeiter des Zentralkomitees, zusammensetzte. Diese Unterredung verlief in einer freundschaftlichen und

brüderlichen Atmosphäre, welche die tiefe Übereinstimmung der Standpunkte bekräftigte, die die Beziehungen zwischen den beiden Parteien stets gekennzeichnet hat.



Die beiden Delegationen haben ihre gemeinsame Besorgnis über die Verschärfung der internationalen Lage, besonders durch die Aggression des amerikanischen Imperialismus gegen das vietnamesische Volk, zum Ausdruck gebracht. Diese Aggression birgt ernste Gefahren für den Weltfrieden in sich. Der gerechte Kampf des vietnamesischen Volkes für seine Unabhängigkeit genießt die Solidarität der Völker der ganzen Welt und die Hilfe und Unterstützung der sozialistischen Länder, besonders der Sowjetunion.

In Solidarität mit dem vietnamesischen Volk wie mit allen Kräften der sozialen und nationalen Befreiung rufen die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Frankreichs die Werktätigen und alle fortschrittlichen Menschen ihrer beiden Länder auf, ihre Aktionen zu verstärken, um die amerikanischen Imperialisten zur Einstellung ihrer Aggression zu zwingen und die von der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam sowie von der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams auf der Grundlage der Genfer Abkommen unterbreiteten Friedensvorschläge zum Erfolg zu führen.

Gleichzeitig verurteilen die beiden Delegationen die Forderungen der westdeutschen Imperialisten nach Zugang zu Atomwaffen als ernsten Faktor der Verschärfung der internationalen Situation. Welche Form dieser Zugang auch immer erhalten könnte, würde er eine schwere Bedrohung der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens darstellen. Die atomaren Ansprüche der Bonner Revanchisten genießen das Einverständnis der Vereinigten Staaten, andererseits können diese Ansprüche sowohl durch die atomare „Force de frappe“, welche die gaullistische Regierung aufbaut, als auch durch die Vorschläge reaktionärer französischer Politiker zugunsten einer

europäischen Atomstreitmacht nur ermügt werden. Die Deutsche Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges offen in Frage stellt und territoriale Forderungen erhebt.

Die beiden Delegationen befürworten eine Normalisierung der Situation auf dem europäischen Kontinent. Diese muß vom Geist der friedlichen Koexistenz geleitet und auf die europäische Sicherheit sowie die Abrüstung gegründet sein. Als nächsten Schritt rufen die beiden Delegationen zur Entwicklung der Bemühungen für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, für die Anerkennung der Grenzen in Europa und für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen auf. Dies würde eine Garantie des Friedens darstellen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem französischen und deutschen Volk fördern.

Die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs sehen in der Existenz des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauernstaates eine große Errungenschaft für die Sache des Friedens und des Sozialismus in Europa. Die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten würde einen bedeutenden Beitrag zum Frieden darstellen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs bekräftigt ihre brüderliche Solidarität mit der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Verbot vor zehn Jahren ein Hindernis für die Militarisierung der Deutschen Bundesrepublik aus dem Wege räumen sollte. Das Verbot und die Polizeiwillkür konnten die Stimme der Partei Liebknechts und Thälmanns nicht zum Schweigen bringen. Die Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands würde eine friedliche und demokratische Entwicklung in Deutschland und den

Frieden in Europa fördern. Die Kommunistische Partei Frankreichs wird

ihre Aktionen für die Legalität der KPD verstärken.

★ ★

Die beiden Delegationen sind der Ansicht, daß die Werktätigen der Bundesrepublik und Frankreichs sowie aller anderen Länder der EWG sich angesichts der koordinierten Politik der Monopole, die auf die Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung und auf die Einschränkung der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Rechte der Massen abzielt, verständigen und aktiver zusammenarbeiten müssen. In beiden Ländern wurden Politiker und Gewerkschafter, sogar Befürworter des Gemeinsamen Marktes, durch beweiskräftige Tatsachen veranlaßt anzuerkennen, daß dieser von den Kartellen und Trusts beherrscht wird. Um so notwendiger ist es, daß sich die Werktätigen und ihre

Organisationen verständigen, um dieser reaktionären Politik eine aktive Verteidigung ihrer gemeinsamen Forderungen entgegenzusetzen und um für eine Politik, die den Interessen der Werktätigen jedes Landes sowie den nationalen Interessen der betreffenden Völker entspricht, zu kämpfen. Vor allem muß für den Erfolg einer solchen Politik die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten verstärkt werden.

Die beiden Delegationen unterstützen die Forderung, daß die Parlamente jeden Landes ohne politische Diskriminierung, sowie die Gewerkschaften mit echten Machtbefugnissen in den europäischen Institutionen vertreten sein sollen.

★ ★

Die beiden Delegationen stellen fest, daß die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Frankreichs in gleicher Weise von den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus und der Treue zum Marxismus-Leninismus beseelt sind. Im Geist der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 wirken sie für die Kampfsolidarität der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die mehr denn je notwendig ist, um die Sache des Friedens und des Sozialismus zum Erfolg zu führen. Insbesondere ist die Aktionseinheit gegen die amerikanische

Aggression in Vietnam eine dringende Notwendigkeit, die sich vor allen Bruderparteien erhebt. Die beiden Delegationen bekräftigen ihre Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Treffens der 19 Parteien vom 1. bis 5. März 1965 in Moskau, die von dem Bemühen getragen sind, die marxistisch-leninistische Einheit der kommunistischen Reihen im Kampf gegen den Imperialismus, für die nationale Befreiung der Völker, für den Frieden und die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, für die Lebensinteressen und die historischen Ziele der Arbeiterklasse zu verstärken.

Erfahrungen der KPD mit der Politik der Aktionseinheit im Lichte der Beschlüsse des VII. Weltkongresses

Aus Anlaß des 30. Jahrestages des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale veranstaltete die Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ gemeinsam mit dem ZK der KP der CSSR und in Verbindung mit einigen Bruderparteien eine theoretische Konferenz. Auf der Konferenz sprach als Vertreter der KPD das Mitglied des Politbüros, Jupp Ledwohn. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachstehend Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Jupp Ledwohn.

I.

Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses und die Stellung der Kommunisten in der Arbeiterbewegung haben

für die KPD auch heute eine aktuelle Bedeutung, kommt es doch bei uns in der Bundesrepublik darauf an, die

KPD zu befähigen, die Arbeiterklasse und alle demokratischen Bürger für den Kampf zu mobilisieren, um eine neue friedliche Politik in der Bundesrepublik durchzusetzen. Dabei spielen solche Fragen eine große Rolle, wie das Verhältnis der Kommunisten zur Bundesrepublik, die Position der Kommunisten in den Gewerkschaften, die Einschätzung der Rolle der SPD, die Erarbeitung einer Plattform für das gemeinsame Handeln der Arbeiter — um nur einige Fragen zu nennen.

Wir Kommunisten in der Bundesrepublik fragen uns, ob wir nach 1945 die Lehren des VII. Weltkongresses richtig angewandt haben. Ich möchte daran erinnern, daß auch in Westdeutschland die Kommunisten auf der Grundlage des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 den Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung begonnen hatten. Wir ergriffen die Initiative zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zur Zusammenarbeit mit anderen friedliebenden demokratischen Kräften, wir versuchten, eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen.

Eine große Arbeit leisteten die Kommunisten gemeinsam mit dem Sozialdemokraten bei der Bildung einheitlicher Gewerkschaften, die zu einer echten Errungenschaft der Arbeiterklasse wurden und jetzt noch den besten Aktivposten der Arbeiterbewegung darstellen.

Es gab nach 1945 vielfältige enge Kontakte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und auf lokaler Ebene eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Demokraten. Dafür einige Beispiele: In Hamburg und München gab es gemeinsame Aktionsprogramme der KPD und SPD. In Wiesbaden wurde ein Einheitsausschuß von KPD und SPD gebildet, der alle Antifaschisten aufrief, ihre Kräfte zusammenzuschließen. In den Regierungen Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und vielen Stadt- und Gemeindeverwaltungen arbeiteten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen.

Wie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone gab es eine breite Bewegung für eine demokratische Selbstverwaltung, eine konsequente Entnazifizierung und für die Entmachtung der Konservativen und Junker.

Das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes waren u. a. die in einer Reihe von Ländern erlassenen Gesetze für die Überführung von Betrieben des Monopolkapitals in Gemeineigentum und die Gesetze für eine Bodenreform. Ein Gesetz zur Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum gab es z. B. in Nordrhein-Westfalen. In Hessen wurde die Überführung von Monopolbetrieben in Gemeineigentum durch eine Volksabstimmung beschlossen und in die Landesverfassung aufgenommen. Bodenreform-Gesetze gab es in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Betriebsräte-Gesetze wurden in Hessen und Württemberg-Baden beschlossen. Das alles zeigt, daß auf der Grundlage eines gewissen einheitlichen Handelns von Kommunisten und Sozialdemokraten und anderer demokratischer Kräfte auch in Westdeutschland ein neuer Weg eingeschlagen wurde, die Volksmassen eine demokratische Ordnung durchsetzen wollten. Diese Entwicklung der ersten Jahre nach 1945 fand auch in dem später beschlossenen Grundgesetz der Bundesrepublik einen gewissen Niederschlag.

Dieser Anfang einer demokratischen Entwicklung in Westdeutschland wurde an der Wurzel untergraben, indem sowohl die imperialistischen Besatzungsmächte, die Kräfte des Monopolkapitals als auch eine Reihe rechter SPD-Führer den Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten zum Teil mit administrativen Mitteln verhinderten und den beginnenden Zusammenschluß der antifaschistischen demokratischen Kräfte mit demagogischen politischen Lösungen auseinandermanövrierten. Wie bekannt, ging diese Entwicklung parallel mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens durch die imperialistischen Besatzungsmächte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Westdeutschland mit dem ökonomischen, politischen und militärischen Wiedererstarken des Kapitalismus eine neue Lage entstanden ist, in der sich auch neue Bedingungen für die Politik der Aktionseinheit entwickeln. Nach Jahren des Irrs und zweifelhafter Wege beginnt die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sich neu zu formieren: es entsteht ein neues Klassenbewußtsein, und die Klassenkräfte stoßen klarer und härter aufeinander. Das hervorstechendste Merkmal der neuen Bedingungen für den Klassenkampf ist zweifellos die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Im Zuge der staatsmonopolistischen Entwicklung wuchs die neue Rolle des Staates in der Wirtschaft, ein umfassender gemeinsamer Macht-, Unterdrückungs- und Lenkungsapparat der Monopole und des Staates entstand. Daraus resultiert, daß die Arbeiter auch im Kampf um ihre Tagesinteressen nicht mehr nur gegen einzelne Unternehmer, Monopole, Unternehmerverbände oder eine einzelne Form des staatlichen Zwanges, sondern gegen die vereinigte wirtschaftliche und staatliche Macht des Gesamtsystems auftreten müssen.

Diese Konfrontation z. B. der Gewerkschaften mit der Macht des staatsmonopolistischen Systems führte in den vergangenen Jahren zu einer Grundsatzdiskussion in den Gewerkschaften. Als Resultat wurde ein neues Grundsatz- und Aktionsprogramm beschlossen, welches von unserer Partei als aktuelle Plattform für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen die Monopole, als Grundlage für die Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen in den Gewerkschaften und Betrieben betrachtet wird.

Die neue Lage durch die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verleiht objektiv den Gewerkschaften eine neue Rolle. Sie werden ihrer Funktion nach mehr und mehr zu Sammelpunkten auch des politischen Kampfes gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Unsere Partei betrachtet es als ihre Aufgabe, ihre Mitglieder, die in den Gewerkschaften organisiert sind, so zu erzie-

hen, daß sie durch ihre Aktivität die Gewerkschaften befähigen, ihrer neuen Verantwortung gerecht zu werden. Dabei wird die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften von den richtigen Beschlüssen der Gewerkschaften selbst bestimmt. Die Kommunisten in den Gewerkschaften streben gemeinsam mit den Sozialdemokraten an, daß diese großen Massenorganisationen der Arbeiter zu bewußten politischen Faktoren des demokratischen Kampfes werden. Dabei beachten wir die Hinweise des VII. Weltkongresses, daß man keinen Hegemonialanspruch der Kommunisten in den Gewerkschaften erheben darf ...

Eine wichtige Seite der staatsmonopolistischen Entwicklung in der Bundesrepublik, die für die Entwicklung der Aktionseinheit bedeutsam ist, ist die Tatsache, daß die Herrschaft der Monopole zu einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Konzentration des Reichtums und der Macht in den Händen einer verschwindenden Minderheit geführt hat. Darüber gibt es ein wachsendes Unbehagen und Anfänge einer Empörung, die noch dadurch gesteigert wird, daß die Handvoll Milliardäre und Millionäre die technische Revolution rücksichtslos zu ihren Gunsten ausnutzt und für die Arbeiter und Angestellten die Schatten einer sozialen Unsicherheit heraufbeschwört und für Hunderttausende heute schon eine Verschlechterung der Lebenslage bringt. Besonders die politische Rechtlosigkeit und Einflußlosigkeit der Arbeiter und ihrer Organisationen wird als drückend und würdelos empfunden.

Diese Entwicklung wird nicht nur von breiten Schichten der Arbeiter, sondern auch des Mittelstandes und der Intelligenz als ungerecht, undemokatisch und unvernünftig abgelehnt. Das kommt in den gewerkschaftlichen Beschlüssen zum Ausdruck und auch in zahlreichen Stellungnahmen von Schriftstellern, die dieses System scharf angreifen, wie z. B. Hochhuth, Geißler, Weiss und Graß. Mit dieser Entwicklung erweitert sich die soziale und ökonomische Basis für die Formierung einer demokratischen Front, die in Westdeutschland im Kampf gegen die Notstandsgesetze und andere

Erscheinungen bereits sichtbar geworden ist. Der Arbeiter wird unter der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Folgen der technischen Revolution in seiner Persönlichkeitsentwicklung unterdrückt, ist Objekt ausschließlich auf Profit bedachter Monopole und ihres Staates.

An der Oberfläche der technischen Revolution wird das oft drastisch als Widerspruch zwischen Mensch und Technik empfunden und dargestellt. Seinem wirklichen Wesen nach handelt es sich jedoch um einen in neuer Form auftretenden Klassenkonflikt, der neue Aufgaben im Klassenkampf notwendig macht. Hier werden die tiefen Gründe sichtbar, die zu der jetzt heftig entbrannten Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Bundesrepublik geführt haben. Die Mitbestimmung ist ein Weg zur schrittweisen Verstärkung des Einflusses der Arbeiterklasse in den Betrieben, in der Wirtschaft und im Staat.

Die staatsmonopolistische Regulierung der technischen Revolution hat, indem sie die reaktionäre Macht der

Monopole und ihres Staates stärkte, den traditionellen Widerspruch zwischen den großen ökonomischen Potenzen und den relativ kleinen politischen Einflußphären des westdeutschen Monopolkapitals außerordentlich zugespielt. Hierin sehen wir eine der ökonomischen Ursachen der besonderen Aggressivität der westdeutschen Regierungspolitik. Damit wird aber auch sichtbar, welche große Bedeutung dem Kampf der Arbeiterklasse um einen größeren Einfluß in Wirtschaft und Politik zukommt, welche wichtige Funktion der Kampf um Mitbestimmung für den allgemeinen Friedenskampf besitzt.

Von erstrangiger Bedeutung für die Bedingungen des Klassenkampfes in Westdeutschland ist der ständig wachsende Einfluß des Sozialismus, besonders die schnell wachsende wirtschaftliche Stärke und politische Autorität der DDR. Er wirkt auf die Forderungen der Arbeiterklasse, durch den Beweis, daß z. B. der Produktionsprozeß ohne Kapitalisten möglich ist, er verstärkt den Anspruch der Arbeiter auf Mitbestimmung in Wirtschaft und Staat.

III.

Die Lage in der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ist dadurch bemerkenswert, daß sich eben auf der Basis dieser neuen Bedingungen auch ein neues Klassenbewußtsein entwickelt, Forderungen und Aufgaben gestellt werden, Argumente gebracht werden, die nicht mehr in der Situation von 1945 wurzeln und erst recht nicht in der Zeit des Hitlerfaschismus oder gar der Weimarer Republik.

Das macht in vielfacher Hinsicht ein Umdenken der Kommunisten in der Bundesrepublik erforderlich. Eine wichtige Aufgabe in dieser Beziehung besteht darin, das Verhältnis der KPD zur Bundesrepublik zu klären. Das ist deshalb so wichtig, weil, je länger die Bundesrepublik besteht, diese vom Volk als ihre Heimat betrachtet wird, und sie ist auch die Heimat der Kommunisten, in der wir leben und arbeiten, die wir so entwickeln und gestalten wollen, daß alle Werktätigen ihr Leben frei und voll entfalten können.

Ich habe schon an anderer Stelle erwähnt, daß im Grundgesetz der Bun-

desrepublik demokratische Rechte festgelegt sind, die in den Forderungen der Massen aus den ersten Jahren nach 1945 ihren Ursprung haben. Wir erachten es als eine wichtige Bedingung für das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, daß dieses Grundgesetz von den demokratischen Kräften gemeinsam mit den Kommunisten verteidigt wird mit dem Ziel, das Grundgesetz auch in der Praxis des Lebens anzuwenden. Das wird uns helfen, bei unseren nächsten Bundesgenossen, bei den Sozialdemokraten, das Vorurteil zu überwinden, als ob wir Kommunisten die Bundesrepublik als unseren Feind betrachteten, dem auf dem schnellsten Wege der Garaus gemacht werden soll. Das Bekenntnis zum Grundgesetz, zur Bundesrepublik, mit der Aufgabe, diesen Staat, diese Gesellschaft zu einem friedlichen, sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu machen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten zu normalisieren.

Die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch verstärkte Vorbereitungen zu Angriffshandlungen gegen die DDR. Immer offener und massiver werden die Forderungen der Militärs und der Regierung nach Grenzrevisionen, nach atomaren Waffen. Neue, offen nationalistische Töne mischen sich in die Politik der Regierungsparteien. Man pocht auf die wirtschaftliche Stärke und verlangt direkt das „Recht“ auf eine eigene aggressive Militärpolitik. Ich will nur noch erwähnen, daß im Innern der Bundesrepublik die herrschenden Kreise die Verfassung außer Kraft setzen wollen, daß sie jetzt nach den Wahlen zum Bundestag neue Anstrengungen machen werden, ihre Notstandsgesetze durchzubringen.

In ihrer Strategie und Taktik trägt die KPD dieser Lage und den neuen Kampfbedingungen Rechnung. Sie stellt der antinationalen, antidemokra-

tischen, friedensfeindlichen Politik der aggressiven Kreise des Monopolkapitals eine Alternative der friedlichen, demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik entgegen. Diese Alternative ist auf dem Parteitag 1963 in einer Programmatischen Erklärung dargelegt worden. Dabei geht unsere Partei davon aus, daß sich jetzt neue Perspektiven für eine breite Front des demokratischen nationalen Widerstandes gegen die Herrschaft der Monopole und ihrer Kriegspartei ergeben.

Die Hauptverantwortung für die Lösung der geschichtlichen Aufgabe, eine Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu erkämpfen, kann nur bei der Arbeiterklasse liegen. Die KPD sieht deshalb in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die wichtigste politische Aufgabe aller Kräfte und Organisationen der Arbeiterschaft.

Ernst Thälmann — ein großer Sohn des deutschen Volkes Zu seinem 80. Geburtstag

von SIEGFRIED STRIETZKE

Am 16. April jährt sich zum achtzigsten Male der Tag, an dem Ernst Thälmann, der große Sohn der deutschen Arbeiterklasse in Hamburg geboren wurde. Schon seit frühestem Jugend nahm er aktiv am Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung teil. Vom ehrenamtlichen Mitglied der Hamburger Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes entwickelte er sich zu einem der hervorragendsten Führer, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennt. Fast zwanzig Jahre, vom Oktober 1925 bis zu seiner Ermordung am 18. August 1944, stand er an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Was haben unsere Gegner nicht alles unternommen, um den Namen **Ernst Thälmann** totzuschweigen und aus dem Gedächtnis des deutschen Volkes auszulöschen. Die bürgerliche Presse der Weimarer Republik beschimpfte und verleumdete ihn. Die Hitlerfaschisten kerkerten Ernst Thälmann elf lange Jahre ein und ermordeten ihn meuchlings. Und heute? Die antikommu-

nistische Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik verbreitet verzerrte Darstellungen und offene Fälschungen über den Kampf unserer Partei, über das Wirken und Leben ihres langjährigen Vorsitzenden Ernst Thälmann. Dennoch ist sein Name Millionen Menschen aller Völker das Symbol des Guten, des Humanistischen und des Fortschrittenlichen in der Geschichte des deutschen Volkes. Er ist mit wichtigen Etappen des Kampfes unserer Partei für die Einigung der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte des Volkes gegen Krieg, Faschismus und Imperialismus, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten und für den Sozialismus untrennbar verbunden.

Die Faschisten ermordeten Ernst Thälmann, um noch angesichts des unmittelbar bevorstehenden Untergangs der Hitlerdiktatur die deutsche Arbeiterklasse eines ihrer erfahrensten und fähigsten Führer zu berauben. Sie glaubten, dadurch die antifa-

schistisch-demokratische Entwicklung in Deutschland verhindern oder doch bremsen zu können. Aber das Rad der Geschichte war auch durch diese feige

Der Vorkämpfer für die Einigung der Arbeiterklasse

Thälmann war stets ein konsequenter Vorkämpfer für die Einigung der Arbeiterklasse, vor allem für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen der KPD und der SPD zum gemeinsamen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen in den Jahren der Weimarer Republik und gegen die drohende faschistische Diktatur. Alle wichtigen Ereignisse in den zwanziger und dreißiger Jahren im Hinblick auf die Verwirklichung der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus waren mit dem Wirken Ernst Thälmanns aufs engste verbunden. Von ihm geführt, entschied sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen historisch bedeutsamen Schritt zur Überwindung der politischen und organisatorischen Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung zu tun: Sie entschloß sich 1920, die Vereinigung mit der noch jungen kommunistischen Partei herbeizuführen. Das war ein wichtiger Meilenstein auf dem Entwicklungswege der KPD zu einer revolutionären Massenpartei.

Die Bildung eines marxistisch-leninistischen Zentralkomitees durch die 1. Parteikonferenz im Oktober 1925, an dessen Spitze Ernst Thälmann berufen wurde, schuf die entscheidende Voraussetzung für die schöpferische Weiterentwicklung der Strategie und Taktik der KPD. In konsequenten politisch-ideologischen Auseinandersetzungen mit allen Erscheinungen des rechten Opportunismus und des ultralinken Abenteuerturns arbeitete die Partei ihre Politik zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes aus.

Kennzeichnend für die Tätigkeit der KPD, ihres Zentralkomitees und Ernst Thälmanns persönlich war das unermüdliche Suchen nach gangbaren Wegen, Methoden und Formen zur Herstellung der Einheitsfront aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Aufgabe zu lösen

Tat nicht aufzuhalten. Heute sehen wir, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die großen Ziele Ernst Thälmanns verwirklicht werden.

wurde immer dringender, als sich 1929 zum Zeitpunkt des Beginns der Weltwirtschaftskrise die reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals anschickten, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu liquidieren und die bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik durch eine offene terroristische Diktatur zu ersetzen. Damals stellte Ernst Thälmann der Partei die Aufgabe, „um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, (zu) kämpfen und die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse (zu) verteidigen.“

Die politischen Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen bedeutete, die demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution, die in der Weimarer Verfassung ihre gesetzliche Verankerung gefunden hatten, gegen die Diktaturbestrebungen der herrschenden Kräfte zu sichern und zu erweitern. Das aber konnte nur durch die einheitlich handelnde Arbeiterklasse, die sich mit den anderen werktäglichen Schichten verbünden mußte, erreicht werden. Deshalb eben war das ganze Sinnen und Bemühen der KPD auf die Herstellung der Einheitsfront vor allem mit der Sozialdemokratie, der zweiten großen Hauptströmung innerhalb der Arbeiterbewegung, gerichtet. Unter den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in der damaligen Zeit traten vorübergehend auch einzelne Fehler und Irrtümer auf. Wesentlich aber war, daß die Partei, vielfach auf die persönliche Initiative Ernst Thälmanns hin, unablässig ihre Politik und Taktik überprüfte, die Lehren des Kampfes ausarbeitete und zu einer immer breiteren, elastischeren und wirkungsvolleren Politik der Einheit der antifaschistischen und demokratischen Kräfte fand.

Es ist insbesondere das historische Verdienst Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Fritz Heckert und anderer, wenn die KPD 1932, im Jahr des Höhepunkts der Aus-

einandersetzungen zwischen den die Demokratie verteidigenden Kräften des deutschen Volkes und dem zur Macht drängenden Faschismus, die Politik der Antifaschistischen Aktion ausarbeitete und alles Erdenkliche für den Zusammenschluß der Gegner der drohenden faschistischen Diktatur unternahm. Von großer Bedeutung war in diesem Ringen eine Aussprache, die Ernst Thälmann am 8. Juli 1932 mit zwanzig sozialdemokratischen Funktionären aus Baden, Berlin, Hamburg, Sachsen, vom Niederrhein und aus dem Ruhrgebiet durchführte, und in der er erklärte: „Die Antifaschistische Aktion ist zu vergleichen mit einem großen, breiten proletarischen Strom, in den von allen Seiten die Kanäle einheitlicher Aktionen der Arbeiter gegen den Faschismus einmünden.“

Immer wieder wies Thälmann mit Nachdruck darauf hin, daß nur das einheitliche Handeln der kommunistischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten, christlichen und parteilosen Arbeiter die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern vermöge. Deshalb wandte sich die KPD am 20. Juli 1932, anlässlich des Staatsstreiches gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Preußen, mit dem Angebot an die Führungen der SPD, der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, durch gemeinsame Kampfaktionen die sozialdemokratische preußische Regierung zu verteidigen. Aber vergeblich. Zum wiederholten Male lehnten die Führer dieser Organisationen die Einheitsfrontvorschläge der KPD ab und waren nicht bereit, ihre eigene Regierung zu unterstützen.

Es zeugt von hohem politischen Verantwortungsbewußtsein, wenn die Partei und Ernst Thälmann persönlich mit nie ermüdender Geduld zur antifaschistischen Aktionseinheit aufriefen, um die Kräfte zu formieren, die den Prozeß des schrittweisen Abbaus der demokratischen Rechte und Freiheiten aufzuhalten und die Errichtung der offe-

nen faschistischen Diktatur hätten verhindern können. Noch am 30. Januar 1933 wandte sich das Zentralkomitee der KPD an die SPD und die anderen Arbeiterorganisationen und forderte sie auf, durch einen einheitlichen, machtvollen Generalstreik der Arbeiterklasse die soeben gebildete Hitlerregierung wieder zu stürzen. Wie beziehungsreich zum heutigen Geschehen sind doch seine Worte aus einem offenen Brief vom 27. Februar 1933. Damals schrieb Ernst Thälmann: „Im Namen der hunderttausenden Mitglieder der Kommunistischen Partei . . . reiche ich Euch, den Mitgliedern und Funktionären der SPD, der freien Gewerkschaften und darüber hinaus den Millionenmassen parteiloser Arbeiter, die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus.“ Auch in seinem Appell an alle Kommunisten vom März 1933 rückte er den **Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur und für ein demokratisches Regime in Deutschland in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder.**

Die Verhaftung Ernst Thälmanns durch die faschistische Polizei am 3. März 1933 war ein harter Schlag für die deutschen Kommunisten. Aber auch während der Haft nahm er, den Möglichkeiten entsprechend, regen Anteil am Kampf der Partei. Insbesondere half er durch seine Hinweise der Parteführung, die Lehren aus der bisher schwersten Niederlage der deutschen Arbeiterklasse zu ziehen und die den veränderten Bedingungen entsprechende Strategie und Taktik auszuarbeiten. Heute ist dokumentarisch bewiesen: Ernst Thälmann trug selbst aus dem Kerker heraus wesentlich dazu bei, daß die KPD auf ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 als einzige politische Kraft in Deutschland den realen Weg zum Sturz der faschistischen Diktatur und zur Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen deutschen Staates ausarbeiten konnte.

Der glühende

Anläßlich seines achtzigsten Geburtstages muß aber auch daran erinnert werden, daß der deutsche Patriot Ernst Thälmann stets ein glüh-

Internationalist

der Internationalist war und mit aller Kraft für Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern eintrat. Voller Stolz schrieb er Anfang 1944 in

seiner „Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen“: „Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden.“

Dieser Patriotismus Ernst Thälmanns aber fand seine sinnvolle Ergänzung durch sein zutiefst internationalistisches Verhalten. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verehrte und verteidigte er den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt. Er war sich bewußt, daß die Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion einer der wichtigsten Beiträge im Kampf für die Erhaltung des Friedens war. Von Ernst Thälmann stammt der auch für die Gegenwart voll gültige Satz: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution.“

Ebenso entschieden und leidenschaftlich setzte sich Thälmann für freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu den anderen Völkern ein. Charakteristisch hierfür war sein Auftreten am 31. Oktober 1932 in Paris, wo er vor 15 000 Werktätigen zum gemeinsamen Kampf der französischen und deutschen Arbeiter gegen die

Chauvinisten und Kriegshetzer aufrief. „Wir Kommunisten“, erklärte er damals, „sagen euch französischen Arbeitern und werktätigen Volksmassen: Euer Leidensgefährte in Deutschland, der dortige Arbeiter und Bauer, ist nicht euer Feind, sondern euer natürlicher Bundesgenosse! Ebenso sagen wir den deutschen Werktätigen, daß der französische Arbeiter und Werktätige niemals ihr Feind, sondern ihr Klassengenosse und Kamerad ist!“ Diese Worte sind noch heute von brennender Aktualität!

Uns Kommunisten in der Bundesrepublik — in einem Staat, in dem wir erneut in die Illegalität gedrängt wurden, in dem die Mörder Ernst Thälmanns aber ungeschoren frei herumlauen können — sind Thälmanns Ideen, seine Treue zum Marxismus-Leninismus, sein Mut, seine Standhaftigkeit und unerschütterliche Siegeszuversicht Beispiel und Ansporn im Kampf für die Wiederherstellung der Legalität der Partei, für eine neue Politik des Friedens und der deutschen Verständigung, für Demokratie und Mitbestimmung des arbeitenden Volkes. Bleiben wir uns stets des Vermächtnisses Ernst Thälmanns bewußt, der kurz vor seinem Tode schrieb: „Die Geschichte unseres Lebens ist hart, deshalb fordert sie ganze Menschen. Du, ich und alle Mitkämpfer für unsere große Sache müssen alle stark, fest, kämpferisch und Zukunftssicher sein.“ Denn Kommunist zu sein heißt: „Unverbrüchliche Treue zur Sache halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verlässlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen.“

Wichtige Neuerscheinung!

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden

Anfang Januar 1966 erschienen im Dietz Verlag Berlin die zwei ersten Bände des insgesamt auf acht Bände angelegten Geschichtswerkes. Erarbeitet von einem Autorenkollektiv unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, liegt das gesamte Werk bis zum 20. Gründungstag der SED (21. April 1966) geschlossen vor.

Jeder Band enthält zahlreiche Abbildungen, einen umfangreichen Dokumentenanhang sowie Personen- und Ortsregister. Der Preis je Band beträgt etwa 11,— MDN.

Jeder Funktionär der KPD sollte sich bemühen, dieses grundlegende und einmalige Werk zu besitzen und zu studieren. „Wissen und Tat“ wird in einer ausführlichen Besprechung diese bedeutsame Neuerscheinung würdigen.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Wie ist die unterschiedliche Haltung von Schröder und Strauß zur atomaren Aufrüstung zu verstehen?

Um es vorweg zu sagen: Hier handelt es sich nicht um prinzipielle Gegensätze, sondern um Differenzen über den Weg und die Methoden zur Erreichung des gleichen Ziels. Dabei stehen sich nicht die Einzelpersonen Schröder und Strauß gegenüber, sondern die beiden zur Zeit einflußreichsten Gruppen des westdeutschen Großkapitals, als deren Sprecher sie in Erscheinung treten. Namen wie Erhard, Schröder und Barzel repräsentieren die eine, Namen wie Strauß, Adenauer, Gerstenmaier und Guttenberg die andere Gruppierung.

Zwischen ihnen gibt es keine Meinungsverschiedenheit, ob die Bundesrepublik atomar aufrüsten soll. Genauso wenig gibt es Differenzen bezüglich der politischen Ziele: militärisches Großmachtstreben, „Befreiung“ der DDR, Wiederherstellung der Grenzen von 1937 usw. Gemeinsam sind ihnen auch die Argumente für die atomare Aufrüstung: Gleichberechtigung bei der Bewaffnung; das deutsche Volk dürfe kein Volk minderen Rechts sein. Atomwaffen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren — das ist die beiden Gruppen gemeinsame Orientierung.

Die Differenzen über den Weg zu diesem Ziel entzündeten sich bei der Diskussion über eine atomare Streitmacht der NATO. Die Gruppe um Schröder sieht in einer solchen gemeinsamen Atomstreitmacht den gegenwärtig einzige realen Weg, um zunächst Mitverfügung über Atomwaffen zu erlangen. Obwohl in der Mehrzahl der NATO-Länder sowohl das MLF-Projekt als auch das britische Projekt einer atlantischen Atomstreitmacht (ANF) auf wachsende Ablehnung stößt, wandte sich Schröder am 12. Januar dieses Jahres im Bundestag „gegen

die Spekulation, daß der Gedanke einer gemeinsamen Atomstreitmacht bei Erhards Washingtoner Verhandlungen mit Johnson begraben“ worden sei. Er betonte, ein Mitbesitz an den atomaren Waffensystemen einer gemeinsamen Kernstreitmacht würde eine atomare Mitbestimmung garantieren.

Der Erhard-Schröder-Gruppe geht es darum, die militärischen Potentiale der USA und der Bundesrepublik möglichst eng zu verzähnen — durch die NATO im allgemeinen und eine gemeinsame Atomstreitmacht im besonderen —, um zu sichern, daß die USA beim „Ritt gen Osten“ mit von der Partie sind. Um die USA an die Pläne Bonns zu binden, wird ihr schmutziger Krieg gegen Vietnam massiv unterstützt, werden die Rüstungskäufe in den USA von Jahr zu Jahr verstärkt, wird schließlich aus der Hinterhand mit einem atomaren Alleingang, mit dem Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht gedroht, falls Bonns Wünsche nicht erfüllt werden. Letzteres hat Schröder mit seiner wiederholt abgegebenen Erklärung gegen einen Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen deutlich gemacht. Ein Beitritt der Bundesrepublik zu so einem Vertrag, sagte er, kommt nicht in Frage, es sei denn, die Bundesrepublik erhalte vorher Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen im Rahmen einer Atomstreitmacht der NATO und die Wiedervereinigung sei nach ihren Vorstellungen, also Angliederung der DDR und Wiederherstellung der Grenzen von 1937, erfolgt. Auf gut deutsch: Wir verzichten auf eigene Atomwaffen nur, wenn wir sie in anderer Form erhalten und unsere Gebietsansprüche befriedigt werden. Geschieht das nicht, behalten wir uns vor, außer einer Atomstreitmacht im Rahmen der NATO

eines Tages auch eine eigene Atom-
macht aufzubauen.

Die Gruppe um Strauß hält nicht
viel von einer gemeinsamen Atom-
streitmacht mit den USA — weder im
Rahmen der NATO noch als Alleingang
Washingtons und Bonns. Sie
möchte selbständig operieren können.
Sie geht davon aus, daß die Zeit gegen
Bonns Revanchepläne arbeitet. **Sie**
will harte und rasche Entscheidungen.
In einer gemeinsamen Atomstreitmacht
aber könnten sich die USA hemmend
auswirken, da auf Grund des Kräfte-
verhältnisses USA — Bundesrepublik
keine „volle Partnerschaft“ gewährleis-
tet sei und „die militärischen Inter-
essen Europas und der USA nicht ganz
übereinstimmen“.

Strauß ist ebenso wie Schröder klug
genug, jetzt nicht eigene Atomwaffen
zu fordern. Er ist auch nicht gegen die
NATO oder das Bündnis mit den USA.
Im Gegenteil, das ist die Grundlage
auch seiner Konzeption. Er ist auch
dafür, gegenwärtig „jedes Maß an ver-
mehrtem Einfluß in der Kernwaffen-
planung der NATO auszunutzen“. Aber
er stellt dem Projekt einer gemeinsa-
men Atomstreitmacht mit den USA
die Forderung nach einer selbstständi-
gen westeuropäischen Kernstreitmacht
entgegen, die mit dem USA-Potential
zusammenarbeitet. Er ver-
langt „ein vereinigtes Europa mit intre-
gierten Streitkräften und eigenem
Kernwaffenpotential“ (Bundestags-
debatte zur Regierungserklärung am
30. 11. 1965). Was Strauß meint, ist an-
gesichts der Kräfteverhältnisse in
Westeuropa klar: ein Westeuropa und
eine westeuropäische Kernstreitmacht
unter Führung der Bundesrepublik.

Nur so könne die „volle Partnerschaft“
zur USA gewährleistet werden. Nur so
können Bonn seinen Zielen entsprechend
selbständig handeln, ohne durch ander-
weitige Interessen und Rücksicht-
nahme der USA gehemmt zu werden.
Gleichzeitig wären die USA durch das
NATO-Bündnis verpflichtet, der Bun-
desrepublik im Ernstfall zur Seite zu
stehen.

Angesichts der Realitäten in West-
europa, insbesondere der Haltung
Frankreichs, aber auch Englands, muß
man sich allerdings fragen, was die
Forderung nach einer westeuropäi-
schen Atomstreitmacht eigentlich
soll. Sie ist offensichtlich irreal. Das
Hochspielen dieser irrealen Forderung
hat vor allem den Zweck, die Schluß-
folgerung vorzubereiten und zu rech-
tfertigen: Man diskriminiert uns, die
Projekte einer multilateralen Atom-
streitmacht der NATO sind gescheitert,
auch Mitverfügung über Atomwaffen
im Rahmen einer westeuropäischen
Kernstreitmacht wird uns verweigert.
Bleibt im Interesse unserer Sicherheit
nur der Aufbau einer eigenen Atom-
streitmacht.

Anfang Dezember 1965 schrieb der
Journalist Mathias Walden in der
Illustrierten „Quick“: „Es kann nicht
ausbleiben, daß die Verweigerung
einer Mitsprache auf dem Gebiet der
Atomverteidigung über kurz oder lang
die Forderung auf dem Besitz eigener
Atomwaffen provoziert.“ Gerade dar-
auf zielt Strauß. Er trifft sich dabei
insofern wieder mit Schröder, als der
eine eigene nationale Atomstreitmacht
als Drohung in der Hinterhand hält.

O. St.

Kann Bonn Atombomben bauen?

Anfang Januar 1966 teilte die „Welt“
mit, die Bundesregierung wolle das
Jülicher Kernkraftwerk in ihre Regie
übernehmen; entsprechende Verhand-
lungen hätten bereits zwischen dem
Bonner Wissenschaftsminister Stolten-
berg und dem Land Nordrhein-West-
falen stattgefunden. In einem weiteren
Artikel wurde dazu — wie üblich —
sogleich versichert, die Bundesregie-
rung könne, dürfe und wolle keine
eigenen Atomwaffen herstellen.

Jeder weiß, wo ihn der Schuh drückt.
Die Bonner Atomrüstung ist wegen
des selbst im Westen wachsenden Miß-
trauens und Widerstands ein politisch
heiße Eisen; daher die eiligen Demen-
tis. Aber auch die Bonner Lügen haben
kurze Beine . . .

Am 19. November 1965 berichtete
die „Frankfurter Rundschau“: „Die
Bundesrepublik könnte nach Mittei-
lung des „Instituts für strategische

Studien in London pro Jahr 186 kleinere Atombomben des Nagasaki-Typs herstellen . . .")

Die Bundesregierung behauptet ständig, die westdeutsche Atomforschung diene nur friedlichen Zwecken. Die nachstehend wiedergegebenen Pressemeldungen überführen sie jedoch der bewußten politischen Zwecklüge.

1. Aus dem Bericht des CDU-Bundestagsabgeordneten Kliessing auf der Ministerratstagung der Westeuropäischen Union Ende Mai 1965 geht eindeutig hervor, daß in der Bundesrepublik bereits der Atomsprengstoff Plutonium hergestellt wird: „Die Plutonium-Produktion der Staaten Westeuropas, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, beläufe sich auf 1200 kg pro Jahr. Damit könnten 200 Atombomben hergestellt werden.“²⁾

2. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung Schritt um Schritt die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für die Herstellung eigener Kernwaffen geschaffen. In einem Bericht der „Welt“ vom 19. Februar 1965 wird dazu mitgeteilt, amerikanische Beobachter wären über Westdeutschlands und Schwedens „technische Möglichkeiten, jederzeit Atomwaffen herstellen zu können, beunruhigt“. In Schweden und in der Bundesrepublik, so heißt es, seien die diesbezüglichen Forschungen am weitesten gediehen.“ Ergänzend wurde dazu festgestellt, daß „die technisch-wissenschaftlichen Grundlagen sowohl ausgebaut sind, daß eine Umstellung auf die Produktion von Atomwaffen verhältnismäßig rasch und einfach durchführbar sei.“

Bonn kann also jederzeit Atomwaffen herstellen, und zwar — der „Welt“

vom 20. November 1965 zufolge — „gegenwärtig 13,5 Bomben, weitere 173 bis 1968“.

3. Verschiedene Pressemeldungen bestätigen, daß die Bundesregierung gegenwärtig schon die Herstellung von Wasserstoffbomben vorbereitet. Bereits im Oktober 1960 hatte die westdeutsche Presse mitgeteilt, den Wissenschaftlern der DEGUSSA sei mit der Entwicklung des sog. Gaszentrifugenverfahrens eine „sensationelle Entdeckung“ gelungen, die die Herstellung der „billigen Atombombe“ ermögliche. Wenige Tage später wurde dieses Verfahren zur Herstellung von Uran 235 von der Bundesregierung zum Staatsgeheimnis erklärt und mit einer Mauer des Schweigens umgeben. Jetzt wurde durch den Besuch des britischen Journalisten Vernon Hough bekannt, daß in den Laboratorien der Jülicher Kernforschungsanlage daran gearbeitet wird, dieses Verfahren technisch nutzbar zu machen. Hough berichtete, er sei in Jülich auf „Experimente mit dem sog. Gaszentrifugenprozeß“ gestoßen, „deren Gelingen einen sensationellen Durchbruch zu billiger Kernenergie“ bedeuten würde. „Die deutschen Atomphysiker könnten sich mit einem Sprung an die Spitze der europäischen Atomforschung setzen und Europa von der Lieferung angereicherten Uraniums aus den USA unabhängig machen.“³⁾

Worum es dabei geht, hat die Londoner Zeitung „Daily Express“ am 19. November 1965 klar ausgesprochen: „... die deutschen Wissenschaftler entwickeln Methoden für die Produktion von Uranium 235, das für die Wasserstoffbombe gebraucht wird“. Damit wird klar, warum die Bundesregierung das Jülicher Kernkraftwerk in ihre eigene Regie nehmen will.

Hintergründe

Die angeführten Tatsachen zeigen, daß sich in der Bonner Atomrüstungspolitik bestimmte Verände-

¹⁾ Die am 9. August 1945 auf Befehl des USA-Präsidenten Truman auf die japanische Stadt Nagasaki abgeworfene Atombombe tötete 75 000 Einwohner sofort; weitere 100 000 Menschen starben an den Folgen dieses ausschließlich von politischen Interessen diktierten Atomwaffeneinsatzes.

²⁾ „Die Welt“, 1. Juni 1965

³⁾ „Frankfurter Rundschau“, vom 15. November 1965

rungen vollzogen haben. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung die NATO als den wichtigsten Zugangsweg zu Atomwaffen betrachtet. Deshalb unterstützte sie seinerzeit den Vorschlag, die NATO zur vierten Atommacht zu machen; deshalb versuchte sie, durch eine Beteiligung an der französischen Kernwaffenproduktion an Atomwaffen heranzukommen

und deshalb unterstützte sie später die MLF.

Bis heute hat die Bundesregierung keines dieser Ziele erreichen können. Die MLF hat offensichtlich Schiffbruch erlitten, und der Versuch, durch eine Zusammenarbeit mit Frankreich Atomwaffen in den Griff zu bekommen, ist vorerst gescheitert. Überall ist der Widerstand gegen die Bonner Atombewaffnung gewachsen, und selbst im westlichen Ausland wird immer öfter der Verdacht geäußert, eine atomar bewaffnete Bundeswehr könnte die Westmächte in einen Atomkrieg hineinzerren. Darum sind die Gegensätze und Risse im NATO-Bündnis gewachsen, und darum hat Bonn seine Ziele bis heute nicht erreichen können.

Angesichts dieser Mißerfolge und Niederlagen hat sich die Bundesregierung immer stärker auf eine zweiseitige (bilaterale) Zusammen-

arbeit mit den USA orientiert. Darin sieht Bonn gegenwärtig die größte Möglichkeit, an Kernwaffen heranzukommen und Einfluß auf die atomare Strategie der USA zu erlangen. Dabei versuchen die Bonner Politiker, die atomare Mitsprache und den Miteinfluss an Kernwaffen durch die Beteiligung der Bundesrepublik an der schmutzigen USA-Aggression in Vietnam zu erreichen.

Gleichzeitig beschleunigt die Bundesregierung die Herstellung eigener Atomwaffen. Dieser Weg hat für die Bonner Politiker an Bedeutung gewonnen: erstens sollen die USA damit erpreßt werden, zweitens will Bonn auch auf diesem Gebiet die Vormachtstellung in Westeuropa — vor allem gegenüber England und Frankreich — erreichen, und drittens will Bonn zur Atommacht werden, bevor ein Abkommen geschlossen wird, das die Weitergabe von Atomwaffen verbietet.

Hintermänner

Hinter diesem Kurs der Bonner Regierung stehen die Profit- und Machtinteressen der großen Industrie- und Bankkonzerne. Das zeigt schon ein Blick auf die Zusammensetzung des Aufsichtsratsvorstandes der DEGUSSA, in der das sog. Gaszentrifugenverfahren entwickelt wurde; dort sind die Deutsche Bank, die Dresdener Bank, der Siemenskonzern und die IG Farben (durch die Badischen Anilin- und Soda-fabriken und die Farbwerke Hoechst) vertreten.

Der Zusammenhang zwischen den Interessen der großen Konzerne und dem Kurs der Bonner Regierungspolitik wird auch in der Absicht der Bundesregierung sichtbar, die Jülicher Großforschungsanlage in ihre Regie zu übernehmen. Der neue Bonner Wissenschaftsminister Stoltenberg, dem diese Anlage dann unmittelbar unterstellt wäre, war früher Direktor des Krupp-Konzerns, der „schon seit Jahren... mit Brown, Boveri & Co. auf dem Gebiet des Reaktorbaus“ zusammenarbeitet und die Atomreaktoren für die Jülicher Kernkraftanlage lieferte.

So zeigt sich, daß die Politik der Bundesregierung von den großen Industrie- und Bankkonzernen bestimmt wird. Für sie ist die Atomrüstung das beste Geschäft und zugleich das Mittel, mit dem sie ihre Macht nach Osten und Westen ausdehnen wollen.

Darum gilt es, die Atomrüstungspolitik der Bundesregierung und ihrer Hintermänner zu beenden und eine neue Politik durchzusetzen. Nicht die Atombewaffnung gibt unserem Volke Sicherheit und Frieden. Sie beschwört nur die Gefahr des atomaren Selbstmords herauf. Wirkliche Sicherheit bietet nur ein europäisches Sicherheitssystem, der Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten und das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Nur durch den Kampf der werktätigen Massen für diese Ziele sowie für die Verhinderung der Notstandsgesetze und die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung kann den Atomwütigen die Atombombe aus der Hand geschlagen und die tödliche Gefahr gebannt werden.

Was steckt hinter dem Bonner Alleinvertretungsanspruch?

Was dieser Anspruch besagt, hat Adenauer so formuliert: „Es gibt keine zwei deutschen Staaten, es gibt nur einen deutschen Staat. Die sogenannte Deutsche Demokratische Republik ist kein Staat.“ (Am 13. Februar 1957 im Bayerischen Rundfunk). Davon leitete sein Intimus Hallstein die nach ihm benannte außenpolitische Doktrin ab, wonach jedes Land, das in irgend-einer Form normale diplomatische Beziehungen zur DDR aufnimmt, einen „unfreundlichen Akt“ gegen die Bundesrepublik begeht, was Bonn post-wendend mit dem Abbruch seiner Beziehungen zu dem betreffenden Land zu strafen gedenkt.

Damit konnte das Anwachsen der internationalen Autorität der DDR nicht aufgehalten werden. Sie unter-hält heute volle diplomatische Bezie-hungen mit 13 Staaten, Generalkon-sulat in 9 Staaten, Handelsvertretun-gen in 28 Staaten. Inzwischen hatten die Doktrinäre in Bonn sogar Grund, darüber zu lamentieren, daß selbst in den USA, Großbritannien und Frank-reich gegen das Dogma der Bonner Außenpolitik gesündigt wird, z. B. durch umfangreiche Handelsabschlüsse mit der DDR, durch repräsentative Teilnahme an der Leipziger Messe.

Andererseits hat die Hallstein-Dok-trin nur die Bundesrepublik in zuneh-mende Isolierung gebracht. Denken wir nur daran, daß eine Reihe arabischer und afrikanischer Staaten ihre Bezie-hungen zur Bundesrepublik abbrachen als solidarische Antwort auf die erpres-serischen Maßnahmen Bonns gegen die VAR, nachdem diese den Staats-ratsvorsitzenden der DDR, Genossen Walter Ulbricht, empfangen hatte. Aber das röhrt die Bonner Doktrinäre nicht im geringsten. Sie halten daran fest: Die DDR ist kein Staat, nur die Bundesrepublik vertritt Deutschland.

Auch die Feststellung von Völker-rechtlern aus aller Welt, daß die DDR sehr wohl alle Merkmale eines Staates besitzt, ja selbst die Bekanntschaft mit der realen Staatlichkeit der DDR (man denke nur an die Lektion vom 13. August 1961) hat die Herrschaften nicht einsichtsvoller gemacht

Liegt hier ein hoffnungsloser Fall von Blindheit und Sturheit vor? Oder haben wir es lediglich mit einem Vor-wand zu tun, hinter dem sich gewisse Politiker vor den vernünftigen Ver-ständigungsangeboten der DDR ver-kriechen?

Politiker, denen selbst kein Konzept zur Lösung der deutschen Probleme einfallen will?

Das alles trifft nicht den Kern der Sache. Denn der Alleinvertretungsan-spruch — das ist ihr Konzept, das sie hartnäckig verfolgen.

Was für ein Konzept ist das? Außenminister Schröder ist einmal schon ziemlich deutlich geworden: „Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist ein entzoge-nes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß.“ („Industriekurier“, 13. Juni 1952).

Soviel ist deutlich: Die These, nur die Bundesrepublik repräsentiere Deutschland, zielt auf territoriale Ex-pansion ab.

Bleibt aber immer noch die Beteue- rung der Bonner Politiker, sie wollten das „vorenthaltene Territorium“ nur friedlich zurückgewinnen. Und wir wissen, wieviele Menschen das noch glauben. Aber nicht friedliche Absichten, sondern kriegerische Abenteuer sind die logische Konsequenz des Alleinvertretungsanspruchs.

Das ist keinesfalls eine kühne Be-hauptung, die nur wir Kommunisten aufstellen. Der prominente FDP-Poli-tiker Thomas Dehler hat das klipp und klar bewiesen:

„Man will die Bundesrepublik als das Deutsche Reich im Bereich des Grundgesetzes sehen, während die Ordnung in der Zone nicht legitim sei ... Nach dieser Auffassung wäre die Rückgliederung auch durch Ge-walt möglich; denn nach herkömm-licher Auffassung des Staatsrechts ist die gewaltsame Beseitigung einer aufständischen Regierung nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten; also: ein zwangswisees Vorgehen gegen die Zonenregierung wäre ein legiti-mes Mittel, das auch durch das Ver-bot des Angriffskrieges im Art. 26, Abs. 1 des Grundgesetzes nicht ver-

wehrt wäre, weil die Niederschlagung eines Aufstandes kein Angriffskrieg ist.“ („Frankfurter Rundschau“, 31. Jan. 1961).

Diese hier in etwas trockenem Juristendutsch dargestellte Konzeption, die Gewalt und Krieg rechtfertigen soll, steckt hinter dem Bonner Alleinvertretungsanspruch: Die DDR ist kein rechtmäßiger Staat, sondern ein illegales Rebellenregime. Die Entmachtung des Großkapitals und der Junker, die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die gesellschaftlichen Umgestaltungen, das ist nicht der Vollzug notwendiger Konsequenzen aus verhängnisvoller Vergangenheit, sondern das ist Aufstand. (Das wird ergänzt durch die Behauptung, daß der Sozialismus nichts Deutsches, sondern eine aufgezwungene fremde Ordnung sei).

Diese Konzeption hält sich Bonn nicht für irgendeinen fernen Tag X in peto, um dann danach zu handeln — danach wird jetzt und seit langem schon gehandelt, um den Tag X, die große Provokation, vorzubereiten. Beispiel: Weil man die DDR nicht anerkennt, braucht man auch ihre Gesetze nicht anzuerkennen. Darum sind Provokateure gegen die Grenze der DDR, deren Taten in jedem Staat als kri-

minelle Verbrechen gelten würden, „Freiheitshelden“, die offiziell unterstützt und gefeiert werden. Denn sie machen vor, was schließlich jeder Bundesbürger denken und wonach er handeln soll: daß gegen die DDR jedes Mittel recht ist.

Es gibt also nur eine stichhaltige Erklärung dafür, weshalb die Revanchisten in Bonn mit unüberbietbarer Sturheit auf ihren Alleinvertretungsanspruch pochen: Es ist ihre Anmaßung, daß sie berechtigt seien, die DDR auch gewaltsam zu liquidieren. Das wäre dann eine „Polizeiaktion gegen Aufständische“, eine „innere Angelegenheit“, in die sich niemand einmischen dürfe. Genau dem entspricht die militärische Planung für den Handstreich gegen die DDR. Genau dem entspricht die Spekulation, daß die Sowjetunion und die anderen Bündnispartner der DDR im Ernstfalle zu einer neutralen Haltung gezwungen werden könnten.

Es liegt also im wohlverstandenen Interesse jedes Bundesbürgers selbst, für die Anerkennung der Realitäten und gegen den Bonner Alleinvertretungsanspruch einzutreten. Mit ihm gilt es den Stein wegzuräumen, der den Weg zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten blockiert.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Bedeutende Beschlüsse der Dreikontinente-Konferenz in Havanna

Als ein historisches Ereignis im anti-imperialistischen Kampf der Völker würdigte Kubas Ministerpräsident Fidel Castro die erste Solidaritätskonferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Auf einem Festakt zum Abschluß der „Tricontinental“ bezeichnete er die Gründung der Solidaritätsorganisation der Völker der drei Kontinente, die Organisierung gemeinsamer Kampfactionen gegen die amerikanische Vietnam-Aggression und die Konstituierung eines „Komitees zur Unterstützung und Hilfe für die nationalen Befreiungsbewegungen und den Kampf gegen den Neokolonialismus“

als Hauptergebnisse der 13tägigen Konferenz.

Zuvor hatte im „Botschaftersalon“ des weltbekannten Hotels „Habana Libre“ die letzte Plenarsitzung der Konferenz stattgefunden. Die Delegierten aus 82 Ländern und die Beobachter von 14 internationalen demokratischen Organisationen sowie sieben sozialistischen Staaten Europas, darunter des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR, bekämpften mit stürmischem und lang anhaltendem Beifall die in der „Allgemeinen Deklaration“ und der Vietnam-Resolution enthaltenen Feststellungen und Forderungen.

Ihrer erstrangigen Bedeutung wegen wurde die Vietnam-Resolution als einzige der von den Arbeitskommissionen verfaßten zahlreichen Entschließungen im Plenum verlesen.

Der Generalsekretär der Dreikontinente-Konferenz, Youssef El Sebai, betonte in einer Ansprache, daß die „Tri-continental“ ihre Arbeit mit Erfolg beendet habe. Er dankte den kubanischen Gastgebern und Ministerpräsident Dr. Fidel Castro persönlich für die Gast-

freundschaft und die umfangreiche organisatorische Vorbereitungsarbeit. Der als Präsident der Konferenz amtierende kubanische Außenminister Dr. Raul Roa appellierte an die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, in Vorbereitung der zweiten Solidaritätskonferenz, die 1968 in Kairo stattfinden wird, den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus im Sinne der Beschlüsse von Havanna zu verstärken.

Westdeutscher Imperialismus verurteilt

Der westdeutsche Imperialismus wird von den Teilnehmern aus 82 Ländern als „wichtigster Verbündeter“ des USA-Imperialismus verurteilt. Er „liefert Geld, Waffen und Söldner nach Asien, Afrika und Lateinamerika, so nach Vietnam, Rhodesien, Südafrika, Israel, Venezuela und in andere Länder, um die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.“

Mit allem Nachdruck wird die Gefährlichkeit der Bonner Politik für den Frieden der Welt dargestellt: „Nachdem er seine Macht gestärkt hat, zu einer Festung des Imperialismus geworden ist und eine große Zahl ehemaliger Nazikriegsverbrecher auf hohe Posten in der Regierung gesetzt hat, stellt der westdeutsche Imperialismus nicht nur eine ernste Gefahr für den Weltfrieden dar, sondern er unterstützt auch aktiv den amerikanischen Impe-

rialismus in dessen Funktion als Gendarm der Weltreaktion.“

Die Konferenz bezeichnet Südafrika als eine Zwingburg kolonialer und faschistischer Unterdrückung, die eine Gefahr für die Sicherheit und die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten sowie für den Weltfrieden darstelle, und fordert alle Regierungen und alle revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen auf, den Kampf der südafrikanischen Bevölkerung materiell und moralisch zu unterstützen. Ebenso eindringlich wird dazu aufgerufen, auch den anderen für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden und von den Imperialisten bedrohten Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas jede nur mögliche Hilfe zu gewähren. (Zur Unterstützung aller kämpfenden Völker hat die Konferenz noch in besonderen Resolutionen aufgerufen.)

Solidarität mit Vietnam

Die Verteidigung der gerechten Sache des vietnamesischen Volkes ist zur Hauptaufgabe der revolutionären Strategie der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geworden. Ihre Verteidigung stimmt gegenwärtig jedoch auch mit den Interessen aller Menschen überein, die für nationale Souveränität, Demokratie und Frieden kämpfen. Sie entspricht den Idealen der Menschheit“, stellt die Konferenz fest.

Die Konferenz solidarisiert sich mit dem Kampf der Völker von Laos und Kambodscha für die Unabhängigkeit und Neutralität ihrer Länder und fordert in der Deklaration den sofortigen Abzug der ausländischen Truppen und die Beseitigung der Militärbasen in Südvietnam, die Anerkennung der

Genfer Indochina-Beschlüsse von 1954 durch die USA-Regierung sowie die faktische und juristische Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) als einzig rechtmäßigen und legalen Vertreter des südvietnamesischen Volkes. Es wird erklärt: „Die politische Wiedervereinigung Vietnams ist Angelegenheit der Bevölkerung beider Teile des Landes ohne ausländische Einmischung.“

Die Resolution fordert zum Boykott aller Transporte an Waffen und Kriegsmaterial für den Vietnam-Krieg auf. An die Völker der drei Kontinente und der ganzen Welt ergeht der Aufruf, vom 12. bis 19. März dieses Jahres eine Woche der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk durchzuführen.

Wie aus der Resolution der Organisationskommission hervorgeht, beschloß die Konferenz die Bildung einer „Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas“. Ihre Hauptaufgabe ist es, „den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den vom USA-Imperialismus geführten Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus zu vereinen, zu koordinieren und zu ermutigen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den nationalen Befreiungsbewegungen der drei Kontinente wirksame Unterstützung zu gewähren, den revolutionären Kampf als ein unveräußerliches Recht der Völker gegenüber Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus zu unterstützen, den befreiten Ländern der drei Kontinente, die wegen des von ihren Völkern beschrittenen revolutionären Weges Opfer imperialistischer Aggression jedweder Art geworden sind, feste und solidarische Unterstützung zu geben.“ Ferner soll die Organisation die ständige Verbindung zwischen den verschiedenen ihr angehörenden Bewegungen schaffen und für die Verwirklichung der auf der Konfe-

renz beschlossenen Maßnahmen Sorge tragen.

Das Exekutivsekretariat der neu geschaffenen Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, das vorläufig seinen Sitz in Kuba haben wird, setzt sich aus einem Generalsekretär, dem Kuba stellt, und 12 Sekretären — jeder Kontinent vier Vertreter — zusammen. Die Sekretäre stellen für Afrika: die VAR, die portugiesischen Kolonien, Kongo (Léopoldville) und Guinea; für Lateinamerika: die Dominikanische Republik, Chile, Venezuela und Puerto Rico; für Asien: die FNL Südvietnams, die KVDR, Syrien und Pakistan. Zum Generalsekretär ernannte das Politbüro des ZK der KP Kubas den Leiter der kubanischen Delegation zur Dreikontinentekonferenz, Osmany Cienfuegos.

Das Sekretariat des „Komitees zur Unterstützung und Hilfe für die nationalen Befreiungsbewegungen und den Kampf gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus“ bilden Vertreter folgender Länder: Algerien, Ghana, Tansania, Kongo (Brazzaville); Britisch-Guayana, Guatemala, Brasilien, Kuba; Sowjetunion, China, Kambodscha und Japan.

Tatsachen aus der DDR

Entwicklung der Volkswirtschaft 1965

Die gemeinsamen Anstrengungen aller Werktätigen in den Betrieben, sozialistischen Genossenschaften, wissenschaftlichen Einrichtungen, VVB, Staats- und Wirtschaftsorganen führen 1965 zu folgenden Ergebnissen:

Das produzierte Nationaleinkommen wächst um 4,7 Prozent. In der Industrie wird die Arbeitsproduktivität um 6,5 Prozent und die Warenproduktion um 7 Prozent erhöht. Auf dieser Grundlage wird der Gewinnplan erfüllt. Die Bauproduktion vergrößert sich um 7 Prozent. Das Aufkommen an tierischen Erzeugnissen aus der eigenen Landwirtschaft steigt um mehr als 9 Prozent.

Diese guten Ergebnisse der Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1965 wurden mit annähernd der gleichen Zahl der Arbeitskräfte wie 1964 erreicht, d. h. also ausschließlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das Wachstum des Nationalen Einkommens wurde erhöht und der erreichte Zuwachs mit höherer volkswirtschaftlicher Effektivität eingesetzt. So werden aus diesem Zuwachs rund $1\frac{1}{2}$ mal soviel für Erweiterungsinvestitionen im produktiven Bereich verwendet wie im Jahre 1964. Der Bevölkerung kommen davon 1,7 Milliarden Mark unmittelbar für die individuelle Konsumtion zugute.

Im Jahre 1965 wurden . . . bedeutende Produktionskapazitäten in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich z. B. um die zweite Ausbaustufe des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt, um neue Kapazitäten für die Produktion von Dederonfeinseide im VEB

Chemiefaserwerk Guben für die Fertigung von Halbleiterdioden und die Erhöhung der Produktion von Hoch- und Niederspannungsschaltanlagen sowie viele andere Objekte.

In unsere Volkswirtschaft werden wir im Jahre 1965 etwa 17,1 Milliarden Mark investieren.

Hauptkennziffern des Planes 1966

Zur Meisterung der großen Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei gleichzeitiger Entwicklung des Lebensstandards sieht der Plan eine Vergrößerung des produzierten Nationaleinkommens um 5,2 Prozent, d. h. um 4,2 Milliarden Mark vor.

Das Wachstum des Nationaleinkommens und der Produktion kann nur über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ermöglicht werden. Gleichzeitig muß in alle Bereiche der Volkswirtschaft eine strenge Sparsamkeit einziehen. Der Plan stellt die Aufgabe, auf 1000 Mark Warenproduktion der Industrie den Gewinn auf 8,1 Prozent weiter zu erhöhen. Das wird die Rentabilität der Betriebe weiter verbessern.

In der Industrie enthält der Plan eine Steigerung der Warenproduktion gegenüber 1965 um 6,1 Prozent. In der Bau- und Montageproduktion ist eine Erhöhung um 5,1 Prozent geplant, während die Entwicklung der Bruttoproduktion in der Landwirtschaft ein Wachstum um 3,3 Prozent vorsieht.

Für die Rationalisierung der Produktion, als dem entscheidenden Weg zur Erhöhung der Effektivität der vorhandenen Grundfonds, sind 9,7 Prozent mehr Investitionen als im Jahre 1965 vorgesehen.

Der Anteil der Hochschulkader je 1000 Einwohner wird auf 143 gegenüber 134 im Jahre 1965 erhöht.

Der Warenfonds soll um rund 2,5 Milliarden Mark erhöht werden, und der Warenaumsatz steigt um etwa 2 Milliarden Mark. Die Versorgung wird im Jahre 1966 weiter stabilisiert und bei Grundnahrungsmitteln gesichert. Auch in der Bereitstellung von industriellen Konsumgütern sieht der Planvorschlag 1966 wesentliche Verbesserungen vor.

(Aus dem Referat des Genossen Alfred Neumann, Mitglied des Politbüros

der SED „Zum Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1966“ auf dem 11. Plenum des ZK der SED).

5-Tage-Arbeitswoche für jede zweite Woche

Ausgehend von den erreichten Arbeitsergebnissen und den gewachsenen Produktionsleistungen und auf Vorschlag des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes wird ab 9. April 1966

für jede zweite Woche die 5-Tage-Arbeitswoche eingeführt; gleichzeitig wird

für weitere rund 3 Millionen Werktaatige die bisherige wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden auf 45 Stunden verkürzt und für die Werktaatigen, die im 3-Schicht-System arbeiten, die wöchentliche Arbeitszeit von 45 auf 44 Stunden verringert.

Die Arbeitszeitverkürzung wird ohne Verminderung des Arbeitseinkommens wirksam.

Diese neuen Maßnahmen bedeuten für die Werktaatigen der Deutschen Demokratischen Republik: Jede zweite Woche ist eine 5-Tage-Arbeitswoche.

16 Milliarden für Gesundheit und Erholung

Insgesamt 16 Milliarden Mark stellte die DDR 1965 für das Gesundheits- und Sozialwesen bereit. Annähernd 200 000 Heilkuren in Kur- und Badeorten wurden 1965 gewährt. Diese umfangreichen Mittel für die gesundheitliche und soziale Betreuung der Werktaatigen konnten aufgewendet werden, weil im sozialistischen Wettbewerb eine höhere Arbeitsproduktivität erreicht wurde; das Nationaleinkommen wuchs 1965 um 4,7 Prozent.

Völlig neue Wege wurden in der gesundheitlichen Betreuung beschritten. In ein schwimmendes Sanatorium für Haut- und Asthmaleidende verwandelte sich das FDGB-Urlaubschiff „Völkerfreundschaft“ auf seiner Kreuzfahrt durch den Atlantik.

1,1 Millionen Reisen stellte der Feriendienst der Gewerkschaften 1965 für Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen zur Verfügung. In über 500 FDGB-Erholungsheimen und vie-

len Vertragsunterkünften verlebten die Urlauber in mehr als 300 Erholungsorten frohe Ferientage. Erstmalig waren im Juli und August 1965 Erholungsheime ausschließlich kinderreichen Familien vorbehalten.

Etwa 650 000 Bürger besuchten 1965, vermittelt durch das Reisebüro der DDR, das sozialistische Ausland. Fast 60 000 Jugendliche unternahmen Reisen mit der Jugendauslandstouristik.

Tatsachen

aus 20jähriger Tätigkeit der FDJ

- Am 7. März 1946 wurde die FDJ der DDR gegründet. Die FDJ ist heute die sozialistische Massenorganisation der Jugend der DDR mit 1,4 Millionen Mitgliedern. Mitte des Jahres 1965 gab es 65 538 Grundorganisationen und Gruppen der FDJ. Bei den letzten Wahlen in der FDJ wurden 279 315 Funktionäre gewählt (52,7 % Jungen).
- Die FDJ leitet die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, die sozialistische Kinderorganisation in der DDR. 96 Prozent aller Schüler bis zu 14 Jahren sind Mitglied der Pionierorganisation.

In der DDR gibt es 104 Pionierhäuser, -parks und -eisenbahnen, 210 Stationen junger Naturforscher und Techniker und 44 Stationen junger Touristen. In 28 Pionierfilmstudios können die Pioniere selbst Filme anfertigen. 5 Theater in der DDR spielen ausschließlich für Kinder und Jugendliche. 50 zentrale Pionierlager betreuen in jedem Sommer 80 000 Kinder und die 6500 Betriebsferienlager etwa 1,2 Millionen Kinder. 1,6 Millionen Kinder beteiligen sich an den örtlichen Ferienspielen. Die Kosten für drei Wochen Teilnahme am Betriebsferienlager betragen etwa MDN 140,-, die Eltern zahlen jedoch nur etwa MDN 12,-.

- Seit 1948 ist die FDJ Mitglied des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBdJ) und seit 1949 des Internationalen Studentenbundes (ISB), sowie weiteren internationalen Organisationen. Die FDJ unterhält zu über 500 Jugend- und Studentenorganisationen in fast allen Ländern der Erde Kontakte und Beziehungen. (Von Januar bis September 1965 weilten z. B. 90 Delegationen der FDJ in 26 Ländern

der Welt und 201 Delegationen aus 55 Ländern waren im gleichen Zeitraum zu Gast bei der FDJ.)

- In den Jahren von 1963–1965 unterstützten die Mitglieder der FDJ die Jugend Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit Solidaritätsleistungen in Höhe von über 1,6 Millionen Mark. Allein der tapferen Jugend Vietnams übergaben Leitungen und Gruppen der FDJ im Jahre 1965 Medikamente, medizinische Ausrüstungen und Geräte im Werte von über 100 000 Mark.

- Im Jahre 1965 beteiligten sich 1902 junge westdeutsche Gewerkschafter, Jungsozialisten, Falken, Naturfreunde und Mitglieder anderer Jugend- und Studentenorganisationen an Studienreisen in die DDR.

- Vielfältig äußert sich die Mitbestimmung der Jugend im wirtschaftlichen Bereich: FDJ-Organisation im Betrieb, Jugendausschüsse, Vertretung in Betriebs- und Werkleitungen, Festlegungen in Betriebskollektivverträgen, Mitarbeit in ständigen Produktionsberatungen und -komitees, FDJ-Kontrollposten, Plandiskussion, Einnahme von Wirtschaftsfunktionen u. a. m. 339 junge Wirtschaftsexperten üben leitende und 3854 mittlere Funktionen in der Industrie aus, in der Landwirtschaft sind es 4600 Jugendliche.

- In der DDR kann jeder Jugendliche mit 18 Jahren wählen und mit 21 Jahren in alle parlamentarischen Körperschaften gewählt werden. In der Volkskammer hat die FDJ eine eigene Fraktion (40 Abgeordnete einschließlich der 5 Berliner Vertreter); Mitglieder der FDJ gehören auch anderen Fraktionen an.

- In der DDR gibt es 741 junge Bürgermeister; 636 Kreisratsmitglieder (Exekutive des Kreistages) und 446 Bezirkstagsabgeordnete sind unter 30 Jahren (22,8 %), davon wurden 257 von der FDJ nominiert.

- Durch die FDJ wurde vor ihrem VI. Parlament 1959 die Bewegung der „Jungen Talente“ entwickelt. Der VI. Zentrale Leistungsvergleich junger Talente fand als Auftakt und Bestandteil der VII. Arbeiterfestspiele im Juni 1965 in den Festspielzentren des Bezirkes Frankfurt/Oder statt. In den Monaten davor hatten auf 15 107 Tref-

fen der jungen Talente in den Städten und Dörfern der DDR etwa 250 000 Jungen und Mädchen im kulturellen Wettstreit ihre besten jungen Volkskünstler ermittelt. Insgesamt 511 junge Talente nahmen dann am IV. Zentralen Leistungsvergleich teil. Seit 1957 verleiht die FDJ an junge Künstler und Kollektive die „Erich-Weinert-Medaille“.

• Die FDJ gibt als ihr Zentralorgan die Tageszeitung „Junge Welt“ mit einer Auflage von etwa 300 000 Exemplaren heraus. 1965 erhielt die Redaktion „Junge Welt“ 460 599 Leserzuschriften. Für die FDJ-Funktionäre erscheint als Organ des Zentralkomitees der FDJ die Zeitschrift „Junge Generation“ und für Studenten und Angehörige der jungen Intelligenz das „Forum“. Im Verlag „Junge Welt“ erscheinen ferner: „Neues Leben“, ein reich illustriertes Jugendmagazin, „Weltjugend“, die deutsche Ausgabe des Organs des Weltbundes der demokratischen Jugend, sowie andere periodische Organe. Insgesamt werden im Verlag „Junge Welt“ 17 Zeitungen und Zeitschriften für die Jugend in einer Auflage von 3,8 Millionen Exemplaren je Erscheinungstag herausgegeben.

Bildungswesen 1965

Im Jahre 1965 wurde konsequent daran gearbeitet, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem zu verwirklichen. 1965 nahmen 54 000 Absolventen von Hoch- und Fachschulen ihre Arbeit auf. Damit erhöhte sich die Zahl der Hoch- und Fachschulkräfte in der sozialistischen Volkswirtschaft auf über eine halbe Million. Gleichzeitig wurden 9000 Studenten mehr an den Hoch- und Fachschulen aufgenommen als im Vorjahr. In den technischen Disziplinen nahmen über 12 000 Studenten ein Direktstudium auf. Die Durchsetzung der technischen Revolution erfordert jedoch, noch mehr technische Kader auszubilden.

Fast 203 000 Personen, das sind 45 000 mehr als 1964, schlossen 1965 ihre Facharbeiterausbildung ab, darunter allein 89 500 Werkältige im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung. 183 600 Lehrlinge begannen ihre Berufsausbildung.“

(Auszug aus der Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1965)

Sechs Vorschläge zur Verständigung

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik schlägt dem neu gewählten Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik vor:

- beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeglicher Form;
- beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;
- die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik nehmen — im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit — diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;
- beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;
- beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie zum Beispiel atomare Aufrüstung, Notstandsgegesetzgebung usw.;
- die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren.

